

ARBEIT & BILDUNG

Kammer für Arbeiter und Angestellte für Kärnten

Martin Klemenjak, Heinz Pichler (Hrsg.)

Demokratie oder Neoliberalismus? Wie der Neoliberalismus unsere Lebenswelten durchdringt

**Dokumentation der „Kärntner Gespräche
zur demokratiepolitischen Bildung 2018“**

Donnerstag, 25. Oktober 2018
Konferenzsaal der AK Kärnten und
ÖGB/AK Bildungsforum, Klagenfurt am Wörthersee



ARBEIT & BILDUNG

Kammer für Arbeiter und Angestellte für Kärnten

Martin Klemenjak, Heinz Pichler (Hrsg.)

Demokratie oder Neoliberalismus? Wie der Neoliberalismus unsere Lebenswelten durchdringt

**Dokumentation der „Kärntner Gespräche
zur demokratiepolitischen Bildung 2018“**

Donnerstag, 25. Oktober 2018
Konferenzsaal der AK Kärnten und
ÖGB/AK Bildungsforum, Klagenfurt am Wörthersee

Inhalt

Günther Goach Vorwort des Präsidenten der Arbeiterkammer Kärnten	3
Martin Klemenjak/Heinz Pichler Vorbemerkungen zur Tagungsdokumentation	4
Stefanie Wöhl Demokratie versus multiple Krisen	6
Walter Otto Ötsch Vom globalen zum autoritären Kapitalismus – Stadien im Projekt „des Marktes“	15
Erich Ribolits/Martin Klemenjak Bildung – Macht – Gesellschaft?	26
Stefanie Wöhl/Josefine Scherling Demokratie in Mitgliedstaaten der Europäischen Union	38
Georg Hubmann/Florian Kerschbaumer Mythen des Neoliberalismus aufklären	46
Walter Otto Ötsch/Horst Peter Groß Neoliberalismus und Rechtspopulismus	53
Marion Koschier/Daniel Weidlitsch 5 Fragen zum Thema Neoliberalismus	59
Heinz Pichler Transkription des moderierten Abschlussgesprächs mit Anna Baar, Stefanie Wöhl, Peter Kaiser und Walter Otto Ötsch zum Tagungsthema	66
Kurzbiographien der AutorInnen bzw. ReferentInnen	84



Günther Goach
Präsident der
Arbeiterkammer Kärnten

Vorwort

Die demokratiepolitische Bildung muss nach Ansicht der Arbeiterkammer einen bedeutenderen Stellenwert im allgemeinen Bildungskanon einnehmen. Nicht nur jungen Menschen soll der Wert und die Bedeutung des demokratischen Gemeinwesens vermittelt werden. Auch Schulen, Fachhochschulen, Universitäten, die Einrichtungen der Erwachsenenbildung und die Interessenverbände sind aufgerufen, diesen Aspekt in der Aus- und Weiterbildung durch die Aufbereitung methodisch-didaktischer Inhalte zu verdeutlichen und den Lehrenden und TeilnehmerInnen ein adäquates, zielgruppengerechtes Angebot zu bieten.

Im Sinne dieser Intentionen haben sich die „Kärntner Gespräche zur demokratiepolitischen Bildung“ dem Phänomen des Neoliberalismus in unterschiedlichen Facetten gewidmet, seine Auswirkungen auf unser Leben, unsere Umwelt und auf das demokratische Gesellschaftsmodell identifiziert und mutig versucht die Frage zu beantworten, ob nicht doch andere Lebenswelten möglich wären. Die vorliegende Dokumentation verweist auf die inhaltlichen Schwerpunkte dieser Fachtagung und gibt Einblick in die Fachbeiträge und Workshops.

Mein besonderer Dank gilt der Veranstaltergemeinschaft – dem Universitätsclub Wissenschaftsverein Kärnten, der Pädagogischen Hochschule Kärnten – Viktor Frankl Hochschule, der Fachhochschule Kärnten, dem Verband Österreichischer Gewerkschaftlicher Bildung (VÖGB), den Kärntner Volkshochschulen und dem Kärntner Landesschulrat – sowie allen Beteiligten, die aktiv an dieser Veranstaltung mitgewirkt haben.

Günther Goach
Präsident der Arbeiterkammer Kärnten

Martin Klemenjak/Heinz Pichler

Vorbemerkungen zur Tagungsdokumentation

Im Jahr 2018 wurden die „Kärntner Gespräche zur demokratiepolitischen Bildung“ zum sechsten Mal im Rahmen einer wissenschaftlichen Fachtagung im Konferenzsaal der Arbeiterkammer Kärnten und im ÖGB/AK Bildungsforum in Klagenfurt am Wörthersee realisiert. Der diesjährige Themenschwerpunkt lautete „Demokratie oder Neoliberalismus? Wie der Neoliberalismus unsere Lebenswelten durchdringt“.

Das Organisationsteam der „Kärntner Gespräche 2018“ setzte sich aus folgenden Mitgliedern zusammen (in alphabetischer Reihenfolge):

- Gerlinde Duller, Landesschulrat für Kärnten
- Martin Gressl, Verband Österreichischer Gewerkschaftlicher Bildung
- Horst Peter Groß, Universitäts.club|Wissenschaftsverein Kärnten
- Florian Kerschbaumer
- Martin Klemenjak, Fachhochschule Kärnten, Studiengang Soziale Arbeit
- Heinz Pichler, Arbeiterkammer Kärnten
- Josefine Scherling, Pädagogische Hochschule Kärnten – Viktor Frankl Hochschule
- Katharina Zimmerberger, Die Kärntner Volkshochschulen

Zum Inhalt der Fachtagung: Neoliberalismus – was ist das eigentlich? Alle Lebensbereiche menschlicher Existenz sollen im Neoliberalismus wirtschaftlichen Gesichtspunkten unterworfen werden – der Staat, die Wirtschaft und auch das soziale Miteinander. Der sogenannte „homo politicus“, der Mensch, der sich für das Gemeinwesen engagiert, sollte durch einen diffusen „homo oeconomicus“ abgelöst werden – einem

Menschentypus, der Wettbewerbsfähigkeit und Eigeninteressen als allgemeingültiges Leitmotiv seines Handelns in den Vordergrund stellt. Diese „schleichende Revolution“ (Wendy Brown), in der alles nach Kosten, Effizienz und Gewinn bewertet wird, führt zu fundamentalen Veränderungen in der Gesellschaft. Das demokratische Zusammenleben, genauso wie die Bewahrung unserer natürlichen Lebensgrundlagen, ja auch das Glück des Einzelnen wird vor ernsthafte Herausforderungen gestellt.

Die diesjährigen „Kärntner Gespräche zur demokratiepolitischen Bildung“ beleuchteten das Phänomen des Neoliberalismus in all seinen Facetten, identifizierten seine Auswirkungen auf unser Leben, unsere Umwelt und das demokratische Gesellschaftsmodell und gingen mutig der Frage nach, ob nicht doch andere Lebenswelten möglich wären.

Die hiermit vorliegende Publikation dokumentiert sowohl die beiden Keynotes von Stefanie Wöhl und Walter Otto Ötsch sowie die fünf parallel realisierten Workshops, als auch das moderierte Abschlussgespräch zum Tagungsthema.

Zum Aufbau der Publikation: Stefanie Wöhl sprach über „Demokratie versus multiple Krisen“ und Walter Otto Ötsch referierte zum Thema „Vom globalen zum autoritären Kapitalismus – Stadien im Projekt ‚des Marktes‘“. Der Beitrag von Erich Ribolits und Martin Klemenjak trägt den Titel „Bildung – Macht – Gesellschaft?“. Stefanie Wöhl und Josefine Scherling beschäftigen sich mit der „Demokratie in Mitgliedstaaten der Europäischen Union“. Georg Hubmann und Florian Kerschbaumer wollen „Mythen des Neoliberalismus aufklären“. Dem „Neoliberalismus und Rechtspopulismus“ widmen sich Walter Otto Ötsch und Horst Peter Groß. „5 Fragen zum Thema Neoliberalismus“ beleuchten Marion Koschier und Daniel Weidlitsch. Im Anschluss fasst Heinz Pichler ausgewählte Inhalte des moderierten Abschlussgesprächs mit Anna Baar, Stefanie Wöhl, Peter Kaiser und Walter Otto Ötsch zusammen.

Die Herausgeber der vorliegenden Publikation bedanken sich hiermit bei allen beteiligten Institutionen für die Bereitstellung der finanziellen Ressourcen und bei den Mitgliedern des Organisationsteams für die produktive Zusammenarbeit. Ein großes Dankeschön gebührt an dieser Stelle Daniel Weidlitsch für das gewissenhafte Lesen der einzelnen Beiträge und der Arbeiterkammer Kärnten, insbesondere für die Bereitstellung der finanziellen und räumlichen Ressourcen; dadurch war es möglich, eine Fachtagung in dieser Dimension erfolgreich zu realisieren.

Stefanie Wöhl

Demokratie versus multiple Krisen¹

Die Grundlagen der liberalen Form der repräsentativen Demokratie, die auf Mehrheitsentscheidungen aufbaut, scheinen derzeit auf national- und suprastaatlicher Ebene durch eine Politik infrage gestellt zu sein, die relevante Entscheidungen in Expertengremien und Kommissionen auslagert, bevor sie diese dem Parlament zur Deliberation vorlegt (vgl. Jörke 2011, S. 13ff). Diese Verschiebungen zur Exekutive lassen sich nicht nur in verschiedenen Mitgliedstaaten, sondern auch auf der supra-nationalen Ebene der Europäischen Union selbst beobachten (vgl. Habermas 2011). Im folgenden Beitrag möchte ich diesem Phänomen nachgehen, indem ich zuerst die wissenschaftliche Debatte um die Staatsform Demokratie aufgreife, die ihre Fortsetzung in der „Postdemokratie“-Debatte fand. Daran anschließend werde ich auf einzelne Länderbeispiele eingehen, um diese demokratiethoretisch und -politisch bedenklichen Entwicklungen darzustellen.

Staatsform Demokratie und „Postdemokratie“

Die historische Erfahrung von Weimar und des Nationalsozialismus führte dazu, dass der Glaube an die formale Kraft des Gesetzes in Deutschland überdacht werden musste, hatte doch Adolf Hitler noch bis zur Wahl im November 1932 mit parlamentarischen Mehrheiten auf formal-demokratischem Wege seine Macht ausgedehnt und schließlich die Demokratie abgeschafft. Die politischen Parteien, das Parlament, die Regierung und die Gerichte im politischen System der Bundesrepublik Deutschland waren daher gut beraten, sich nicht auf die formalen demokratischen Prozedere und Möglichkeiten zu beschränken, sondern auch die politischen Dimensionen ihrer Entscheidungen mitzudenken (vgl. Maus 2011).

¹ Leicht aktualisierte Fassung des gleichnamigen Beitrages, zuerst veröffentlicht in Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ), 66. Jg., Nr. 40-42/2016, S. 42 bis 46.

Ein Blick auf die normativen, politischen und ökonomischen Veränderungsprozesse innerhalb der Staatsform Demokratie ist daher immer besonders relevant. Die liberalen Demokratieversprechen von politischer Freiheit und Gleichheit vor dem Gesetz bestehen zwar formal weiterhin für alle Staatsbürgerinnen und Staatsbürger, scheinen heute aber eingeholt von einer marktbezogenen neoliberalen Rationalität, die die abstrakt-imaginierte liberale Freiheit des Individuums sowie politische Rechte zunehmend mit Rechten auf dem freien Markt unter Wettbewerbsbedingungen gleichsetzt. Damit wird auch die klassische liberale Vorstellung von Freiheit und Gleichheit umgedeutet oder marktkonform interpretiert. Der Markt selbst bleibt dabei zwar ein selbstständiges Handlungsfeld, hat aber normative Auswirkungen auf die Form und Funktionen liberaler Demokratien. Die Ausrichtung nach ökonomischen Wettbewerbsbedingungen hat dazu geführt, dass der homo oeconomicus normativ als politische und soziale Leitfigur dient, der sich nicht nur die Individuen fügen sollen, sondern an der sich jegliches staatliche Handeln bemessen lassen muss.² Profitabilität, Rentabilität, Leistung und Kosten-Nutzen-Maximierung werden dabei zu Maximen, die auch für den Rechtsstaat und die Staatsform Demokratie relevant werden: Wie die Finanz- und Wirtschaftskrise seit 2008 deutlich gemacht hat, dient der Staat immer dann dem Markt als Stabilisator, wenn der Markt dies benötigt. Staatliche Legitimität wird somit an die erfolgreiche Durchsetzung von Marktinteressen gekoppelt und verändert die Annahme, dass der Staat letztlich Repräsentant des Volkes sei. Diese Vermarktlichungstendenzen verschiedener, auch vormals als privat gestalteter Lebensbereiche wie etwa die Re-Privatisierungsprozesse in der Pflegearbeit und die Ausrichtung der öffentlichen Verwaltung nach dem Marktprinzip durch ökonomische Benchmarks, New Public Management und Leistungsvereinbarungen zur Output-Optimierung, sollen ökonomisch handelnde Akteurinnen und Akteure schaffen.³ Sie werden heutzutage in der staatlichen Verwaltung an dem ökonomischen Output ihres jeweiligen Policy-Bereichs und an der Quantität der Leistungen bemessen (vgl. Riegraf 2018).

Die Administration der politischen Verwaltung wurde in den 1970er Jahren noch als „hinreichend autonom“ (Habermas 1973, S. 55) gesehen und als ein Anzeichen dafür, dass sich die repräsentative liberale Demokratie im Nachkriegsdeutschland als stabil erwies,

² Zum Konzept des Homo oeconomicus siehe Friederike Habermann, *Der Homo Oeconomicus und das Andere. Hegemonie, Identität und Emanzipation*, Baden-Baden 2008.

³ Zur Ökonomisierung der Pflegearbeit siehe Birgit Pfau-Effinger/Tine Roostgard, *Welfare State Change. The Strengthening of Economic Principles, and New Tensions in Relation to Care*, in: *Nordic Journal of Social Research* 2/2011, S. 1 bis 6.

trotz ihrer Exklusion marginalisierter Interessen von zum Beispiel Betreuungs- und Pflegearbeit im Privathaushalt. Mit dem Wirtschaftsaufschwung der Nachkriegszeit und durch Massenproduktion wurde Deutschland innerhalb der EU unter dem Primat der Wettbewerbsfähigkeit zur heutigen exportorientierten Wirtschaftsnation.

Gleichzeitig lässt sich in Europa im Zeichen multipler internationaler Krisenphänomene, wie Finanz-, Umwelt- und Wirtschaftskrisen – einhergehend mit einer Krise der sozialen Reproduktion alltäglicher Lebensführung und der fortwährenden Repräsentationskrise (vgl. Bader et al. 2011) – eine Verschiebung in den Parteienpräferenzen bemerken. Es gibt zunehmend Wahlerfolge rechtspopulistischer und -radikaler Parteien, sowie ein Rückgang der Wählerschaft der großen Volksparteien (vgl. Kriesi/Papas 2016). Diese Feststellung und der Umstand, dass die materiellen Grundlagen der Demokratie europaweit durch Arbeitslosigkeit, prekäre Beschäftigungsverhältnisse und schwaches Wirtschaftswachstum in einigen Mitgliedstaaten erodieren, zeigen, dass die Dialektik zwischen Demokratie und Kapitalismus wieder neu gedacht werden muss (vgl. Buckel 2016, S. 19ff).

Staat als Verdichtung der Kräfteverhältnisse

Die sozialwissenschaftliche Diskussion, dass technokratische und wirtschaftspolitische Eliten Entscheidungen zu ihren Gunsten gestalten, wurde bereits von der Postdemokratie-These entfacht (vgl. Crouch 2008). Die Frage, inwiefern die Demokratie, die Parlamente und Parteien unter Legitimationsdruck sowohl gegenüber ihrer Wählerschaft als auch gegenüber Partikularinteressen stehen, diskutierte bereits Jürgen Habermas 1973 zur Zeit eines relativ stabilen Wirtschaftswachstums in Deutschland (Habermas 1973). Claus Offe und Nicos Poulantzas analysierten in den 1970er Jahren zudem bereits das Verhältnis von Demokratie und kapitalistischer Entwicklung (vgl. Offe 1973; Poulantzas 1978/2002). Poulantzas ging von einer relativen Autonomie des Staates gegenüber den Interessen spezifischer Kapitalfraktionen im Kapitalismus aus. Laut Poulantzas sind der Staat und die Staatsform Demokratie relativ autonom von diesen Interessen, da sie auf soziale und politische Kohäsion bedacht sind. Der Staat ist demnach die institutionalisierte Form eines gesellschaftlichen Verhältnisses, das „die Form der demokratischen Austragung von Interessenkonflikten und Selbsteinwirkung annehmen kann“ (Demirovic 1997, S. 16). Das heißt, dass sich soziale und politische Antagonismen kapitalistischer Gesellschaften in politischen Institutionen materialisieren. In der

Verdichtung sozialer Kräfteverhältnisse kommt dem Staat dabei eine relative Autonomie zu, sodass sich die kapitalistische Produktionsweise oder die Interessen bestimmter Klassen- oder (Finanz-)Kapitalfraktionen nicht einfach in den staatlich-institutionellen Apparaten verwirklichen. Vielmehr ist der Staat eine Arena für Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen institutionellen Apparaten und Akteuren. Ihre Verhandlungspositionen sind im Staat mit unterschiedlichen Machtressourcen ausgestattet. Sie befinden sich daher in einem „Feld strategischer und struktureller Selektivität“ (Hirsch 1992, S. 212). Dies bedeutet in den Worten des Staatstheoretikers Bob Jessop, dass „bestimmte Staatsformen einige Strategien gegenüber anderen, den Zugang einiger Kräfte gegenüber anderen, einige Koalitionsmöglichkeiten gegenüber anderen privilegieren“ (Jessop 1992, S. 233). Es heißt auch, dass in den zyklisch wiederkehrenden Krisen im Kapitalismus demokratische AkteurlInnen zwar den Interessenausgleich suchen können, es aber auch zu autoritären Wendungen im Staat kommen kann.

Dass die Institutionen und AkteurlInnen in der liberalen nationalen Demokratie zunehmend nicht in der Lage sind, den sozialen und politischen Interessenausgleich während der Finanz- und Wirtschaftskrise seit 2008 herzustellen, liegt bei genauerer Betrachtung darin, dass sich wettbewerbspolitische und geldwertstabilitätsorientierte Interessen über exekutive Institutionen im Zuge der neuen Kompetenzverschiebungen innerhalb der EU durchsetzen. Der Soziologe Wolfgang Streeck argumentiert in diesem Kontext, dass die politischen Institutionen „nichts zu entscheiden“ (Streeck 2013, S. 237) hätten, was wirtschaftspolitische Entwicklungen betreffe. Das konkrete Problem ist jedoch, dass es gerade bestimmte politische EntscheidungsträgerInnen innerhalb der Exekutive sind, die vor dem Hintergrund mächtiger politischer Interessengruppierungen verbindliche Gesetze formulieren und umsetzen, sowohl supranational innerhalb der EU als auch in den Mitgliedstaaten. Diese Dimension der Krise der repräsentativen Demokratie im Rahmen der Finanz- und Wirtschaftskrise soll im Folgenden im Kontext der EU näher erläutert werden.

Multiple Krise, Demokratie und Ausnahmezustand

Die systemisch-krisenhaften Tendenzen, die dem Finanzmarkt bezogenen Kapitalismus inhärent sind und denen die repräsentative Demokratie in ihrer politischen Form nur begrenzt begegnen kann, führt zu der Frage zurück, wie politische RepräsentantInnen politökonomische Entscheidungen treffen und legitimieren.

In wirtschaftspolitischen Krisendiskursen seit 2008 wird gerne auf den Sachzwang des „schnell-und-effektiv-Handeln-müssens“ zurückgegriffen, da sonst die Finanzmärkte nicht befriedet würden und es somit durch Ratingagenturen noch schneller zu Abstufungen einzelner Länderbonitäten komme, was zuletzt dennoch immer wieder geschehen ist (vgl. Jessop/Young/Scherrer 2015). Diese systemische Sachzwang-Logik, die an den internationalen Finanzmärkten orientiert ist, durchzieht den öffentlichen politischen Krisendiskurs, ohne dabei die Legitimität ihrer Argumente und Entscheidungen explizit rückzubinden. So wurden die Befugnisse der nur indirekt demokratisch legitimierten EU-Kommission gegenüber dem Europäischen Rat aufgewertet, indem durch das Verfahren der umgekehrten Abstimmung mit qualifizierter Mehrheit die Gesetzesvorschläge der Kommission jetzt im Bereich der Economic Governance als verbindlich gelten, wenn sie nicht innerhalb von zehn Tagen mit qualifizierter Mehrheit vom Europäischen Rat beanstandet werden (vgl. Oberndorfer 2016, S. 177ff). Und seit dem Inkrafttreten des Fiskalvertrages – der noch in den jeweiligen nationalen Parlamenten abgestimmt wurde und eine permanente Schuldenbremse im nationalen Haushaltsbudget verbindlich regelt – werden alternative wirtschaftspolitische Vorschläge jenseits von Austerität in Zukunft verunmöglich.

Das Ringen um die Demokratie als Form politischer Herrschaft in Zeiten, wo der Kapitalkreislauf so unterschiedliche und hochspezialisierte Finanzkreisläufe entwickelt hat, die massiv verschränkt sind, machte aus dem Wissen um diese Verschränkungen und dem Nichtwissen um ihre gegenseitigen spezifischen Auswirkungen eine Form des Expertentums. Geht es nun um anerkanntes demokratisches Regieren, dient dieses Expertentum als legitimer Entscheidungsfinder. In Italien ist etwa 2011 eine Übergangsregierung gebildet worden, die ihre Rechtmäßigkeit öffentlich mit dem Verweis auf ihr Expertentum legitimierte.⁴

Gleichzeitig werden diese Expertendiskurse von einem politischen System auf supranationaler Ebene der EU abgesichert, das scheinbar auch ohne wesentliche legislative Entscheidungsbefugnisse auskommen könnte. Dies zeigen die Verschiebungen zur Exekutive auf der EU-Ebene durch den Fiskalvertrag und weitere neuere Maßnahmen der Economic Governance, die alle eine einseitige wettbewerbsspolitische Ausrichtung haben und nur monetäre Konvergenz-

⁴ Auch 2018 wäre wieder eine sogenannte „Experten“ Übergangsregierung bestellt worden, hätten sich nicht die Lega Nord und Cinque Stelle mit dem italienischen Präsidenten auf eine MinisterInnenliste geeinigt.

und Stabilitätskriterien vorgeben (Fischer-Lescano/Kommer 2011, S. 412ff). Ein ausgeglichener Staatshaushalt wird so zur Maxime, die Befugnisse der europäischen Kommission werden aufgewertet und nationale Parlamente verlieren in Budgetfragen im Vorfeld an Mitspracherecht. Wenn wir zugleich an die Vordenker neoliberaler Wirtschaftspolitik wie Friedrich von Hayek denken, dann wird deutlich, dass der Abbau demokratischer Rechte immer schon immanenter Bestandteil neoliberaler Politik war: „The political institutions prevailing in the Western world necessarily produce a drift [towards the destruction of the market] which can be halted or prevented only by changing these institutions.“ (Hayek 1973, S. 9) Zwar soll laut Hayek das Konzept der Demokratie aufrechterhalten bleiben und nur jene Bedingungen und Institutionen verändert werden, die inkompatibel mit dem westlichen Kapitalismus sind. Demnach wären aber viele westliche Demokratien unvereinbar mit dem Kapitalismus. „The root of the evil is thus the unlimited power of the legislature in modern democracies, a power which the majority will be constantly forced to use in a manner that most of its members may not desire. What we call the will of the majority is thus really an artifact of the existing institutions, and particularly of the omnipotence of the sovereign legislature, which by the mechanics of the political process will be driven to do things that most of its members do not really want, simply because there are no formal limits to its powers.“ (ebd., S. 11) Historisch mussten diese demokratischen Zugeständnisse an die Legislative aufgrund von politischen Kämpfen seitens der Gewerkschaften, progressiven Parteien und sozialen sowie politischen Bewegungen gemacht werden. Aber infolge steigender Arbeitslosigkeit verlieren die sozialpolitisch orientierten Interessenvertretungen an Stärke und Durchsetzungskraft. Dies ist besonders in Irland und einer Reihe weiterer Staaten ersichtlich, die unter die EU-Rettungsschirme fielen: In Irland wurden 2009 mit den National-Partnership-Agreements Kollektivverträge in der Privatwirtschaft abgeschafft und zu betriebsinternen Haustarifen zurückgekehrt. Der politische Einfluss der Gewerkschaften wurde so zugunsten der Arbeitgeberseite geschwächt (vgl. Bruff/Wöhl 2016, S. 92ff).

Die wirtschaftspolitischen Entwicklungen seit 2008 geben also nicht nur zu denken, was die Armutgefährdung und den realen Armutsanstieg der Bevölkerung (vgl. OECD Society at a Glance 2014) in verschiedenen Mitgliedstaaten der EU betrifft, und wie überhaupt ein gutes Leben für viele Menschen aussehen könnte, sondern auch, wie das demokratische politische System in Zukunft gestaltet sein soll, um einen Interessensausgleich herzustellen. Diese krisenhafte Dimension der politischen Repräsentation – also das

Schwinden von Transparenz politischer Entscheidungsfindung durch exekutiv orientiertes Regieren, die Einführung exekutiver Krisenlösungsstrategien auf der supranationalen Ebene der EU und in einzelnen Mitgliedstaaten – wird derzeit auch durch Diskurse rechtspopulistischer Parteien verstärkt, die Ängste in der Bevölkerung gegen Flüchtlinge und Ausländer schüren. Gleichzeitig sollen z.B. in Österreich soziale Rechte von Arbeitnehmerinnen und -nehmern beschränkt werden, indem Lohnflexibilität und noch flexiblere Arbeitszeiten ermöglicht werden sollen. In Großbritannien wurde bereits durch die sogenannten Zero-Hours-Verträge, bei denen Angestellte nur auf Abruf bezahlt werden und fixe Stunden vertraglich nicht im Vorhinein geregelt sind, diese Flexibilität eingeführt. Es ist daher in den rechtspopulistischen Diskursen in Großbritannien vor dem Brexit naheliegend gewesen, die soziale Abwärtsspirale zu nutzen, um für den EU-Austritt Großbritanniens mobil zu machen und dabei die Schuld für soziale und politische Misstände auf Migrantinnen und Migranten zu schieben.

Ausblick

Die demokratische Konsenserschaffung in einzelnen Mitgliedstaaten wurde aufgrund der multiplen Krisenverhältnisse und den strikten Austeritätsprogrammen in den von der Finanzkrise besonders hart getroffenen Ländern, ob durch die supranationale Ebene vorgegeben wie in Griechenland, oder wie in Spanien von den bisherigen Regierungsparteien umgesetzt, stark herausgefordert. Sie konnte die soziale Krise von Arbeitsplatzverlusten und Kürzungen im öffentlichen Sektor nicht flächendeckend auffangen (vgl. Lux/Wöhl 2015, S. 101ff). Besonders in diesen Ländern war die Regierungsumbildung eng verknüpft mit der Ablehnung der bisher umgesetzten Austeritätspolitik, und in Spanien ist es seit 2015 immer wieder zu Regierungsumbildungen gekommen, zuletzt 2018 durch den Misstrauensantrag gegen Rajoy.

Die seit 2008 erfolgte diskursive Problemverschiebung von einer Finanz- und Wirtschafts- zu einer Staatsschuldenkrise verliert dabei oft aus dem Blick, dass nicht nur die Instabilität und hohe Volatilität des Banken- und Finanzsektors ein Problem darstellen, sondern dass auch hohe Armutsraten zu einer Instabilität des politischen Systems führen können. Besonders in Spanien und Griechenland hatte dies gravierende Konsequenzen für den Zustand der repräsentativen Demokratie sowie für die Sozialsysteme und die Existenzsicherung der breiteren Bevölkerung. Auch in Irland haben die klassischen Großparteien Fianna Fáil, Fine Gael sowie Labour größere

Verluste hinnehmen müssen. Autoritär orientierte Maßnahmen wie der Ausnahmezustand in Frankreich 2015 bis 2017 zeigen auch, dass in einer spezifischen Krisenkonstellation die repräsentative Demokratie Formen des autoritären Etatismus, wie ihn Poulantzas zuerst beschrieben hatte, beinhalten kann (vgl. Kannankulam 2008). Der Ausnahmezustand in Frankreich, obwohl zur Terrorismusbekämpfung verhängt, hat auch das demokratische Recht auf Demonstrations- und Versammlungsfreiheit massiv eingeschränkt und gleichzeitig stattfindende Arbeitskämpfe begrenzt. Ob es in den Mitgliedstaaten der EU zu einer weiteren Schwächung der repräsentativen Demokratie kommen wird und rechtsradikale Parteien europaweit durch die derzeitigen politischen Diskurse über Flüchtlingsbewegungen gestärkt werden, bleibt länderspezifisch zu beantworten. Zuletzt konnte dies durch deren Wahlerfolge in Österreich, Italien und Ungarn bestätigt werden.

Deutlich wird europaweit, dass die multiplen Krisenphänomene eine politische und ökonomische Neuausrichtung der Europäischen Union notwendig machen. Politische Partizipation, soziale Inklusion und ökonomische Integration sollten als gleichwertig betrachtet werden und ein föderales Europa bestärken, das regionale ökonomische Bedingungen berücksichtigt.

Literaturverzeichnis

Bader, Pauline et al. (Hrsg.) (2011): *Vielfach Krise*. Im finanzdominierten Kapitalismus, VSA Verlag, Hamburg.

Bruff, Ian/Wöhl, Stefanie (2016): *Implementing Austerity, Disciplining the Household*. In: True, Jacqui/Hozić, Aida (Hrsg.) (2016): *Scandalous Economics. Gender and the Politics of Financial Crises*, Oxford University Press, Oxford, S. 92 bis 108.

Buckel, Sonja (2016): *Dialektik von Kapitalismus und Demokratie heute*. In: Eberls, Oliver/Salomon, David (Hrsg.) (2016): *Perspektiven sozialer Demokratie in der Postdemokratie*, Springer Verlag, Wiesbaden, S. 19 bis 41.

Crouch, Colin (2008): *Postdemokratie*, Suhrkamp, Frankfurt am Main.

Demirovic, Alex (1997): *Demokratie und Herrschaft*, Westfälisches Dampfboot, Münster.

Fischer-Lescano, Andreas/Kommer, Stefan (2011): *EU in der Finanzkrise. Zur Leistungsfähigkeit des Verfahrens der verstärkten Zusammenarbeit*. In: *Kritische Justiz* 4/2011, S. 412 bis 433.

Habermann, Friederike (2008): *Der Homo Oeconomicus und das Andere. Hegemonie, Identität und Emanzipation*, Nomos, Baden-Baden.

Habermas, Jürgen (1973): *Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus*, Suhrkamp, Frankfurt am Main.

Habermas, Jürgen (2011): Zur Verfassung Europas, Suhrkamp, Frankfurt/Main.

Hayek, Friedrich A. (1973): Economic Freedom and Representative Government, Institute of Economic Affairs, Occasional Papers 39/1973.

Hirsch, Joachim (1992): Regulation, Staat und Hegemonie. In: Demirovic, Alex/Krebs, Hans-Peter/Sablowski, Thomas (Hrsg.) (1992): Hegemonie und Staat. Kapitalistische Regulation als Projekt und Prozess, Westfälisches Dampfboot, Münster, S. 200 bis 231.

Jessop, Bob (1992): Regulation und Politik. Integrale Ökonomie und integraler Staat. In: Demirovic, Alex/Krebs, Hans-Peter/Sablowski, Thomas (Hrsg.) (1992): Hegemonie und Staat. Kapitalistische Regulation als Projekt und Prozess, Westfälisches Dampfboot, Münster, S. 232 bis 262.

Jessop, Bob/Young, Brigitte/Scherrer, Christoph (Hrsg.) (2015): Financial Cultures and Crisis Dynamics, Routledge, New York.

Jörke, Dirk (2011): Bürgerbeteiligung in der Postdemokratie. In: APuZ 1-2/2011, S.13 bis 18.

Kannankulam, John (2008): Autoritärer Etatismus im Neoliberalismus, VSA Verlag, Hamburg.

Kriesi, Hanspeter/Papas, Takis S. (Hrsg.) (2016): European Populism in the Shadow of the Great Recession, ECPR Press, Colchester.

Lux, Julia/Wöhl, Stefanie (2015): Gender Inequalities in the Crisis of Capitalism: Spain and France Compared. In: Bruff, Ian/Ebenau, Matthias/May, Christian (Hrsg.): New Directions in Comparative Capitalisms Research: Critical and Global Perspectives, Palgrave Macmillan, London/New York, S. 101 bis 117.

Maus, Ingeborg (2011): Über Volkssouveränität. Elemente einer Demokratietheorie, Suhrkamp, Frankfurt am Main.

Oberndorfer, Lukas (2016): Der neue Konstitutionalismus in der Europäischen Union und seine autoritäre Re-Konfiguration. In: Bieling, Hans-Jürgen/Große Hüttmann, Martin (Hrsg.) (2016): Europäische Staatlichkeit. Zwischen Krise und Integration, Springer, Wiesbaden, S. 177 bis 200.

OECD Society at a Glance (2014): OECD Social Indicators, OECD Publishing, DOI: 10.1787/soc_glance-2014-en.

Offe, Claus (1973): Strukturprobleme des kapitalistischen Staates. Aufsätze zur politischen Soziologie, Campus Verlag, Frankfurt am Main.

Pfau-Effinger, Birgit/Roostgard, Tine (2011): Welfare State Change. The Strengthening of Economic Principles, and New Tensions in Relation to Care. In: Nordic Journal of Social Research 2/2011, S. 1 bis 6.

Poulantzas, Nicos (2002/1978): Staatstheorie. Politischer Überbau, Ideologie, autoritärer Etatismus, VSA Verlag, Hamburg.

Riegraf, Birgit (2018): Staatstheorien, Geschlecht und New Public Management, Springer, Wiesbaden.

Streeck, Wolfgang (2013): Gekaufte Zeit. Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus, Suhrkamp, Frankfurt am Main.

Walter Otto Ötsch

Vom globalen zum autoritären Kapitalismus – Stadien im Projekt „des Marktes“

Rechtspopulismus gegen Globalisierung?

Viele Rechtspopulisten nehmen für sich in Anspruch, „den kleinen Mann“ und „die kleine Frau“ zu vertreten. Sie sprechen auch – so sagen sie – für die Anliegen derer, die durch die Globalisierung unter die Räder gekommen sind. Donald Trump z.B. führt einen Kampf gegen internationale Handelsverträge, die er als ungerecht und zum Nachteil der USA beschreibt. Diese Abmachungen seien die Ursache für den Rückgang von Beschäftigungsmöglichkeiten in den USA. Die Politik müsse sich deshalb – so Trump und alle Rechtspopulisten – nicht um globale, internationale oder zwischenstaatliche Belange kümmern, sondern nur das „eigene“ fördern: das eigene Land, die eigene Nation, die eigene Kultur, die eigenen Leute. Aber Rechtspopulisten geht es nicht nur um wirtschaftliche Belange, sondern vor allem um Werte und Ideologien – insbesondere gegen jene, die die so genannte Globalisierung begleitet haben. Sie wenden sich z.B. dagegen, dass Menschen- und Freiheitsrechte für alle weltweit gelten sollen. Diese sollen – wenn überhaupt – nur den „eigenen Leuten“ zugute kommen. „Ausländer“ oder „Asylanten“ sind davon auszunehmen, in vielen Ländern (auch in Österreich) werden ihre Rechte schrittweise abgebaut.

Rechtspopulisten, die sich als Kämpfer gegen die Globalisierung gebärden, scheinen sich als Gegenkraft gegen „die Wirtschaft“ zu positionieren. Aber Rechtspopulisten sind nicht gegen „die Wirtschaft“ und schon gar nicht gegen Mächtige in der Wirtschaft. Ganz im Gegenteil: Sie teilen mit vielen Mächtigen und wirtschaftlich Erfolgreichen eine Sichtweise, die auch bei den etablierten Ver-

tretern der Globalisierung zu finden ist. Hillary Clinton besitzt auch Gemeinsamkeiten mit Donald Trump. Im Folgenden wird argumentiert, dass das alte Konzept der Globalisierung (das seit den 1990er-Jahren propagiert wird) und Vorstellungen, die vielen Rechtspopulisten zur Wirtschaft besitzen, als Sonderformen eines gemeinsamen Denken „des Marktes“ verstanden werden können.

Die Ideologie „des Marktes“

„Der Markt“ (in der Einzahl) scheint eine allgemein anerkannte Tatsache zu sein. „Wir müssen uns dem Markt unterwerfen“, „Niemand kann sich den Kräften des Marktes entziehen“, „Die Staaten haben ihre Politik so auszurichten, dass der Markt sie nicht bestraft“ – Sätze dieser Art sind oft zu hören. Sie sind ein Ausdruck dafür, wie tief und wie umfassend „der Markt“ das Denken dominiert, selbst kritische Personen sprechen wie selbstverständlich von „dem Markt“. Angela Merkel hat wiederholt gesagt, sie wolle die Demokratie „marktkonform“ machen – und hat dabei wenig Widerspruch erfahren (Pühringer 2015a und 2015b). Was sollte man auch gegen „den Markt“ vorbringen können?

Aber „der Markt“ ist keine Tatsache. Er drückt eine Denkweise aus und ist lediglich eine Vorstellung bzw. eine Ideologie. Seine Wirklichkeit bezieht er aus einem allgemeinen Glauben. Tatsächlich gibt es „den Markt“ in der Realität nicht. Hier finden wir eine Vielzahl unterschiedlicher Märkte mit ihren jeweiligen Regeln und Bestimmungen. Es gibt aber nicht „den Markt“ in der Einzahl mit einem Gesetz, mit einem Regelwerk oder einer Logik, die noch dazu weltweit gelten soll.

Eine Kritik „des Marktes“ kann mit einem Blick auf die Geschichte bekräftigt werden. In der Ideologie „des Marktes“ glaubt man, „den Markt“ habe es schon immer gegeben. Aber das Konzept „des Marktes“ wurde im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts erfunden. Im 19. und im 18. Jahrhundert gibt es „Markt“ meist nur in einer konkreten Bedeutung: als Markt für ein bestimmtes Produkt oder an einem spezifischen Ort. Niemand redet über die Wirtschaft als „der Markt“, auch nicht in der Wirtschaftstheorie. Das Wirtschaftssystem wird auch nicht als Marktwirtschaft bezeichnet.

Als erster umfangreicher Text über „den Markt“ gilt die Gemeinwirtschaft von Ludwig Mises aus dem Jahre 1922 (Mises 1932). Mises ist ein Vertreter der Österreichischen Schule der Nationalökonomie, sein Schüler ist Karl Friedrich August Hayek. Sein neuer

Begriff reflektiert eine bestimmte Sichtweise der Geschichte und der damaligen Zeit. Mises und mit ihm die ersten Ordoliberalen in Deutschland (wie z.B. Walter Eucken, Alexander Rüstow, Wilhelm Röpke oder Alfred Müller-Armack) sehen „die Zivilisation“ insgesamt als bedroht – die Bedrohung resultiert vor allem daraus, dass der Liberalismus in eine Krise geraten ist. Mises und insbesondere Hayek erkennen auch, dass die frühere Vorstellung, es gebe Entwicklungsgesetze in der Geschichte (die den Gang der Geschichte erklärbar und vorhersagbar machen) widerlegt sei. Auch die alte bürgerliche und aufklärerische Idee eines Fortschritts in der Geschichte habe sich nicht bewahrheitet. Aus dieser Lage, wie sie wahrnehmen, wollen sie einen Neustart des Liberalismus unternehmen, später sprechen sie dann von „Neoliberalismus“. Für dieses Unterfangen muss zuallererst eine neue liberale Utopie formuliert werden. Diese Aufgabe ist für Mises und Hayek dringend und ungemein wichtig. Sie glauben nämlich, dass der Gang der Geschichte durch Ideen gesteuert werde. Zu diesem Unterfangen bilden Mises und Hayek gemeinsam mit den Ordoliberalen ab den 1920er-Jahre mit Ökonomen in den USA (wie Henry C. Simons von der Chicagoer-Schule) und französischen Ökonomen und Philosophen ein internationales Netzwerk. 1938 zeigt sich dieses Netzwerk im so genannten Walter Lippmann Colloquium in Paris erstmals vereint. Man will eine internationale Organisation gründen, aber der Zweite Weltkrieg kommt dazwischen. 1947 unternimmt Hayek (in Konkurrenz zu den Ordoliberalen) einen Neustart, im April kommt es in der Schweiz zum Gründungstreffen der Mont Pèlerin Society. Sie etabliert sich als permanente Institution mit jährlichen Tagungen und gewinnt langsam Einfluss unter Intellektuellen, Medienschaffenden und zunehmend Unterstützung durch Geldgeber in der Wirtschaft.

Die neue Organisation verfolgt ein hochtrabendes Ziel. Sie will die Gesellschaft insgesamt verändern, dieser Prozess soll zwei bis drei Generationen dauern. Wie man das machen soll, hat Hayek 1949 formuliert (Hayek 1960). Hayek entwirft dabei das Bild einer idealen Gesellschaft, die wie eine Pyramide geformt ist (vgl. Hayek 1971, S. 138). Oben an der Spitze steht die eigentliche Elite. Es sind dies die „originären Denker“, die großen Philosophen – für Hayek sind das nur Männer. Dieser Denkelite (zu der Hayek sich selbst und seine Mitstreiter in der Mont Pèlerin Gesellschaft zählt) kommt die Aufgabe zu, die Grundsätze einer neuen Gesellschaft als einer Gesellschaft „des Marktes“ zu formulieren. Die kleine elitäre Gruppe kann nur dann erfolgreich sein, wenn sie bei anderen Gruppen Resonanz findet. Sie muss nach Hayek eine zweite Gruppe beeinflussen, die er „Intellektuelle“ nennt, das sind ProfessorInnen, Lehrer-

Innen, JournalistInnen usw. (vgl. Hayek 1992, S. 42f). Hayek bezeichnet sie abschätzig als „Altwarenhändler von Ideen“ (Hayek 1960, S. 371). Denn sie sind unfähig neue Ideen zu entwerfen, springen auf neue intellektuelle Modewellen auf und verbreiten sie in der Gesellschaft. Wenn das geschieht, dann kann sich nach Hayek die „öffentliche Meinung“ verändern. Dies hat Auswirkungen auf die PolitikerInnen, die (als dritte Schicht) nur dann gewählt werden, wenn sie im Rahmen der öffentlichen Meinung agieren. Ihre Aufgabe ist zweifacher Art. Sie müssen zum einen aktiv „den Markt“ errichten, dazu muss nach Hayek die „rule of law“ errichtet (das sind vor allem Regeln, die das Privateigentum, Firmen- und Handelsrechte gewährleisten) – und mit Gericht und Polizei durchgesetzt werden. Nur so kann es „den Markt“ als soziale Wirklichkeit überhaupt erst geben. Mit anderen Worten: „Der Markt“, der in der Krise des Liberalismus nicht die Kraft hat sich selbst herzustellen, muss gezielt „gemacht“ werden, es muss eine „Planung für den Markt“ vorgenommen werden (Thomasberger 2009, S. 65). Ist das erfolgt (das kann auch mit einer Schockpolitik erfolgen, dafür gibt es viele Beispiele), dann darf die Politik – das ist ihr zweiter und passiver Part – „in den Markt“ nicht mehr eingreifen, denn das wäre eine „Intervention“ mit schädlichen Folgen. Denn „die Politik“ darf „dem Markt“ (den sie selbst errichtet hat) keine übergeordneten Ziele mehr vorgeben. Sie hat „ihm“ zu folgen bzw. so zu tun, als ob sie ihm folgen würde. Auf der letzten und untersten Schicht der gesellschaftlichen Pyramide befindet sich die Mehrheit der Menschen, Hayek spricht auch von „den Massen“. Diese agieren nach Hayek vollkommen passiv. Sie sind einem Geschehen ausgeliefert, das sie nicht verstehen und nicht verstehen können. Warum und wieso sie handeln, wie sie handeln, ist ihnen nicht bewusst. Hayek schreibt dazu: „Die Menschen wissen fast nie und kümmern sich auch nicht darum, ob die zu ihrer Zeit eingebürgerten Ideen von Aristoteles oder von Locke, von Rousseau oder von Marx stammen oder von irgendeinem Professor, dessen Ideen vor zwanzig Jahren bei den Intellektuellen Mode waren. Die meisten haben die Werke nie gelesen oder auch nur die Namen der Autoren gehört, deren Begriffe und Ideale einfach zu ihrem Denken gehören.“ (Hayek 1971, S. 138)

Hayek hat an anderen Stellen versucht zu begründen, warum die Mehrheit der Bevölkerung passiv sein muss. Er spricht dabei „dem Menschen“ insgesamt die Fähigkeit ab, mittels seiner Vernunft gesellschaftlich wirksam zu werden. Denn der Mensch wird nach Hayek von drei Arten von Regeln geleitet, wiederum zeigt sich ein hierarchisches Modell (Hayek 1998, Bd. 3, S. 159f, vgl. Slobodian 2018, S. 238f). Die erste und tiefste Schicht enthält jene Regeln,

über die Menschen kein Bewusstsein verfügen, wie über ihre physiologischen Reaktionen oder die Art, wie ihre Sinne funktionieren. Die zweite Schicht bilden soziale Regeln, wie jene, die in Traditionen verankert sind, aber auch jene, die eine soziale Ordnung ausmachen (auch die Ordnung „des Marktes“). Hayek spricht Menschen schlichtweg die Fähigkeit ab, über die soziale Ordnung (vor allem die eines etablierten „Marktes“) zu reflektieren. Menschen passen sich dem schlichtweg an. Bezeichnenderweise führt er dazu Beispiele aus der Physik an, z.B. sei das so, als wenn sich Eisenspäne unter dem Einfluss eines Magneten anordnen und ein Muster bilden. Nur auf einer „dünnen“ dritten Schicht gibt es nach Hayek Regeln, denen sich Menschen bewusst sind und die sie mit voller Absicht für eigene Zwecke übernehmen und verändern können. Nur hier kann man von einem Bereich „der Vernunft“ sprechen. Der Neoliberalismus nach Hayek steht damit in direktem Gegensatz zur ursprünglichen Aufklärung (17. bis 19. Jahrhundert). Hier wurde dem Menschen bekanntlich eine allgemeine Vernunftfähigkeit zugesprochen. Sie befähigt ihn, die Gesellschaft zu durchschauen, sie einer kritischen Überprüfung zu hinterziehen und sie zu verändern. Diesem Programm verdanken wir die Denkgrundlagen für die Demokratie und für politische Freiheits- und Menschenrechte.

Was ist „der Markt“?

„Der Markt“ wird im Neoliberalismus unterschiedlich beschrieben. Es gibt allerdings einen Kern, der z.B. bei allen Schulen und Theorien, die in der Mont Pèlerin Gesellschaft vertreten sind, zu finden ist. Ihn hat Mises entwickelt (in Ötsch 2019 habe ich dies anhand von 50 Basisaussagen erklärt). Zentral ist dabei die Gegenüberstellung zu einem behaupteten Gegenteil. Mises geht davon aus, dass es nur zwei Sozial- und Wirtschaftssysteme geben könne: „Entweder Kapitalismus oder Sozialismus; ein Mittelding gibt es eben nicht“ (Mises 1929, S. 12). Dieses Schema wird bis heute konsequent durchgehalten, die populäre Version lautet „Wollt ihr mehr Markt oder mehr Staat?“. Dabei wird das jeweils behauptete Gegenteil zu „dem Markt“ (wie „der Totalitarismus“, „der Kollektivismus“, „der Interventionismus“, „die Planwirtschaft“, „der Sozialstaat“, „der Wohlfahrtsstaat“ – und schließlich „der Staat“) als ein logisches Gegenteil dahingestellt. Um ein Bild zu zeichnen: Stellen wir uns eine Insel vor, die in zwei Länder A und B mit unterschiedlichen Staatsformen geteilt ist. Was würden wir zu PolitologInnen sagen, die uns die Differenzen zwischen A und B so erklären: Sowohl A als auch B sind in sich gleichartig, sie sind gleichsam von einer einzigen Substanz erfüllt. Zugleich gilt, dass die Substanz in A

das logische Gegenteil der Substanz von B sei (In Ötsch u.a. 2017 und Ötsch 2019 wird das „der Nicht-Markt“ genannt). Das Gegenteil kann z.B. sprachlich so ausgedrückt werden, dass die wichtigsten Eigenschaften in A ausschließlich mit positiven Begriffen (wie „effizient“ und „freiheitsfördernd“) und in B mit ausschließlich mit negativen Begriffen (wie „ineffizient“ und „freiheitsunterdrückend“) beschrieben werden. Für eine politologische Analyse handelt es sich offenbar um sinnlose Aussagen. In den Systemtheorien „des Marktes“ hingegen bildet die Unterscheidung zwischen einem „Markt“ zu seinem logischen Gegenteil ein zentrales begriffliches Fundament. Das bedeutet auch, dass niemand sagen kann, was „der Markt“ wirklich ist, man muss zurecht von einem Mythos sprechen (Ötsch 2019). Das mythische Element zeigt sich auch darin, wie vielfältig und widersprüchlich der Begriff „der Markt“ in neoliberalen Texten verwendet wird, oft auf ein und derselben Seite in mehreren Bedeutungen: als Beschreibung eines spezifischen Marktes (wie im Modell der vollkommenen Konkurrenz in den Lehrbüchern der Mikroökonomie, das nur unter ganz strengen Annahmen gelten kann), als Bezeichnung für eine ganze Branche, die ganze Wirtschaft oder gar die globale Wirtschaft, als eine Art Wesen (dem wir uns zu unterwerfen hätten), als eine Norm (die es zu befolgen gilt), als eine Utopie (die noch niemals realisiert worden ist) oder als eine Potentialität, die immer und überall vorhanden ist. Man muss (wie es z.B. 1992 in Russland geschah) nur schlagartig alle Preiskontrollen aufheben, dann kann „der Markt“ sogar in einem Land seine segensreiche Kraft entfalten, das jahrzehntelang nach ganz anderen Regeln wirtschaftlich tätig war.

„Den Markt“ durchsetzen

Aber eine Fiktion kann gesellschaftlich wirksam werden, wenn viele an sie glauben. Die Geschichte der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts kann als Prozess einer schrittweisen Durchsetzung des Mythos von „dem Markt“ verstanden werden. Diese Entwicklung verlief schrittweise, widersprüchlich und ist ungemein facettenreich. Eine wichtige Rolle spielten auch die vielen Think Tanks, die aus der Mont Pèlerin Gesellschaft hervorgegangen sind. 1981 wird dazu als Dachgesellschaft die Atlas Economic Research Foundation gegründet, 2011 wird sie in Atlas Network umbenannt. Im Frühjahr 2018 sind hier in 93 Ländern 475 Free-market Organizations aufgelistet (vgl. www.atlasnetwork.org), das Netzwerk wird von großen Konzernen finanziert. Die Wirkungsgeschichte dieser Think Tanks verläuft sehr unterschiedlich, in manchen Ländern hatten sie wenig, in manchen entscheidenden Einfluss. Dass sich insgesamt das Konzept von

Hayek durchgesetzt hat, darf nicht als Bestätigung seiner Sichtweise missverstanden werden, man könne die Gesellschaft langfristig durch eine kleine Elite steuern (das behauptet z.B. auch triumphierend für Großbritannien der Direktor des Institute of Economic Affairs, vgl. Blundell 2003). Denn der Erfolg einer Bewegung bestätigt nicht die Theorie, die die Bewegung selbst über ihren eigenen Erfolg hat.

Die Geschichte der Durchsetzung des Denkens „des Marktes“ ist noch nicht geschrieben, wir können nur einfache Konturen zeichnen (vgl. Mirowski/Plehwe 2009, Ötsch u.a. 2017 und Ötsch 2019). Sie umfasst viele Ebenen und Bereiche. Meilensteine dieser Transformation sind: In den 1960er-Jahren war das marktfundamentale Netzwerk erfolgreich, das System von Bretton Woods (das man als Keynesianische Weltordnung verstehen kann) zuerst bei den Ökonominen zu diskreditieren (vgl. Schmelzer 2010) und es dann politisch zu Fall zu bringen. In den 1970er-Jahren wird der Keynesianismus in der Wirtschaftstheorie zurückgedrängt. Nach und nach bildet sich eine „Mainstream-Ökonomie“, die immer enger und ausschließender wird. Dazu nur ein Beispiel: Im Jahre 2017 haben vier der fünf Ökonominen, die im prestigeträchtigen Sachverständigenrat versammelt sind, ihrem Kollegen (der von den Gewerkschaften in dieses Gremium entsandt worden ist) öffentlich zugerufen: „Laien verwechseln häufig die Liebe von Ökonomen zum Markt mit einer Liebe zu einzelnen Marktakteuren. Einem Profi sollte das nicht passieren.“ (Beschorner 2017).

Auch im Bereich der Politik passiert schrittweise eine Verengung. Einen ersten politischen Erfolg des marktfundamentalen Netzwerkes stellen die „Reformen“ in Chile in der Diktatur von August Pinochet ab 1974 dar. Am Ende dieses Jahrzehnts erfolgt der politische Durchbruch fast zeitgleich in den damals zwei wichtigsten Ländern des Kapitalismus, nämlich in Großbritannien (Margaret Thatcher war vom Mai 1979 bis November 1990 Premierministerin) und in den USA (Ronald Reagan war vom Januar 1981 bis Januar 1989 Präsident). In den 1980er-Jahren verfolgen die Weltbank und der Internationale Währungsfonds (unter der Federführung der USA) zunehmend eine Politik „des Marktes“, vor allem in Form der „Strukturanpassungsprogramme“ in über 100 Ländern. Ab 1989 bricht überraschend das planwirtschaftliche System im „Ostblock“ zusammen und China öffnet sich endgültig für Kapitalismus. In den 1980er und 1990er-Jahren werden vor allem die Bank- und Finanzgeschäfte dereguliert, spätestens jetzt entsteht eine neue Form des Kapitalismus, die man Finanzkapitalismus nennen kann. In seinem Gefüge

formt sich mehr und mehr eine ökonomisierte Gesellschaft, für die das Konzept „des Marktes“ die Denkgrundlage bildet. Denn hier gibt es kein Konzept von der Gesellschaft. Man spricht von einer „Ordnung“ und dieser Begriff vermischt die frühere Wirtschaft mit der Gesellschaft, in der sie eingebettet war. „Der Markt“ wird damit im Marktfundamentalismus grenzenlos. Weder in der Bevölkerung („die Massen“ können „den Markt“ nicht durchschauen) noch in der Politik oder in der Gesellschaft (das gibt es nicht mehr) und auch nicht mehr durch die Natur kann die „Ordnung des Marktes“ eingeschränkt werden.

Die Folge dieser Entwicklungen ist ein globaler Boom in den Nuller-Jahren des 21. Jahrhunderts, begleitet von einer enormen Ausweitung der unregulierten Schattenbanken. In diesem Feld spielt sich 2007 und 2008 die größte Finanzkrise ab 1945 ab. Die Finanzkrise und die anschließende Wirtschaftskrise vor allem im Jahre 2009 transformiert das Wirtschaftssystem auf eine neue Weise, das seither von den Zentralbanken am Leben erhalten wird.

Wirtschaftskrise und Rechtspopulismus

Die Folgen dieser Krisen haben unmittelbar mit dem Erstarren des Rechtspopulismus zu tun. Die Finanzkrise vor allem im Herbst 2008 war ein zeitweiser Schock, der aber keine großen Auswirkungen auf die Machtverhältnisse ausgeübt hat. Weder haben sich in der Wirtschaftstheorie neue Denkweisen durchgesetzt noch erfolgte ein Austausch in der Politik. In den USA hat z.B. Obama, der Anfang 2009 das Amt des Präsidenten angetreten hat, keinen Bruch mit der Politik seines Amtsvorgängers Bush vollzogen und ausgerechnet Timothy Geithner zu seinem ersten Finanzminister gemacht. Geithner war der Chef der New Yorker Zentralbank und hat gemeinsam mit Ben Bernanke (Chef der gesamten US-Zentralbank, der Fed) und Hank Paulson (Finanzminister unter Bush) die Rettung des Finanzsystems betrieben. Die drei Hauptakteure haben immer – durchaus im Interesse der Wall Street – die Finanzkrise als Liquiditätskrise interpretiert und begonnen Liquiditätsmittel im Ausmaß von Billionen Dollar bereitzustellen, die Europäische Zentralbank ist dem gefolgt. Tiefgreifende Reformen im Banken- und Finanzgeschäft, wie in den USA unter Roosevelt nach der Weltwirtschaftskrise ab 1929, sowie spürbare Hilfeleistungen für die betroffene Bevölkerung waren niemals vorgesehen. Es gab in den USA und in Europa unter ExpertInnen eine Regulationsdebatte, die Ergebnisse sind allerdings wenig weit reichend. Vor allem wurde die Architektur des Finanzsystems nicht wesentlich verändert, die strukturellen

Bedingungen für eine neue große Krise sind unverändert vorhanden.

Damit waren auch die PolitikerInnen nicht in der Lage, der eigenen Bevölkerung die Krise und die gewaltigen Rettungsmaßnahmen in einem stimmigen Narrativ erklären zu können (Frank 2012, Kap. 10). Der Bevölkerung in Europa und in den USA wurde nicht gesagt, wie und warum es zur Finanzkrise gekommen ist, wer für die Krise verantwortlich war und was man tun will, um in der Zukunft eine neue Krise zu verhindern. Aber eine nicht erklärte große Krise ist geeignet, Ängste wachsen zu lassen. Das hat – durchaus zu Recht – eine Stimmung oder Ahnung gefördert, die Politik habe angesichts der Finanzmärkte die Kontrolle über die Wirtschaft verloren.

Der Rechtspopulismus, der spätestens 2016 (Abstimmung zum Brexit, Wahl von Donald Trump zum US-Präsidenten) evident wird, kann als politische Reaktion auf die Krise ab 2008 gedeutet werden. Er thematisiert – auch in Form einer Globalisierungskritik – eine handlungsmächtige Politik, die immer vorhanden gewesen ist. Dazu dienen auch Inszenierungen, die mit herkömmlichen Regeln (wie jene des Anstandes durch Trump) bricht und sich als Antipolitik gibt. Der Rechtspopulismus kann als Versuch einer Elite verstanden werden, mit der Rhetorik „des Volkes“, das gegen „die Elite“ kämpft, die bestehenden politischen Eliten durch eine andere Elite auszutauschen. Die wirtschaftlichen Eliten sind davon nicht betroffen. Trump kämpft gegen die Folgen der Globalisierung, aber nicht gegen „den Markt“. Im Gegenteil: seine Politik (in der reiche Personen versammelt sind) wird von neoliberalen Kerntruppen (wie der Heritage Foundation und dem Cato Institute) vehement unterstützt, beide Think Tanks besitzen enge Beziehungen zur Mont Pèlerin Society. Diese Organisationen um die Society, vor allem auch das Atlas network, bilden auch einen zentralen Knoten der Klima(wandel)leugner. Trump fördert diese Position – ähnlich auch die FPÖ mit einem Naheverhältnis zum Wiener Hayek Institut. Ein gutes Beispiel ist auch die AfD, die als „Professorenpartei“ von neoliberalen ÖkonomenInnen gegründet worden ist, die angesichts der Eurokrise selbst PolitikerInnen werden wollten und ihre Partei (in Analogie zu den Republikanern in den USA) zum Einfallstor für Rechtsradikale werden ließen.

Der Rechtspopulismus betreibt eine Politik der Angst, angesprochen und aktiviert wird eine „Wut von unten“. Diese Wut entstammt aus den Folgen des Finanzkapitalismus, in der viele Entwicklungen steigende Ängste plausibel machen. Ein Beispiel sind die gesunkene

Qualität in der Arbeit, z.B. eine größere Unsicherheit oder eine größere Hetze am Arbeitsplatz – dies wird in der Politik kaum thematisiert. In den Jahrzehnten, in denen die Politik glaubte sich ohne Alternative „der Globalisierung“ anpassen zu müssen, haben sich Teile der Bevölkerung der Politik entfremdet. Die Hoffnungen auf ein besseres Leben, vor allem der Kinder, haben sich für eine breite Mittelschicht verflüchtigt. Diese Enttäuschung und Wut wird von den Rechtspopulisten gebündelt und kanalisiert. Die Stoßrichtung richtet sich nicht gegen wirtschaftlich Mächtige, sondern gegen „Feinde“, wie „die Elite“ in der Politik, das Ausland und gegen „Sozial-schmarotzer“ im eigenen Land (vgl. Ötsch/Horaczek 2018). Mit dieser Deutung gelingt es in hohem Maße, die soziale Frage in eine nationale bzw. ethnische Frage umzudeuten, die Sozialdemokratie wird dazu nicht mehr benötigt. In vielen Ländern kann beobachtet werden, wie die konservative politische Elite und die VertreterInnen der Wirtschaft immer mehr die Positionen der Rechtspopulisten übernehmen und ihren Widerstand aufgeben, Österreich spielt hier wieder einen Vorreiter. Die Zukunft des Kapitalismus könnte in einer autoritären rechtspopulistischen Form liegen.

Literaturverzeichnis

Beschorner, Thomas (2017): Die Beziehungskiste. Ökonomen lieben den Markt, betonen vier Wirtschaftsweisen, weil der fünfte mit der Industriepolitik fremdgegangen ist, Die Zeit, 13.9.2017, www.zeit.de/2017/38/oekonomie-markt-industriepolitik (15.8.2018)

Blundell, John (2003): Waging the War of Ideas, 2. Auflage, The Institute of Economic Affairs, London.

Frank, Thomas (2012): Pity the Billionaire. The Hard-Times Swindle and the Unlikely Comeback of the Right, Metropolitan Books, New York.

Hayek, Friedrich August (1960): The Intellectuals and Socialism.
In: Huszar, George B. de (ed.): The Intellectuals: A Controversial Portrait, The Free Press, Glencoe, Illinois, S. 371 bis 384.

Hayek, Friedrich August (1971): Die Verfassung der Freiheit, J.C.B.Mohr (Paul Siebeck), Tübingen.

Hayek, Friedrich August (1992): Die Intellektuellen und der Sozialismus, Schweizer Monatshefte. Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur 72, S. 40 bis 54.

Hayek, Friedrich August (1998): Law, Legislation and Liberty, Vol. 3: The Political Order of a Free People (ursprünglich erschienen 1979), London: Routledge.

Mirowski, Philip/Plehwe, Dieter (Hrsg.) (2009): The Road from Mont Pèlerin. The Making of the Neoliberal Thought Collective, Harvard University Press, Cambridge, Massachusetts, and London.

Mises, Ludwig (1929): Kritik des Interventionismus. Untersuchungen zur Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsdeologie der Gegenwart, Gustav Fischer, Jena.

Mises, Ludwig (1932): Die Gemeinwirtschaft. Untersuchungen über den Sozialismus, 2. umgearbeitete Auflage 1932 (1. Auflage 1922), Gustav Fischer, Jena.

Ötsch, Walter Otto (2019): Mythos Markt. Mythos Neoklassik. Das Elend des Marktfundamentalismus, Metropolis, Marburg.

Ötsch, Walter Otto/Horaczek, Nina (2017): Populismus für Anfänger. Anleitung zur Volksverführung, 3. Aufl., Westend, Frankfurt.

Ötsch, Walter Otto/Pühringer, Stephan/Hirte, Katrin (2017): Netzwerke des Marktes. Ordoliberalismus als Politische Ökonomie, Springer VS, Wiesbaden.

Pühringer, Stephan (2015a): Marktmetaphoriken in Krisennarrativen von Angela Merkel. In: Ötsch, Walter O./Hirte, Katrin/Pühringer, Stephan/Bräutigam, Lars (Hrsg.): Markt! Welcher Markt? Der interdisziplinäre Diskurs um Märkte und Marktwirtschaft, Metropolis, Marburg, S. 229 bis 251.

Pühringer, Stephan (2015b): Markets as „ultimate judges“ of economic policies. Angela Merkel's discourse profile during the economic crisis and the European crisis policies. ICAE Working Paper Series 31.

Schmelzer, Matthias (2010): Freiheit für die Wechselkurse. Die Ursprünge der neoliberalen Währungspolitik und die Mont Pèlerin Society, Metropolis, Marburg.

Slobodian, Quinn (2018): Globalists. The End of Empire and the Birth of Neoliberalism, Harvard University Press. Cambridge, Massachusetts, and London.

Thomasberger, Claus (2009): ‚Planung für den Markt‘ versus ‚Planung für die Freiheit‘. Zu den stillschweigenden Voraussetzungen des Neoliberalismus. In: Ötsch, Walter Otto/Thomasberger, Claus (Hrsg.): Der neoliberale Marktdiskurs. Ursprünge, Geschichte, Wirkungen, Metropolis, Marburg, S. 63 bis 96.

Erich Ribolits/Martin Klemenjak⁵

Bildung – Macht – Gesellschaft?

Nach einleitenden Bemerkungen zum Workshop wurden die 20 Teilnehmenden – darunter insbesondere Studierende der Alpen-Adria-Universität Klagenfurt, der Pädagogischen Hochschule Kärnten, Viktor Frankl Hochschule und der Fachhochschule Kärnten, BetriebsrätInnen sowie Lehrende – eingeladen, sich über folgende Fragestellung Gedanken zu machen: Was verbinden Sie mit dem Begriff „Bildung“? Die Ergebnisse wurden von den Teilnehmenden auf Moderationskarten geschrieben. Im Rahmen einer daran anschließenden Vorstellungsrunde – unter Nennung des Vor- und Nachnamens sowie der Institution und Funktion – erfolgte die Präsentation der Ergebnisse im Plenum. In diesem Kontext wurden vom Moderator die geschriebenen Karten an die Pinnwand geheftet. Diese sollen nun nachfolgend in alphabetischer Reihenfolge aufgelistet werden:

- Allgemeinwissen
- Alternativlos (?)
- Beruf
- Bildungs-„Ferne“
- Bücher
- Ein Bild, abstrakt oder konkret, Ideal oder Wirklichkeit
- Enttäuschung
- Entwicklung der Persönlichkeitsstruktur (Fühlen – Wissen – Können)
- Erfahrung

⁵⁾ Der vorliegende Beitrag stammt primär von Erich Ribolits. Dafür stellte der Bildungswissenschaftler das Manuskript seines Vortrages zur Verfügung. Martin Klemenjak, der Moderator des Workshops, ergänzte diesen Beitrag um den Ablauf und die Ergebnisse des gleich lautenden Workshops.

- Erweiterung des Horizonts
- Formale und non-formale Bildung
- Freiheit und Verantwortung
- Kapital
- Kultur
- Kulturelle und ökonomische Ressource
- Lebenslanger Prozess
- Lebenslanges Lernen
- Lernen (Verschiedenes) um zu überleben
- Life Long Learning
- Macht
- Ökonomisches Kapital
- Perspektive
- Pflicht versus Wunsch
- Populisten
- PRIVILEGIEN
- Schule (2 Nennungen)
- Selbstreflexion
- Sozialisation
- Verwirtschaftlichung
- Wissen (2 Nennungen)
- Zukunft
- Zweideutigkeit

In Anschluss daran erfolgte ein Vortrag mit einer Plenumsdiskussion. Nachfolgend werden die zentralen Botschaften sowie ergänzende Ausführungen des Vortrages dokumentiert:

Bildung genießt derzeit einen nahezu uneingeschränkt guten Ruf. Fast durchwegs wird davon ausgegangen, dass Menschen durch den Besuch von Bildungsveranstaltungen klüger und selbstbewusster werden, sich einen weiteren Horizont erschließen und ihr Leben selbstbestimmter führen können. Durch Bildung – so der allgemeine Tenor – könne das Subjekt nicht nur seine Chancen im Wettbewerb und attraktive gesellschaftliche Positionen erhöhen; zugleich könne es sich auch von den aus den aktuellen Machtverhältnissen abgeleiteten Zumutungen befreien. In diesem Sinn for-

dern aktuell auch fast alle politischen und weltanschaulichen Gruppierungen erweiterte und verbesserte Bildungsmöglichkeiten. Die Meinungen, wie diese herzustellen seien, gehen zwar einigermaßen auseinander. Die Annahme, dass ein mehr an Bildung sowohl individuelle Entfaltungsmöglichkeiten als auch gesellschaftliche Entwicklung positiv beeinflussen kann, wird aber letztendlich von allen geteilt.

Diese nahezu vorbehaltlose Idealisierung von Bildung ruft bei mir als Bildungswissenschaftler durchaus Skepsis hervor. Was hierzu-lande als Bildung bezeichnet wird – Lernangebote, die von der öffentlichen Hand organisiert oder durch diese zumindest sanktioniert sind und von möglichst vielen Menschen konsumiert werden – trägt einen Doppelcharakter in sich. Dieser wird im Rahmen der allgemeinen positiven Bewertung von Bildung allerdings nur sehr selten thematisiert. Tatsächlich bewegt sich menschliches Lernen stets in einem Spannungsfeld von Anpassung und Widerstand. Lernen kann durchaus helfen, die sich aus den jeweiligen Macht- und Herrschaftsbedingungen ergebende Zwänge zu durchschauen und den Mut zu entwickeln, sich gegen diese querzulegen. Aber Lernen kann auch genauso dazu führen, sich gegebenen governmentalen Zumutungen anzupassen und zu einem problemlos funktionierenden, „braven“ Gesellschaftselement zu werden.

Diese Aussage gilt selbstverständlich auch für politische Bildung. Wissen um die gegebenen Macht- und Herrschaftsverhältnisse und darum, wie sich diese in den politischen Gegebenheiten niederschlagen, sowie das Animieren des Hinterfragens dieser Bedingungen des politischen Geschehens, können durchaus dazu führen, dass Menschen dem gesellschaftlichen Status quo gegenüber kritisch und widerständig werden. Was unter dem Titel „Politische Bildung“ firmiert, kann allerdings auch bewirken, dass Menschen zwar lernen, die Gegebenheiten innerhalb des Gesellschaftssystems zu hinterfragen, sie aber zugleich dazu gebracht werden, die dem System immanenten Grundwahrheiten als unveränderbar wahrzunehmen.

Darüber, ob und inwieweit tatsächlich eine systemhinterfragende Bewusstseinsveränderung innerhalb eines Bildungssystems möglich ist, das selbst zentraler Vermittler der gegebenen hegemonialen Strukturen ist, soll es in meinem folgenden Vortrag gehen.

Grundsätzlich benötigt jedes gesellschaftliche System zu seiner Stabilisierung die Loyalität der Majorität der Gesellschaftsmitglie-

der in Bezug auf die gegebenen Strukturen der Macht. Durch Zwang allein lässt sich der Zusammenhalt einer Gesellschaft auf Dauer niemals aufrechterhalten. Für ein längerfristiges Bestehen ist es für jedes politische System erforderlich, dass die Grundprämissen des Systems – die ja die Voraussetzungen der konkreten Machtverhältnisse sind – vom Großteil der Individuen nicht in Frage gestellt werden.

Das bedeutet jedoch keineswegs, dass von den Gesellschaftsmitgliedern erwartet wird, unkritische Mitläufer zu sein. Ganz im Gegenteil: Systemimmanente Kritik kann durchaus erwünscht sein und sogar einen Teil der Erwartung darstellen, die an angepasste Subjekte gestellt werden. Kritik darf und soll daran geübt werden, in welcher Form die gesellschaftlichen Grundprämissen umgesetzt werden, nicht jedoch an diesen selbst. Das Bewusstsein der Gesellschaftsmitglieder soll vom Glauben bestimmt sein, in der besten aller Welten zu leben, die allerdings von den sogenannten Entscheidungsträgern nicht immer ausreichend gut gemanagt wird. Ein gesellschaftliches System ist in seinem Bestand nicht gefährdet, solange der Großteil der Gesellschaftsmitglieder an die das System bestimmenden Prämissen glaubt und bloß der Meinung ist, das politische Personal würde seine Sache nicht gut genug machen. Gefahr droht einem Gesellschaftssystem erst dann, wenn ein relevanter Teil seiner Mitglieder an seinen bestimmenden Dogmen zu zweifeln beginnt.

In der Vormoderne war es vornehmlich die katholische Kirche, die mit Hilfe der Glaubensvermittlung die Loyalität der Massen gegenüber dem gesellschaftlichen System sicherstellte. Im Gefolge von Aufklärung und Industrialisierung verlor die Kirche immer mehr ihr bis dahin bestehendes Monopol der ideologischen Zurichtung der Köpfe im Sinne der geltenden gesellschaftlichen Grundprämissen. Die Aufgabe des Herstellens von Systemloyalität ging zunehmend auf das staatlich organisierte beziehungsweise sanktionierte Bildungswesen über.

Das Bildungssystem hatte somit – auch wenn zu diesem Zeitpunkt der Begriff „politische Bildung“ noch lange nicht erfunden war – von allem Anfang an eine entscheidende politisch relevante Funktion. Bildung war in letzter Konsequenz immer schon politische Bildung! Die Etablierung der bürgerlichen Gesellschaft hatte es nicht nur erforderlich gemacht, Menschen zumindest einen Grundstock an Wissen und Fähigkeiten zum Zweck ihrer gesellschaftlichen Brauchbarmachung zu vermitteln. Mindestens genau-

so wichtig war es, die Leistungsideologie inklusive ihrer pädagogischen Ausformung, die im Ausspruch des frühbürgerlichen Philosophen Francis Bacon – „Wissen ist Macht“ – zum Ausdruck kommt, im allgemeinen Bewusstsein zu verankern.

Der vormoderne Glaube hatte gelautet, dass eine höhere Instanz für gesellschaftliche Positionsverteilung und individuelle Lebensbedingungen verantwortlich sei. Für die Etablierung der bürgerlichen Gesellschaft galt es den Glauben zu verankern, es wäre richtig, wenn über die jemanden zustehende gesellschaftliche Position, die Fähigkeit und Bereitschaft entscheidet, gesellschaftlich relevante Leistungen zu erbringen. Indem das Bildungssystem als Zertifizierungsstelle für erwünschte Leistung installiert wurde, wurde es zugleich Zentralinstanz zur Verankerung der Leistungsideologie. So wie vordem die Kirche Interpretationsinstanz des Göttlichen war und dieses damit zugleich auch legitimierte, wurde nun das Bildungssystem Interpretations- und Legitimationsinstanz der Leistungsideologie.

Als gesellschaftlich erwünschte Leistungen galten dem frühbürgerlichen Subjekt allerdings keineswegs nur ökonomisch verwertbare Leistungen. Im Zuge der Ausbildung der bürgerlichen Gesellschaft hatte sich ja ein Subjektleitbild etabliert, das an zwei gegensätzlichen und einander diametral entgegengesetzten Ansprüchen von „Leistung“ orientiert war. Zum einen an der Kultivierung des egoistischen, an Privatbesitz, Aufstieg und Macht orientierten Erwerbzbürgers – des um seine individuelle Besserstellung kämpfenden Bourgeois. Und zum anderen am Herausbilden des an Gemeingeist und Gemeinwohl orientierten Staatsbürgers – des Citoyens, der eine gleichberechtigte Stellung in der sogenannten Zivilgesellschaft einnimmt, Verabredungen und Vorkehrungen im Sinne des Gemeinwohls trifft und dessen demokratisches Weltbild eine grundsätzliche Gleichheit aller Menschen idealisiert.

Das bürgerlich-kapitalistische Subjekt war in diesem Sinn aufgerufen, zwei einander völlig widersprechende Forderungen auszubalancieren: Zum einen sollte es sich – den Verwertungsvorgaben der Konkurrenzökonomie entsprechend – bestmöglich am Markt positionieren und seine Position im gesellschaftlichen Ranking auf Kosten und durch das Verdrängen anderer – was letztendlich heißt: unter Ausblenden jedweder Gefühle von Mitmenschlichkeit und Solidarität – optimieren. Zum anderen sollte das bürgerliche Subjekt aber auch ein kritisches, den Idealen der Menschenwürde verpflichtetes Individuum sein, das sich im Rahmen demokratischer Mit-

bestimmungsmöglichkeiten für ein solidarisch-humanes Gemeinwesen einsetzt.

Beide skizzierten Aspekte des bürgerlichen Individuums galt es durch Bildung zu befördern. Dem Zwillingsspaar Bourgeois und Citoyen entsprechen im Bildungsbereich die Begriffe Fertigkeiten und Kenntnisse zum einen und Gesinnung zum anderen. Die am Markt verwertbaren Fertigkeiten und Kenntnisse sollen dem bürgerlichen Individuum das Rüstzeug zum Erreichen einer möglichst attraktiven gesellschaftlichen Position im Konkurrenzkampf liefern und auch die systemisch erforderlichen, ungleichen Lebensbedingungen legitimieren. Und die durch Bildung hervorgebrachte Gesinnung soll den gesellschaftlichen Zusammenhalt im bürgerlich-kapitalistischen System schaffen. Insbesondere in der Phase ihrer Installation war zur Sicherung der modernen Verhältnisse ja das Herstellen allgemeiner Akzeptanz der auf den Kampf von allen gegen alle aufbauenden Gesellschaftsordnung sowie das Herausbilden einer korrelierenden Selbstwahrnehmung der Individuen notwendig.

In diesem Sinn finden sich auch in allen Varianten moderner Bildungstheorie beide Denkfiguren – Erwerb nützlichen Wissens im Sinne des Bourgeois einerseits und Pflege staatsbürgerlicher Gesinnung im Sinne des Citoyens andererseits. Stets ging es sowohl um Ausbildung – die Vermittlung verwertbarer Kenntnisse und Fertigkeiten durch Lernen und Unterricht – als auch um Bildung und Erziehung – die Förderung einer spezifischen, bürgerlich-demokratischen Gesinnung.

Das skizzierte, janusköpfige bürgerliche Menschenbild offenbart das zentrale Dilemma der Bildungsidee im allgemeinen und der politischen Bildung im speziellen: Die vorgeblich zu Kritikfähigkeit befähigende Bildung wird als Möglichkeit idealisiert, das gegebene politisch-ökonomische System unter humanitären Gesichtspunkten hinterfragen und letztendlich auch grundsätzlich verändern zu können. Die Tatsache, sein Leben nur per Verkauf der eigenen Arbeitskraft absichern zu können, erzwingt allerdings, sich qua Bildung eine Erwerbsposition innerhalb des vorhandenen Systems der Arbeitskraftverwertung erkämpfen zu müssen. Es ist somit erforderlich, sich per Bildung genau jenen Machtverhältnissen zu unterwerfen, deren Infragestellung durch Bildung vorgeblich ermöglicht werden soll.

Konsequenz dieser Double Bind Situation ist, dass die durch Bildung hervorgebrachte Kritikfähigkeit letztendlich im Korsett system-

immanenter Kritik gefangen ist. Eine vernünftig geltende Kritik an der Grundprämisse des gegebenen Gesellschaftssystems – die darin zum Ausdruck kommt, dass die Möglichkeit, ein gemäß den geltenden Kriterien „gutes Leben“ zu führen, an das Maß der Verwertbarkeit von Menschen gekoppelt ist – ist nicht möglich.

Ausgelöst durch die Möglichkeiten der Informations- und Kommunikationstechnologie ist der Kapitalismus in den letzten Jahrzehnten in eine neue Phase seiner Entwicklung getreten. Das skizzierte dichotome bürgerliche Welt- und Menschenbild lässt sich nun noch schwerer in Einklang mit der gesellschaftlichen Realität bringen.

Schon vorher war es mit fortschreitendem Kapitalismus immer anachronistischer geworden, humane Werte einzufordern, trotzdem in dem für das materielle (Über-)Leben der Menschen entscheidenden ökonomischen Bereich völlig konträre Motive und Eigenschaften erforderlich sind. In diesem Sinn drang der „kapitalistische Geist“ sukzessive in immer größere Bereiche des menschlichen Lebens ein. Das Denken in den Dimensionen von Profitmaximierung, Vermögensakkumulierung, Monetarisierung und Vermarktung von allem, was monetarisiert und vermarktet werden kann, wurde zunehmend zur Normalität. Das Verweisen auf eine andere – in profitökonomischer Form nicht zu argumentierende – Ausrichtung des Lebens zunehmend als „Weltfremdheit und Gutmenschentum“ abqualifiziert.

Das in den 1970er-Jahren einsetzende verstärkte Augenmerk auf Politische Bildung in Österreich, das sich beispielsweise in der Installierung einer Abteilung für Politische Bildung im damaligen Unterrichtsministerium, der Gründung der Österreichischen Gesellschaft für Politische Bildung und dem Erlass des Ministeriums zum Unterrichtsprinzip Politische Bildung äußerte, kann in diesem Sinn durchaus als Reaktion auf den damals beginnenden Umbruch im ökonomischen System Kapitalismus interpretiert werden. Durch den sogenannten Sputnik Schock gelangte das Bildungswesen damals verstärkt als Mittel zur Chancenerhöhung im zunehmend globalen ökonomischen Konkurrenzkampf in den Fokus. Zugleich begann damals aber auch ein Prozess zunehmender Erosion des Glaubens daran, dass das Konkurrenzsystem tatsächlich die Möglichkeit für Alle eröffnet, per Leistungsfähigkeit und Leistungswilligkeit eine adäquate gesellschaftliche Position zu erreichen. Dementsprechend wichtig wurde es, neben einer verstärkten Orientierung des Bildungssystems am brauchbaren Humankapital auch den Glauben an das Herstellen von Leistungsgerechtigkeit über den Weg demokratischer Prozesse zu stärken.

Heute wird von den Vertretern der klassischen Bildungsidee zwar weiterhin das umfassend gebildete Individuum idealisiert, tatsächlich ist es allerdings längst zu grundsätzlichen Bedeutungsverschiebungen der bildungsbürgerlichen Leitbegriffe, Selbstbewusstsein, Autonomie oder Mündigkeit gekommen. Die Auseinandersetzung mit Wissen in vorschulischen Einrichtungen, Schulen, Universitäten und der Erwachsenenbildung wird in diesem Sinn heute nahezu ausschließlich unter dem Gesichtspunkt einer ökonomischen Investition argumentiert. Im derzeit mit allergrößter Selbstverständlichkeit verwendeten Begriff „Humankapital“ sind Mensch und Bildung endgültig dem „kapitalistischen Geist“ untergeordnet – es interessiert nur noch, wie und inwieweit durch Investitionen in die funktionale Zurichtung menschlicher Körper und Gehirne Renditesteigerungen erzielbar sind. Das der Not des systemadäquaten Überlebens geschuldete bourgeoise Nutzendenken hat totalitäre Züge angenommen.

Und auch wenn viele Lehrende in Schule und Erwachsenenbildung verbissen an der Idee festhalten, dass Bildung mehr bedeutet, als das Steigern der Vermarktbarkeit von Menschen, ist der in den inneren und äußeren Strukturen von Bildungsinstitutionen zum Ausdruck kommende „heimliche Lehrplan“ längst einseitig auf das Hervorbringen brauchbaren Humankapitals fokussiert.

Wie schon kurz angesprochen, hat die seit einigen Jahrzehnten in Gang befindliche, sogenannte Dritte industrielle Revolution die angekündete Entwicklung nicht bloß beschleunigt, sondern auf eine qualitativ völlig neue Stufe gehoben. Durch die universelle Einsetzbarkeit der Informations- und Kommunikationstechnologie wurde es möglich, menschliche Arbeitskräfte in nahezu allen wirtschaftlichen Bereichen in großer Zahl und anwachsendem Maß technologisch zu ersetzen. Während sich für das freigewordene Arbeitskräftepotential bei bisherigen arbeitskräftersparenden Erfindungen, wie beispielsweise der Dampfmaschine, der Elektrizität oder dem Verbrennungskraftmotor, bald ein Bedarf in Wirtschaftssektoren aufgetan hat, die von der jeweiligen „neuen Technologie“ nicht tangiert worden waren, ist die Mikroelektronik eine „Universaltechnologie“. Ihr Potenzial, menschliche Arbeitskräfte einzusparen, wirkt sich „flächendeckend“ aus und die Zahl der von ihr substituierten Arbeitsplätze liegt deutlich unter den durch sie generierten.

Die Folge ist ein seit Jahren in allen Industriestaaten zu beobachtender, genereller Rückgang des Arbeitskräftebedarfs. Die Konse-

quenzen: Sukzessive anwachsende Arbeitslosigkeit, Verringerung sogenannter Normalarbeitsplätze, Zunahme von Teilzeitarbeit wider Willen, Leiharbeit, geringfügiger Beschäftigung und dergleichen – ganz allgemein: ein Umsichgreifen prekärer Beschäftigungsverhältnisse.

Für Menschen, die auf den Verkauf ihrer Arbeitskraft angewiesen sind, gewinnt der Kampf jeder gegen jeden dadurch deutlich an Intensität. Aber auch Regionen, Staaten und Staatenverbände gerieten immer mehr in den Sog der Konkurrenz. Durch die technologischen Möglichkeiten globalen ökonomischen Agierens in Kombination mit der Liberalisierung der Kapitalmärkte stehen die nationalstaatlichen Regierungen – um für das global flexible Kapital attraktiv zu bleiben – immer mehr unter dem Druck, ihr Hauptaugenmerk der Optimierung der Kapitalverwertungsbedingungen ihres „Standortes“ widmen zu müssen.

Um Arbeitsplätze zu sichern, müssen sie quasi als „nationale Wettbewerbsagenturen“ agieren und verstärkt die von ihnen verwalteten gesellschaftlichen Ressourcen für den Konkurrenzkampf gegen andere „Standorte“ mobilisieren. Für die soziale Unterstützung von Menschen, die nicht oder nicht mehr im System der Verwertung menschlicher Arbeitskräfte eingebunden sind, kann somit immer weniger Geld erübrigt werden. Dementsprechend gilt es die Ideologie, wonach dem Tüchtigen die Welt gehört und jeder der sich anstrengt, es auch schaffen kann, noch ein wenig mehr zu betonen. In diesem Sinn lautet die entsprechende politische Botschaft immer unverblümt: „Ein menschenwürdiges Dasein verdient nur, wer in ökonomischen Prozessen gebraucht wird und maximal verwertbare Leistungen zu erbringen bereit ist“.

Doch trotz aller kapitalfreundlichen Maßnahmen zur Attraktivitätssteigerung der im Einflussbereich der Politik liegenden Verwertungsräume wird auch in den Kernzonen des Kapitalismus die Zahl derer immer größer, für die es keinen ein adäquates Auskommen ermöglichenden Lohnarbeitsplatz gibt. Dementsprechend wächst selbstverständlich die Angst aller jener, deren Lebensbedingungen am Verkauf ihrer Arbeitskraft hängen. Nicht umsonst versprechen faktisch alle wahlwerbenden Gruppen regelmäßig das Schaffen neuer Arbeitsplätze – durch das Reduzieren sozialer und ökologischer Auflagen für Unternehmen, durch sogenannte Bildungsoffensiven, durch Investition in Green Economy und – zwischenzeitlich nahezu von allen Seiten – durch das Abschotten des Arbeitsmarktes gegenüber nicht heimischen Arbeitskräften.

Tatsächlich bleibt die Wirkung der diesbezüglich getroffenen Maßnahmen aber äußerst beschränkt – die hinter den Verwerfungen am Arbeitsmarkt wirkenden Mechanismen lassen sich durch nationale politische Maßnahmen nur in geringem Maße beeinflussen. Die Folge ist ein anwachsender Vertrauensverlust gegenüber demokratisch legitimierter Politik und ein massives Misstrauen gegenüber etablierten Parteien und PolitikerInnen in allen Industriestaaten.

Von Wahl zu Wahl verlieren die für die bisherige Politik verantwortlich gemachten Parteien WählerInnen und die Zahl derer, die gar nicht mehr zur Wahl gehen, wächst permanent an. Zugleich werden jene, die noch von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen, in ihrem Wahlverhalten immer sprunghafter und durch vordergründig-populistische Versprechungen und Schuldzuweisungen an vorgeblich korrupte, unfähige oder gierige AkteurInnen des politisch-ökonomischen Systems immer leichter beeinflussbar. Zum Teil wissen Menschen bis in die Wahlzelle hinein nicht, wen sie wählen sollen und geben ihre Stimme dann vielfach ziemlich „wahllos“ einmal der einen und beim nächsten Mal einer völlig anders ausgerichteten Gruppierung. Taucht eine neue politische Gruppe mit neuen, eventuell auch noch recht forsch auftretenden ExponentInnen auf, projizieren vielfach große WählerInnengruppen ihre Hoffnungen auf die Neuen, deren Westen logischerweise noch weitgehend unbefleckt erscheinen. Gibt es keine neue Gruppe, auf die die alten Hoffnungen projiziert werden können, werden bei der nächsten Wahl oft genau jene gewählt, die man bei der vorigen per Stimmabgabe „abzustrafen“ versucht hat.

Die Not der politischen AkteurInnen, politische Maßnahmen zuallererst am Ziel ausrichten zu müssen, „Kapital ins Land zu locken“ und die damit einhergehende Reduzierung budgetärer Spielräume lässt es ja tatsächlich immer weniger bedeutsam scheinen, welche politische Gruppierung das Sagen hat. Innerhalb gewisser Grenzen kann die nationale Politik zwar durchaus noch entscheiden, mit Hilfe welcher Maßnahmen Investoren angelockt beziehungsweise durch welche Sparmaßnahmen das dafür nötige Geld aufgebracht werden soll. Aber dem Metaziel, die Attraktivität der Verwertungsbedingungen im Land unter Einsatz allen ihr nur möglichen Mitteln zu steigern und sich im Gegenzug den Spielraum für soziale Maßnahmen beschneiden zu müssen, kann sich keine politische Gruppierung entziehen. Insofern ist der Eindruck vieler Menschen durchaus verständlich, dass ihr demokratisch-politisches Mitbestimmungsrecht eine recht geringe Relevanz hat und für sie letzt-

endlich nur die Auswahl zwischen unterschiedlichen Formen einer unattraktiven Zukunft besteht.

Alles in Allem muss man somit konstatieren, dass die Idee demokratisch legitimierter Politik derzeit mit erschreckender Geschwindigkeit an ihre Grenzen stößt. Ob verstärkte Bemühungen um Politische Bildung innerhalb eines Gesellschaftssystems, in dem Bildung nahezu völlig dem Prinzip der Nützlichkeit unterworfen ist, daran etwas ändern können, darf meines Erachtens nach dem bisher Ausgeführten bezweifelt werden.

In einer Gesellschaft, deren Zusammenhalt sich aus dem gemeinsamen Glauben ableitet, dass dem Tüchtigen die Welt gehört und auch gehören soll und Konkurrenz das ideale Mittel zur Hierarchisierung der Gesellschaft darstellt, und in der das lebenslange Lernen zum Königsweg des Aufrechterhaltens der eigenen Vermarktbarkeit und dem Ergattern eines Stücks vom kleiner werdenden materiellen Kuchen geworden ist, ist die subversive Kraft gesellschaftlich organisierten Lernens weitgehend gebrochen. Lernangebote, die durch die in den hegemonialen Strukturen verankerten Institutionen angeboten werden, sind durch das Verwertungsdictat kontaminiert und wirken in letzter Konsequenz nur systemstabilisierend.

Bildung, die etwas anderes als eine Formierung der Köpfe im Sinne von Konkurrenz und instrumenteller Vernunft bewirken und dadurch Grundlage einer solidarischen Form des Zusammenlebens sein könnte, müsste den Mut fördern, ein Leben jenseits der aktuell bestimmenden Gesellschaftsprämissen, Verwertung, Markt und Konkurrenz für möglich zu halten. Ob das Fördern eines derartigen Mutes, die heute als sakrosankt geltenden Eckpunkte gesellschaftlichen Zusammenlebens grundsätzlich infrage zu stellen, mit dem der bürgerlichen Gesellschaft verpflichteten Bildungsbegriff in Einklang zu bringen ist, halte ich zumindest für fragwürdig. Vor allem aber bezweifle ich, dass der Mut, zum Häretiker der geltenden Glaubenswahrheiten zu werden, innerhalb institutionalisierter oder sanktionierter Bildungsangebote gefördert werden kann. Jene Kritikfähigkeit, die im Rahmen staatsnah organisierter Bildungsbemühungen hervorgebracht werden kann, muss notgedrungen blind gegenüber der Tatsache bleiben, dass das, was hierzulande unter Bildung firmiert, letztendlich genau dafür dient, die Vorstellung eines Systems jenseits von Konkurrenz, Markt und Staat als undenkbar erscheinen zu lassen. Dementsprechend bin ich überzeugt, dass eine (politische) Bildung, die tatsächlich eine

systemüberschreitende Perspektive in sich birgt, nur möglich ist, wenn Lernen in Erfahrungsräumen stattfindet, die nicht in die falschen Versprechungen der Integrationswirkung von Bildung eingebunden sind und die selbst als Modell eines Lebens außerhalb der vorgeblichen Wohltaten der Konkurrenzgesellschaft wirken.

Erwachsenenbildung konnte man sich, solange ihre systemstützende Funktion begrenzt war, als einen derartigen „abseitigen Ort der Grundsatzkritik“ vorstellen. Nicht zufällig waren die Vorläufer der damals ja noch auf Systemüberwindung setzenden sozialdemokratischen Bewegung Vereine, die sich der Bildung der – wie man heute sagen würde – „Verlierer des Systems“ verschrieben hatten. Der Mitbegründer der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Deutschlands, Wilhelm Liebknecht, hatte allerdings schon 1872 in einer zum Stiftungsfest des Dresdener Arbeiterbildungsvereins gehaltenen Rede eindringlich darauf hingewiesen, dass es den Losungen „Wissen ist Macht“ und „Bildung macht frei!“ aus einer systemkritischen Perspektive skeptisch gegenüberzustehen gilt. Liebknecht bejahte zwar, dass Wissen ein Instrument zum Schaffen einer solidarischen Gesellschaftsordnung sein kann, aber er betonte, dass eine diesbezüglich förderliche Wissensvermittlung außerhalb der Strukturen der Macht stattfinden muss. Dementsprechend formulierte er am Ende seiner Rede: „Durch Bildung zur Freiheit, das ist die falsche Losung, die Losung der falschen Freunde. Wir antworten: Durch Freiheit zur Bildung!“ (Liebknecht 1888: S. 44)⁶

Dieser Aussage ist meiner Meinung nach nichts hinzuzufügen!

⁶ Liebknecht, Wilhelm (1888): Wissen ist Macht – Macht ist Wissen. Festrede gehalten zum Stiftungsfest des Dresdner Arbeiter-Bildungs-Vereins, am 5. Februar 1872. Sozialdemokratische Bibliothek XXII., Hattingen/Zürich.

Stefanie Wöhl/Josefine Scherling

Demokratie in Mitgliedstaaten der Europäischen Union

Im Workshop von Stefanie Wöhl und Josefine Scherling wurde darüber diskutiert, inwiefern die liberale repräsentative Demokratie in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union noch eine wesentliche Rolle spielt. Demokratien im liberalen, repräsentativen Verständnis stehen für das Versprechen auf individuelle Freiheitsrechte und formale politische Gleichheit. Angesichts der Tatsache, dass die liberale Form der Demokratie in Staaten wie Ungarn z.B. derzeit konkret infrage gestellt wird und eine illiberale Demokratie von Orban propagiert wird, kann der Schluss gezogen werden, dass es gesamteuropäisch keinen politischen Konsens gibt, wie die Staatsform Demokratie am besten gestaltet sein soll. Dies liegt u.a. daran, dass rechtspopulistische und rechtsextreme Regierungen, die auf reaktionäre Identitäten setzen und sich gegen die als global wahrgenommenen Bedrohungen, wie globale Migrationsbewegungen, ungleicher globaler Welthandel, regionale und internationale Konflikte richten, derzeit innerhalb der Europäischen Union erstarken (Manow 2018).

DemokratietheoretikerInnen haben in der Vergangenheit bereits vielfältig auf das Missverhältnis in der liberalen Demokratiekonzeption zwischen bestehenden formalen, politischen, gleichen, individuellen Freiheitsrechten und der substantiellen materiellen Ungleichheit hingewiesen, die auch den Zugang zu formal gleicher politischer Partizipation für Frauen und weiteren ökonomisch und politisch marginalisierten Gruppen bis ins 20. Jahrhundert hinein erschwerte (siehe u.a. Phillips 2007; Fraser 1997; Sauer 2001). Die liberalen Demokratieversprechungen von politischer Freiheit und Gleichheit vor dem Gesetz bestehen zwar formal weiterhin für alle StaatsbürgerInnen eines Nationalstaates, scheinen heute aber ein-

geholt von einer marktradikalen neoliberalen politischen Rationalität, die die abstrakt imaginierte liberale politische Freiheit des Individuums sowie politische StaatsbürgerInnenrechte zunehmend mit KundInnenrechten auf dem freien Markt unter Wettbewerbsbedingungen gleichsetzt und somit selbst klassische liberale Vorstellungen von Freiheit und Gleichheit konterkariert und umdeutet (vgl. Bröckling et al. 2000; Brown 2005). Die Anforderungen der modernen Leistungsgesellschaft, die rational nach dem Marktprinzip organisiert ist und in der nur diejenigen erfolgreich sind, die dem Tempo der an sie gestellten Kriterien standhalten können und die sich als UnternehmerInnen ihrer selbst verstehen (Bröckling 2007), hat nicht nur Konsequenzen auf der subjektiven Ebene einzelner Personen, sondern auch für die Gesellschaft und den Staat insgesamt: Die politische Rationalität des Neoliberalismus, die eben Vermarktlichung nicht auf den Markt beschränkt, sondern in verschiedenste Bereiche menschlichen Lebens durch bestimmte Politiken implementiert – sei es in der sozialen Daseinsvorsorge durch eine Teilprivatisierung von Rentensystemen z.B. in Großbritannien, Österreich und Deutschland – oder durch die Vermarktlichung der Universitäten im europäischen Hochschulraum durch die Einführung von außeruniversitären Beratungsgremien, die aus VertreterInnen der Privatwirtschaft, der SozialpartnerInnen und privaten Interessensgruppen bestehen – hat dazu geführt, dass Marktprinzipien und ökonomische Kriterien mittlerweile einen bedeutenden Stellenwert in jenen Bereichen erlangt haben, die bisher als getrennt vom Markt, nämlich als öffentlich rechtlicher Bereich betrachtet wurden oder als staatlich galten, selbst in einem klassisch liberalen Verständnis von Demokratie.

Wendy Brown konstatiert, dass der klassische politische Liberalismus, der für individuelle Freiheitsrechte stand, in der neoliberalen Variante auch politische Rechte nach ökonomischen Rationalitätskriterien reinterpretiert und so selbst klassisch liberale individuelle Rechte aushöhlt (vgl. Brown 2005). Die neoliberale Ausrichtung des Staates erweitert die Prinzipien und die Werte des freien Marktes auf staatliche und gesellschaftliche Institutionen sowie auf soziales Handeln. Der Markt selbst bleibt dabei zwar ein selbstständiges Handlungsfeld, hat aber Auswirkungen auf die Form und Funktionen liberaler Demokratien. Diese Vermarktlichungstendenzen verschiedener, auch vormals als privat gestalteter Lebensbereiche und die Ausrichtung der öffentlichen Verwaltung nach dem Marktprinzip durch ökonomische Benchmarks und Leistungsvereinbarungen zur Output-Optimierung, sollen ökonomisch rational handelnde AkteurInnen schaffen. Sie werden an dem ökonomischen Output ihres

jeweiligen policy-Bereiches und an der Quantität der Leistungen z.B. ihrer Verwaltung bemessen. Im öffentlichen Hochschulsektor der Gegenwart wird dies besonders ersichtlich, wo es um die Einwerbung von Drittmitteln unter Wettbewerbsbedingungen geht und die Ausfinanzierung der öffentlichen Hochschulen an das Erreichen ökonomischer Benchmarks und Leistungsvereinbarungen gebunden wird.

In der Workshop-Debatte ging es vor allem darum, wie angesichts steigender Tendenzen von Rechtspopulismus und im Zuge von „Fake News“ auch der Wahrheitsgehalt von Wissenschaft und Bildung infrage gestellt wird. Wenn es in diesem Zusammenhang keinen demokratischen Konsens mehr darüber gibt, dass die Norm der fairen und freien Rede sich an demokratischen Werten wie Freiheit, Gleichheit, sozialer Teilhabe, Diversität und Inklusion orientiert, dann ist der Weg frei für alle möglichen konkurrierenden Deutungsmuster, die zur Zeit eben auch anti-demokratische Meinungen besonders in den Vordergrund rücken. Wenn soziale Inklusion keine Norm mehr darstellt, oder sie zumindest von extremen Positionen massiv infrage gestellt wird, dann trägt dies zu einer Spaltung der Gesellschaft bei, die intendiert ist. Nicht umsonst sind die Grundzüge einer populistischen Politik die Etablierung von sogenannten „Anti-Positionen“, um somit die Gesellschaft zu spalten.

Gleichzeitig ist zu bemerken, dass nicht nur in der politischen Öffentlichkeit die Polarisierung der Gesellschaft voranschreitet, indem die Grenzen des „Sagbaren“ überschritten werden, was sich auch insbesondere in Hasspostings bemerkbar macht, sondern dass diese Polarisierung auch in den Bildungseinrichtungen stattfindet, wenn, wie auch Walter Ötsch in seiner Keynote ausführte, der Markt zum Maßstab aller Dinge wird.

Diese Thematik wirkt sich auch auf das Bildungssystem in Österreich aus. Wir haben festgestellt, dass Österreich ein liberal-demokratisches Land ist, die Grundgedanken der Demokratie allerdings nicht immer an erster Stelle stehen. Wie von einigen Teilnehmenden angemerkt, die im Bildungsbereich arbeiten, wird das Bildungssystem immer mehr wie ein Unternehmen geführt. Insofern wurde im Workshop diskutiert, inwiefern Bildung mit Neoliberalismus zusammenhängt und was er mit Menschen auch in der Schule macht, wenn Kinder und Jugendliche nur noch als „Leistungsträger“ betrachtet werden.

Die Ökonomisierung von Bildung manifestiert sich, wie Thomas Höhne (2015, S. 25ff) ausführt, etwa in PISA als transnationale Wertschöpfungskette (deren Konzeption und Durchführung, so Höhne, von privatwirtschaftlichen transnationalen Bildungsdienstleistern im Auftrag der OECD realisiert wurde) oder in der Managerialisierung (damit ist der „Transfer betriebswirtschaftlicher Steuerungsmittel aus dem New Public Management (NPM) auf Bildung“ (ebd., S. 28) gemeint, ausgehend von der Grundannahme, „dass alle Organisationen [...], mit den gleichen Instrumenten in punkto Effizienz und Effektivität entwickelt und optimiert werden könnten – analog zur Führung eines Unternehmens“ (ebd.)). Höhne zitiert an dieser Stelle Elisabeth Flitner (zit. n. Höhne 2015, S. 25), die den Wandel der öffentlichen Schulsysteme zu „Feldern wirtschaftlichen Handelns“ beschreibt, „in denen Unternehmen beginnen, Arbeitsformen und pädagogische Beziehungen innerhalb der Schulen umzubauen, Schulsysteme in eine Vielzahl spezifischer Märkte zu zerlegen und einer ideellen und materiellen Privatisierung zuzuführen.“ Mit der Übertragung eines rein betriebswirtschaftlichen Denkens auf das System Schule sind auch Veränderungen im Hinblick auf Qualitäts-Begriffs-Interpretationen wahrnehmbar: Höhne (2015, S. 28) spricht von einem Formwechsel von einer pädagogischen zu einer ökonomischen Form der Bestimmung von Qualität, der nach betriebswirtschaftlicher Steigerungslogik auf eine „an Produkten bzw. Wirkungen festgemachten vergleichenden Überprüfung der Leistungsfähigkeit [...] von Bildungsorganisationen zielt“ (ebd.; Hervorhebung im Original).

Wenn mit dem verengten Blick eines neoliberalen Paradigmas die Erhöhung von Effektivität und Effizienz im Sinne einer Verwertung von Human Capital in Bildungsinstitutionen an oberster Stelle steht, wird ein essenzieller Faktor von Bildung außer Acht gelassen: „[...] the link that education has traditionally had with the notion of common goods – that is, goods that are common to all people as part of a collective societal endeavour, that emphasize a participatory process in defining them, while taking into account a diversity of contexts, concepts of well-being and knowledge ecosystems (UNESCO 15b).“ (Rizvi 2017, S. 3) Fazal Rizvi (ebd., S. 10) kritisiert mit seiner Aussage „Education’s morally and social ameliorative role has been compromised, as it is now largely viewed as an instrument of economic productivity and growth“, dass durch die Übernahme des neoliberalen Paradigmas im Bildungsbereich wesentliche Aspekte der Bildungsaufgaben in Bezug auf Gesellschaftsentwicklung bzw. gutes Leben für alle ausgeklammert werden, die im Recht auf Bildung, festgehalten im Artikel 26/2 der All-

gemeinen Erklärung der Menschenrechte (1948), verankert sind: „Die Bildung muß auf die volle Entfaltung der menschlichen Persönlichkeit und auf die Stärkung der Achtung vor den Menschenrechten und Grundfreiheiten gerichtet sein. Sie muß zu Verständnis, Toleranz und Freundschaft zwischen allen Nationen und allen rassischen oder religiösen Gruppen beitragen und der Tätigkeit der Vereinten Nationen für die Wahrung des Friedens förderlich sein.“

Bettina Lösch konstatiert jedoch: „Selbst Schüler/innen lernen mittlerweile eher, in betriebswirtschaftlichen Kategorien zu denken und ihr Leben zu planen, als über die allgemeinen Angelegenheiten des politischen Gemeinwesens zu reflektieren.“ (Lösch 2008, S. 336) Insofern könnte gerade eine kritische politische Bildung, wie im Workshop angedacht, einen wesentlichen Beitrag zu einem demokratie- und damit auch menschenrechts-fördernden Denken führen, in der das Politische und mit ihm die (politischen) Möglichkeitsräume einen wichtigen Kernbereich bilden. Wie Lösch (2008, S. 336) betont, ist „[f]ür eine emanzipatorische politische Bildungsarbeit, die Kritik und Abbau von Herrschaft zum Ziel hat, [...] gegenüber dieser Dominanz neoliberal beeinflusster Sichtweisen und Praktiken die Suche nach gesellschaftlichen Alternativen zentral“ (ebd.).

Im Kontext der Diskussion zu Politischer Bildung und Neoliberalismus kam auch die Frage nach Demokratie-Interpretationen auf. Lösch (ebd., S. 341) legt dar: „Gegenwärtig haben wir es mit einer marktwirtschaftlich-kapitalistisch fundierten Form von Demokratie zu tun. Seit den 70er-Jahren lässt sich das analog zum Sozialstaats- ein Demokratieabbau beobachten [...]. Demokratische Prinzipien wie Partizipation und Selbstbestimmung werden der Marktideologie untergeordnet, Wahlen und Parlamentarismus als Markt verstanden und der Citoyen und die Citoyenne zu bloßen Kunden erklärt.“ Wie soll Schule mit dieser Kontroversität umgehen? Einerseits soll Demokratie in ihrer Idealform einen wichtigen Bereich im Schulleben einnehmen, andererseits wird den SchülerInnen mit der „marktkonformen Demokratie“ ein völlig anderes Verständnis im politischen Kontext vorgelebt.

Lösch problematisiert den Einzug neoliberalen Denkens in die Politische Bildung, die ja eigentlich das Ziel hat, kritische BürgerInnen zu bilden, die eine lebendige Demokratie aufrechterhalten bzw. schaffen: „Die Aufgabe der Politikdidaktik liegt dann nicht mehr im Zugang zu, in der Vermittlung von oder gar der Aneignung von Politik, sondern reduziert sich auf das Anliegen, die Menschen

mit Qualifikationen auszustatten, die sie für das (Über-)Leben in der Marktgesellschaft benötigen. Der souveräne Konsument bzw. der allseits flexibel einsetzbare und leistungsfähige Mensch bildet seither die Grundlage sowie das Ziel politischer und ökonomischer Bildungsarbeit.“ (Lösch 2008, S. 346) Die Auswirkungen einer solchen (politischen) Bildung auf die Zukunft von Demokratien müsste noch stärker in eine öffentliche Debatte gebracht werden.

Darüber hinaus wurde im Workshop auf die Frage eingegangen, wie sich autoritäre politische Systeme entwickeln und dies auch am historischen Beispiel von Deutschland erörtert. Durch die Expertise eines Geschichtslehrers aus Deutschland konnte hierüber ausführlich und im Detail diskutiert werden. Im Vergleich zu anderen europäischen Ländern lässt sich auch hier aus einer demokratietheoretischen Perspektive festhalten, wie wichtig soziale Inklusion möglichst breiter Bevölkerungsschichten ist, und dass die Finanz- und Wirtschaftskrise eher die sozialen Spaltungen in den letzten zehn Jahren verschärft hat und zu einer massiven Verunsicherung der Bevölkerung beiträgt, was sich dann wieder in dem Erstarken von rechtsextremen Parteien artikuliert. Insofern gilt es auch, diese Zusammenhänge zwischen einer neoliberalen Wirtschaftspolitik, die auch in Österreich zu einem Anstieg der Arbeitslosigkeit geführt hat, und der sozialen Spaltung der Gesellschaft zu thematisieren. Nicht die Flüchtlingsbewegungen seit 2015 allein waren Auslöser für viele Ängste und Verunsicherungen, sondern auch die Angst vor dem Verlust des erworbenen Wohlstandes.

Resümee

Insgesamt lässt sich festhalten, dass u.a. durch die neoliberalen Veränderungen in den Sozialsystemen und am Arbeitsmarkt, aber auch in anderen Teilbereichen der Gesellschaft, in verschiedenen Ländern der EU, wobei dieser Workshop-Fokus vor allem auf Deutschland und Österreich lag, dazu geführt haben, dass rechtspopulistische politische Strömungen Zulauf erhielten, weil sie auf die Verunsicherung der breiten Bevölkerung setzten und durch die im Jahr 2015 realen Flüchtlingsbewegungen zusätzlich bestärkt wurden, Ängste zu schüren. Es gilt daher, vor allem auch im Bildungsbereich und in der Zivilgesellschaft Aufklärung darüber zu betreiben, was die realen Ursachen der verschiedenen Krisenphänomene sind. Zudem ist eine kritische Perspektive gegenüber gegenwärtigen neoliberalen Tendenzen im Bildungssystem und deren gravierende Auswirkungen auf die Demokratie(-Entwicklung) einzunehmen.

Als Kernbotschaften der Workshop-Diskussion wurden dementsprechend folgende Aussagen ins Plenum eingebracht:

- Die liberale Form der repräsentativen Demokratie steht derzeit vor vielen Herausforderungen innerhalb der Europäischen Union.
- Wirtschaftswissenschaftliche Theorien wie der Neoliberalismus führen zu Veränderungen in der staatlichen Form der Demokratie.
- Subjektive Identitäten werden einerseits durch die neoliberale Marktlogik und andererseits durch nationalkonservative Identitätsangebote herausgefordert.
- Politische Bildung sollte in einer Demokratie Neoliberalismus kritisch hinterfragen und nicht seine Maximen unkritisch übernehmen.

Abschließend soll noch Maja Haderlap (2018, S. 14) zu Wort kommen, die in ihrer Rede beim Staatsakt anlässlich der 100. Wiederkehr des Jahrestages der Gründung der Republik Österreich die im Workshop angesprochene Thematik nochmals auf den Punkt bringt:

Was verbirgt sich hinter dem Bestreben, den Staat als Unternehmen zu führen? Etwa die Idee, dass Staaten von ihrer Funktion als Gemeinschaftsorganisationen abgetrennt und auf den freien Markt geworfen werden? Dass Staaten in Konkurrenz zueinander treten, sich auf dem Staatenmarkt behaupten müssten wie im Supermarkt, in dem man mit Schnäppchen, Schönheit, Gesundheit, Frische und billigem, willigem Humankapital um globale Investoren wirbt? Das setzt ein transformiertes Verständnis von Politik voraus, die sich nach den Kriterien des Wettbewerbs organisiert und nach den Regeln der allseitigen Auslese handelt. Die Sieger und Unterlegene produziert und das gesellschaftliche Handeln dem Kampfmodus der globalen Ökonomie unterwirft. Eine Politik, die aus den Staatsbürgerinnen und Staatsbürgern optimierte Menschen für den Wettkampf machen möchte und alles, was wir tun, benotet, wiegt und bewertet. Mit Algorithmen natürlich, denn unsichtbare Algorithmen wiegen schwerer als Argumente, schwerer als ein konkreter Mensch mit einer konkreten Geschichte.

Literaturverzeichnis

Benhabib, Seyla (2004): *The Rights of Others: Aliens, Residents and Citizens*, Cambridge University Press, Cambridge.

Bröckling, Ulrich (2007): *Das unternehmerische Selbst. Soziologie einer Subjektivierungsform*, Suhrkamp, Frankfurt am Main.

Bröckling, Ulrich/Krasmann, Susanne/Lemke, Thomas (Hrsg.) (2000): *Gouvernementalität der Gegenwart. Studien zur Ökonomisierung des Sozialen*, Suhrkamp, Frankfurt am Main.

Brown, Wendy (2005): *Edgework. Critical Essays on Knowledge and Politics*, Princeton University Press, Princeton.

Fraser, Nancy (1997): *Justice Interruptus. Reflections on the „Post-socialist“ Condition*, Routledge, New York/London.

Haderlap, Maja (2018): *Im langen Atem der Geschichte. Rede beim Staatsakt anlässlich der 100. Wiederkehr des Jahrestages der Gründung der Republik Österreich*, Wallstein, Göttingen.

Höhne, Thomas (2015): *Ökonomisierung und Bildung. Zu den Formen ökonomischer Rationalisierung im Feld der Bildung*, Springer VS, Wiesbaden.

Lösch, Bettina (2008): *Politische Bildung in Zeiten neoliberaler Politik: Anpassung oder Denken in Alternativen?* In: Butterwegge, Christoph/Lösch, Bettina/Ptak, Ralf (Hrsg.) (2008): *Neoliberalismus. Analysen und Alternativen*, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden.

Manow, Philipp (2018): *Die politische Ökonomie des Populismus*, Suhrkamp, Frankfurt am Main.

Phillips, Anne (2007): *Multiculturalism without Culture*, Princeton University Press, Princeton.

Rizvi, Fazal (2017): *Globalization and the Neoliberal Imaginary of Educational Reform*, Education Research and Foresight Series, No 20, Paris, UNESCO. (Online im Internet unter: <https://en.unesco.org/node/262287> [28. Februar 2019]).

Sauer, Birgit (2001): *Die Asche des Souveräns. Staat und Demokratie in der Geschlechterdebatte*, Campus Verlag, Frankfurt am Main/New York.

Georg Hubmann/Florian Kerschbaumer Mythen des Neoliberalismus aufklären

In den letzten dreißig Jahren bestimmt ein leitendes Bild über immer mehr Bereiche in unserer Gesellschaft: Die „Metapher des Marktes“ (Ötsch 2009, S. 14) hat sich zu einer der wirkmächtigsten Denkfiguren entwickelt und damit einen grundlegenden Wandel in der Organisation des Zusammenlebens angeleitet. Ausgehend von der neoliberalen Vorstellung des „Marktes“ als zentrale Koordinationsstelle für alle Facetten des Zusammenlebens haben sich viele Mythen etabliert, die heute Fach- wie Alltagsdiskurse in unserer Gesellschaft prägen. Diese Mythen kontrovers zu diskutieren, ihre Verankerung zu hinterfragen und das dahinterstehende Menschenbild transparent zu machen, war die zentrale Zielsetzung für den Workshop „Mythen des Neoliberalismus aufklären“ im Rahmen der „Kärntner Gespräche zur demokratiepolitischen Bildung 2018“.

Im Workshop wurden drei Leitfragen bearbeitet:

- Welche Annahmen liegen dem neoliberalen Weltbild zu Grunde?
- Wie kann man diesen Sichtweisen begegnen?
- Was braucht eine politische Alternative zum Neoliberalismus?

Was ist Neoliberalismus?

Erstes Ziel des Workshops war es ein gemeinsames Bild und Verständnis über den Neoliberalismus herzustellen. Dazu wurden, inhaltlich an die Keynote-Vorträge anschließend, im ersten Schritt Assoziationen mit dem Begriff und verschiedene inhaltliche Definitionen in der Gruppe gesammelt. Dabei brachten die TeilnehmerInnen nicht nur systemische Definitionen (z.B. „Der Staat ist der Wirtschaft untergeordnet“ oder „Herrschaft des Geldes“) ein, sondern auch Haltungen und Werte, die mit dem Neoliberalismus ver-

bunden werden (z.B. Profitgier, Egoismus, Zeit ist Geld, Effizienzsteigerung usw.). Die Diskussion und Reflexion über persönliche Definitionen des Neoliberalismus diente auch als Stichwortsammlung für die weitere Arbeit im Workshop. Um neoliberale Grundprinzipien auf den Punkt zu bringen und inhaltlich zusammenzufassen, wurden folgende Anhaltspunkte für eine Definition von Neoliberalismus von der Workshopleitung in die Diskussion eingebracht:

- Das Marktsystem ist das zentrale Regulierungssystem in der Gesellschaft.
- Das Marktsystem ist alternativlos und sorgt für Fortschritt und Freiheit.
- Der Markt ist objektiv und quasi ein Naturgesetz.
- Das Eigeninteresse leitet die Individuen.

Der Markt wird also im Zeitalter des Neoliberalismus zur zentralen Autorität. (Vgl. Willke 2003, S. 34f) Er ist der Mechanismus, der für fast alle Fragen der Gesellschaft die optimale Regelung finden soll. Diese Entwicklung ist erkennbar an jenen Stehsätzen, die in den letzten dreißig Jahren tief in das Denken und den Sprachgebrauch der Menschen eingedrungen sind. So sind Aussagen wie „Wir müssen uns den Regeln des Marktes unterwerfen“, „Der Markt belohnt die Tüchtigen“ oder „Der Markt ist die wahre Demokratie“ zu Selbstverständlichkeiten geworden. (Ötsch 2009, S. 10)

Dass sich der Neoliberalismus durchgesetzt hat, bemerken wir auch daran, dass Argumente wie die oben angeführten unwidersprochen hingenommen werden und damit eine Marktgläubigkeit bezeugen, die viele Bereiche unserer Gesellschaft prägt.

Analyse von neoliberalen Mythen

Zweites Ziel – nach der Klärung der Grundannahmen des Neoliberalismus – war die selbstständige Bearbeitung von neoliberalen Mythen durch die Workshop-TeilnehmerInnen. Die am Vormittag und in der Startsequenz des Workshops diskutierten Zusammenhänge konnten so unmittelbar in der Praxis angewandt werden. In Gruppen zu je vier oder fünf Personen wurden insgesamt drei Mythen diskutiert: „Der Sozialstaat ist eine Hängematte“, „Geht es der Wirtschaft gut, geht es allen gut“ und „Durch Leistung ist für jeden ein sozialer Aufstieg möglich.“ Folgende Leitfragen wurden als Arbeitsaufträge in der Gruppe diskutiert und die Analyse auf Flipchart-Bögen dokumentiert.

Gruppenarbeit: Analyse von neoliberalen Mythen

- Welches Menschenbild steckt im Mythos?
- Welche ökonomische Argumentation steht hinter dem Mythos?
- In welchem Kontext wird der Mythos im gesellschaftlichen Diskurs verwendet?
- Wie würdet ihr in einer Diskussion diesem Mythos entgegentreten?

Die Ergebnisse der Gruppenarbeiten sind in folgender Tabelle zusammengefasst:

Mythos	„Sozialstaat als Hängematte.“	„Geht es der Wirtschaft gut, geht es uns allen gut.“	„Durch Leistung ist für jeden ein sozialer Aufstieg möglich.“
Leitfragen			
Menschenbild	Neid, nicht arbeiten ist negativ	Mensch als Produktionsmittel	Ich-AG: Vermarktung der eigenen Fähigkeiten
Argumente	Wohlfahrtsstaat ist leistungsfeindlich	Mehr Privat, weniger Staat	Anerkennung und Wohlstand werden nur durch Leistung verdient
Diskurs	SozialschmarotzerInnen fallen uns zur Last	Wirtschaftskammer-Slogan	Jeder ist seines/ihrer Glückes Schmied
Kritik	Das Schicksal kann jeden treffen. Würde des Menschen ist unantastbar. Der Mensch ist mehr als nur Arbeit.	Ist gut für Unternehmen, auch gut für die Menschen? Nicht nur bezahlte Beschäftigung macht glücklich.	Neoliberalismus hilft vor allem einer Elite und stellt z.B. ökologische Aspekte hintan.

Abbildung 1: Zusammenfassung der Workshopergebnisse

Ziel dieser Übung war es, den neoliberalen Mythen auf den Grund zu gehen, vorher Gehörtes eigenständig anzuwenden und zu vertiefen. Es ging darum, den Bezugsrahmen der Mythen zu klären, die dahinterstehenden gedanklichen Muster transparent zu machen und diese mit eigenen Positionen zu konfrontieren. Auf diese Weise wurde sichtbar, warum neoliberale Mythen in öffentlichen Diskursen schlagkräftig sind, welche politischen Ziele damit verfolgt werden und welche Gegenargumente wirksam sein können.

Die Auseinandersetzung mit neoliberalen Mythen ist entscheidend, weil ihre große Verbreitung unser aller Denken beeinflusst und damit

auch die gesellschaftliche Realität. Viele dieser von der Idee des Marktes geprägten Aussagen finden sich nicht nur in Unterrichtsmaterialien an der Universität oder in den Schulen (Vgl. van Treeck/Urban 2016), sondern sie sind fester Bestandteil vieler Medienberichte, werden im Freundeskreis weitererzählt und erlangen so eine gesamtgesellschaftliche Bedeutung.

Wenn wir heute mit neoliberalen Mythen konfrontiert werden, dann erscheinen diese auf den ersten Blick logisch, denn sie sind als Sprachbilder weit verbreitet und passen zur praktischen Lebenserfahrung vieler Menschen. Das begründet die Wirkmächtigkeit der Marktmetaphern im öffentlichen Diskurs. Genau deshalb lohnt sich ein genauerer Blick auf die Hintergründe und Zusammenhänge. Denn dann wird schnell klar, dass es viele gute Argumente gibt, die dafür sprechen, andere Kriterien zur Bewertung von politischen oder persönlichen Entscheidungen heranzuziehen.

Problemanalyse der neoliberalen Gesellschaft

Drittes Ziel des Workshops war es politische Alternativen zum Neoliberalismus zu diskutieren, um auf Basis der gemeinsam erarbeiteten Analyse auch konkrete Ableitungen zu treffen.

Zur Strukturierung und Konkretisierung des vorher Diskutierten wurden von der Workshopleitung drei Hauptprobleme der neoliberalen Gesellschaft skizziert:

Problemanalyse 1:

Wie gehen wir mit dem ökonomischen Wandel und der neuen Rolle der Finanzmärkte um?

Der stete Abbau von Regulierungen hat unser Wirtschaftssystem sukzessive destabilisiert. Die Finanz- und Wirtschaftskrise 2008 war der stärkste ökonomische Einbruch seit der großen Krise der 1930er-Jahre. Ausgelöst wurde dieser Schock unter anderem durch eine Deregulierung der Finanzmärkte und einer eklatanten Ausweitung des Finanzsektors in den vergangenen dreißig Jahren. Die Spielanordnung des Wirtschaftssystems hat sich also grundlegend geändert: Weg vom Realkapitalismus hin zum Finanzkapitalismus. Im Zuge dieses Prozesses hat die Politik viel Macht abgegeben und sich mehr und mehr großen Konzernen und der Finanzindustrie untergeordnet. Diese Machtverschiebung, hin zu internationalen Konzernen, reduziert den Gestaltungsspielraum der Nationalstaaten. (Vgl. Schulmeister 2018, S. 104 bis 122)

Problemanalyse 2:

Die wahre Rolle der Globalisierung – Freihandel, Standortwettbewerb und Macht.

Die Vernetzung des internationalen Wirtschaftssystems hat in den letzten Jahrzehnten rasant zugenommen. Das zeigt sich beispielsweise in der Verlagerung von Produktionsstandorten und im Anstieg des Warenaustauschs über die Grenzen von Kontinenten hinweg. Getrieben wird diese Entwicklung von der Vorstellung, dass der Abbau von Handelsbeschränkungen, wie z.B. Zöllen, für alle Beteiligten Vorteile bringt. (Vgl. Kapeller 2016, S. 4ff) Die Freihandelsbestrebungen wurden im letzten Jahrzehnt intensiviert und dabei immer mehr auf direkte Abkommen zwischen Staaten und Wirtschaftsräumen, wie der EU, gesetzt. Viele der aktuell diskutierten Abkommen wie CETA oder TTIP stehen unter starker öffentlicher Kritik. Vor allem deswegen, weil die Verträge Konzerninteressen – beispielsweise beim Investorenschutz oder bei Arbeits- und Umweltstandards – bevorteilen und primär wirtschaftlich stärkere Länder profitieren, während in schwächeren Ländern regionale Wirtschaftsstrukturen und damit die Lebensgrundlagen der Menschen zerstört werden. (Vgl. Klimenta et al. 2015)

Problemanalyse 3:

Die Ungerechtigkeit kapitalistischen Wirtschaftens – Verteilung, Verteilung, Verteilung.

Die dritte große Problemanalyse betrifft Verteilungsfragen. Dazu wurden im Workshop die Verteilung von Einkommen und Vermögen diskutiert.

Vermögen sind in Österreich extrem ungleich verteilt: Das reichste Prozent besitzt etwa 40 %, die ärmere Hälfte der Bevölkerung nur rund 2,5 %. (Ferschli et al. 2017, S. 29) Auch aus globaler Perspektive lassen sich ähnliche Zahlen für Europa, die USA und China konstatieren. (Alvaredo et al. 2018, S. 297) Bei den Einkommen ist die Verteilung weniger ungleich, aber dennoch stark ausgeprägt. So verdienten im Jahr 2017 Österreichs ATX Manager das 56-fache des Medianeinkommens; 2003 lag dieser Wert noch beim 24-fachen. Auch hier geht die Schere zwischen arm und reich immer weiter auseinander. (Wieser 2018, S.11 bzw. Arbeiterkammer 2018, S. 14f.)

Die extreme Ungleichheit in den Einkommen und Vermögen verringert die Lebenschancen aller Menschen in einem Land. Es geht mit größerer Ungleichheit beispielsweise ein Ansteigen von Indikatoren

wie der Säuglingssterblichkeitsrate, der Zahl der Drogenkranken Menschen oder ein Sinken der Lebenserwartung einher (Vgl. Wilkinson/Pickett 2010). Zusätzlich führt eine ungleiche Verteilung von Vermögen und Einkommen auch zu einer ungleichen Verteilung von Macht. Selbst in demokratischen Systemen ist klar, dass jemand mit mehr Geld auch mehr Einfluss geltend machen kann. Gleichzeitig nehmen Menschen mit sehr geringen Einkommen weniger stark am politischen Prozess teil. (Vgl. BEIGEWUM/Attac/Armutskonferenz 2014, S. 149ff)

Abschlussdiskussion: Zusammenfassung und Ausblick

Abschließend wurde im Workshop noch die Diskussion der Mythen zusammengefasst und die hegemoniale Kraft des Neoliberalismus reflektiert. Alle diese Mythen sind zwar bei näherer Betrachtung schnell widerlegt, aber dennoch werden sie im öffentlichen Diskurs ständig unhinterfragt reproduziert und haben auch im Privaten Einzug gehalten. Die Analyse der Mythen zeigt, wie sehr neoliberale Denkmuster den Zusammenhalt der Gesellschaft gefährden. Demokratie, Sozialstaat und Solidarität sind dabei in Gefahr. Das ist eine große Herausforderung für all jene gesellschaftlichen Kräfte, die überzeugt sind, dass ein starker Wohlfahrtsstaat, Demokratie und Gleichberechtigung zentrale Grundrechte sind, die nicht in Frage gestellt werden dürfen. Die Aufklärung dieser Mythen und die Entwicklung einer ähnlich starken Gegenerzählung sind daher die politischen Herausforderungen der Zeit.

Literaturverzeichnis

Alvaredo, Facundo/Chancel, Lucas/Piketty, Thomas/Saez, Emmanuel/Zucman, Gabriel (2018): Die weltweite Ungleichheit. Der World Inequality Report, C.H. Beck, München. (Online im Internet unter: <https://wir2018.wid.world/files/download/wir2018-full-report-deutsch.pdf> [21. Februar 2019]).

Arbeiterkammer Wien (2018): Verteilungsgerechtigkeit, Arbeiterkammer Wien. (Online im Internet unter http://jbi.or.at/wp-content/uploads/2018/92/WEB_Verteilungsgerechtigkeit.pdf [29. Mai 2019]).

Beirat für gesellschafts-, wirtschafts- und umweltpolitische Alternativen (BEIGEWUM)/Attac Österreich/Armutskonferenz (Hrsg.) (2014): Mythen des Reichtums. Warum Ungleichheit unsere Gesellschaft gefährdet, VSA Verlag, Hamburg.

Ferschli, Benjamin/Kapeller, Jakob/Schütz, Bernhard/Wildauer, Rafael (2017): Bestände und Konzentration privater Vermögen in Österreich. AK Working Paper 167, Arbeiterkammer Wien. (Online im Internet unter:

https://emedien.arbeiterkammer.at/viewer/image/AC13797620/1/LOG_0003/ [21. Februar 2019]).

Kapeller, Jakob (2016): Internationaler Freihandel: Theoretische Ausgangspunkte und empirische Folgen, ICAE Working Paper No. 45, JKU Linz. (Online im Internet unter: https://www.jku.at/fileadmin/gruppen/108/ICAE_Working_Papers/wp45.pdf [21. Februar 2019]).

Klimenta, Harald/Strasser, Maritta/Fuchs, Peter/u.a. (2015): 38 Argumente gegen TTIP, CETA, TiSA & Co., Attac Basis Texte 48, VSA Verlag, Hamburg.

Ötsch, Walter (2009): Mythos Markt. Marktradikale Propaganda und ökonomische Theorie, Metropolis Verlag, Marburg.

Schulmeister, Stephan (2018): Der Weg zur Prosperität, Ecowin Verlag, Salzburg/München.

van Treeck, Till/Urban, Janina (Hrsg.) (2016): Wirtschaft neu denken. Blinde Flecken der Lehrbuchökonomie, iRights Media, Berlin. (Online im Internet unter: http://www.fgw-nrw.de/fileadmin/user_upload/Blinde_Flecken_der_Lehrbuchoekonomie_klein.pdf [21. Februar 2019]).

Wieser, Christina (2018): Vorstandsvergütung in den ATX Unternehmen – Vergütungspolitik und Gehälter-Ranking, Arbeiterkammer Wien. (Online im Internet unter: https://www.arbeiterkammer.at/service/studien/wirtschaft_undpolitik/studien/Vorstandsverguetung_in_ATX_Unternehmen_2018.pdf [21. Februar 2019]).

Willke, Gerhard (2003): Neoliberalismus, Campus, Frankfurt am Main.

Wilkinson, Richard/Pickett, Kate (2010): Gleichheit ist Glück. Warum gerechtere Gesellschaften für alle besser sind, Haffmans & Tolkemitt, Berlin.

Walter Otto Ötsch/Horst Peter Groß

Neoliberalismus und Rechtspopulismus

Aufbauend auf dem Keynote-Vortrag von Walter Ötsch (Vom globalen zum autoritären Neoliberalismus: Stadien im Projekt „des Marktes“) ging es in diesem Workshop vertiefend um die Frage des Zusammenhangs von Neoliberalismus und Rechtspopulismus. Wie bereits in der Ankündigung des Workshops beschrieben, ist der Rechtspopulismus aus Sicht der beiden Workshop-Leiter sowohl eine Antwort auf die Probleme, die der Siegeszug des Neoliberalismus mit sich gebracht hat, als auch Ausdruck von gemeinsamen Überzeugungen über die Wirtschaft.

Zu Beginn wurde erhoben, welche Themen- und Fragestellungen aus Sicht der TeilnehmerInnen am meisten interessieren und daher i.R. des Workshops behandelt und diskutiert werden sollen. Dazu wurden folgende Fragestellungen eingebracht:

1. Was sind die Eckpfeiler einer „großen Erzählung“, mit der dem Neoliberalismus begegnet werden kann?
2. Mit welchen möglichst einfachen Argumenten bzw. welcher Argumentationslinie kann der neoliberale Mythos „entzaubert“ werden?
3. Wie ist in Österreich der Niedergang der Sozialdemokratie angesichts der Durchsetzung des Neoliberalismus zu erklären?
4. Welche Bildung braucht es, um aufzuklären?
5. Welche neuen politischen Organisationsformen gibt es, um die alten „zum Tanzen zu bringen“?

In einer Abstimmung einigte man sich, zunächst die beiden zusammenhängenden Themen unter 1 und 2 zu behandeln und, wenn Zeit bleibt, auch die verbleibenden abzuarbeiten (Anmerkung vorweg:

Die Punkte 3 bis 5 konnten aus zeitlichen Gründen nicht ausreichend diskutiert werden).

Nachfolgend finden sich Meinungen und lösungsorientierte Diskussionsbeiträge der TeilnehmerInnen sowie Kommentare der Workshop-Leiter.

1.

Was könnten die Eckpfeiler einer großen Erzählung sein, die dem Neoliberalismus und seinen destruktiven Auswirkungen auf den gesellschaftlichen Zusammenhalt entgegen gestellt werden können?

Hier spielt das (positive) Zukunftsbild eine wichtige Rolle und damit im Zusammenhang das Gefühl, auch mit-gestaltend Einfluss nehmen zu können. Gerade diese Zuversicht wird jedoch aufgrund der „neoliberalen Alltagserfahrungen“ seit Jahren zunehmend konterkariert. Auch wenn „wir“ – wie medial kolportiert wird – gut durch die Krise 2008 gekommen sind und die Wirtschaft derzeit wieder wächst, spüren die Menschen, dass es nicht allen gleichermaßen besser geht. Im Gegenteil: Die Vermögens- und Einkommensverhältnisse sind, und das bestätigen auch die Statistiken eindeutig, immer weiter auseinandergedriftet. Die Schere zwischen Arm und Reich geht auch bei uns in Österreich und Deutschland, also in hoch entwickelten Industrie- und Sozialstaaten, immer weiter auseinander. Die Menschen sind zunehmend in atypischen Erwerbsformen und damit in unsicheren Lebensverhältnissen. Gleichzeitig werden höhere Bereitschaft zu Flexibilität und steigende Anforderungen aufgrund der Digitalisierung und der globalen Standortkonkurrenz verlangt. Das erzeugt Stress und Druck auf die Menschen, deren Zukunftserwartungen aufgrund der prekären gegenwärtigen Lebensverhältnisse nicht wirklich positiv ausfallen. Sozialabbau (Privatisierungs- und staatliche Sparpolitik) und Migrationsströme zeigen ihre Wirkung. Angst vor gesellschaftlichem Abstieg und angesichts zunehmender Flüchtlings- und Migrationsbewegungen machen anfällig für einfache Antworten.

Die Ursache wird nicht in der Struktur des globalen Kapitalismus gesehen, der aufgrund seinen komplexen und undurchschaubaren Spiel- und Erscheinungsformen nicht als Ursache identifiziert wird, sondern im Zuzug von Asylsuchenden, der – so wird gesagt – die Sozialsysteme und Arbeitsplätze gefährdet.

Im Hinblick auf diesen „Befund“ befasste sich die Diskussion mit der Frage, wie Einzelne in die Lage versetzt werden, gesellschaftliche

Verantwortung innerhalb ihres Einflussbereiches wahrnehmen zu können – und damit Selbstverantwortung übernehmen. Dazu wurde (spontan) folgende „Übung zum Selbstcoaching“ durchgeführt:

1.1 Der höchste Wert

Ausgangspunkt war die Frage der beiden Moderatoren, welche persönlichen Werte und Konzepte den TeilnehmerInnen für ein gutes Leben wichtig sind?

Dazu wurden diese aufgefordert, sich individuell selbst zu fragen, was für sie besonders wichtig sei, was ihre höchsten Werte (als Konzepte eines „guten Lebens“) darstellen. Die Workshop-TeilnehmerInnen nannten dabei u.a.:

- Sozialer Friede
- Sicherheit
- Intakte Umwelt
- Verteilungsgerechtigkeit
- Gerechte Bezahlung

1.2 Eine Vision

Aufbauend darauf sollten sich die TeilnehmerInnen (individuell) überlegen, in welchem konkreten Politikbereich sie sich am meisten engagieren, an welchem Bereich sie persönlich am meisten interessiert wären (z.B. in der Gesundheitspolitik, in der Arbeitsmarktpolitik, im Schulwesen, usw.)

Eine Vision in diesem Bereich kann nun so gefunden und formuliert werden: Wie würde (fiktiv) dieser Bereich aussehen, wenn (wie durch ein Wunder) in einer gewählten Zeitspanne (z.B. in 10 Jahren) deutlich mehr von dem hohen Wert aus 1.1 enthalten wäre? Was wäre konkret anders?

1.3 Aktivierung von persönlichen Ressourcen für die Vision

Daraufhin geht es um ein Selbstcoaching, indem man sich zunächst seiner persönlichen Stärken bewusst wird: Was ist mein größtes Potential? Was ist das Stärkste in mir?

Diese persönlichen Stärken (Ressourcen) wurden dann von den TeilnehmerInnen (individuell) auf möglichst eine wichtige Ressource

(Kernkompetenz) reduziert, die daraufhin durch eine Erinnerung an eine Situation, in der diese Ressource gelebt wurde, aktiviert wird. In diesem Zustand sollten sich die TeilnehmerInnen ihr gewähltes Ziel vorstellen, um so zu erfahren, was zu tun sei.

2.

Einfache Argumente, um den neoliberalistischen Mythos zu entzaubern?

Zunächst geht es darum, den (kolportierten vermeintlichen) Gegensatz zwischen Staat und Wirtschaft, eine Grundstrategie des Neoliberalismus, zu dekonstruieren!

Staat und Wirtschaft sind vielmehr in gegenseitiger Abhängigkeit! Staat und Wirtschaft in Gegensatz zu bringen, ist schlichtweg nicht richtig, sie bedingen einander.

Weiters gilt es, den Begriff „der Markt“ (in der Einzahl) bzw. den „Mythos des Marktes“ zu entzaubern! Vor allem in der Bedeutung, dass „der Markt“ (wie eine Person) etwas macht, dass wir ihm zu folgen haben, dass wir unser Leben ihm anzupassen haben.

„Der Markt“, in welchem Politikfeld auch immer dieser Begriff ins Spiel gebracht und angewendet wird (nicht nur der Wirtschaft selbst, sondern darüber hinaus z.B. im Bildungssystem, Gesundheitssystem, etc.), ist nicht gekennzeichnet und bestimmt durch das freie Spiel der Kräfte von Angebot und Nachfrage. Hier bestimmen unterschiedlich mächtige MarktteilnehmerInnen mit unterschiedlichen Interessen und Einflussmöglichkeiten (Macht!) das „Spiel“ und daher muss der Staat die Rahmenbedingungen (Öffnung/Regulierung) im Sinne des gesellschaftlichen Ganzen schaffen.

„Mehr Privat – weniger Staat“ ist eine der grundlegenden Parolen und betrifft beispielsweise die Polarisierung der Frage „Soziale Krankenversicherung versus private Krankenversicherung“ bzw. „Pflichtversicherung versus Versicherungspflicht“. Auch hier sollte sich der Staat aus neoliberaler Sicht zurückziehen (er muss ja am Sozialsystem sparen) und im Sinne der „Freiheit“ der Menschen die Entscheidung ihrer Absicherung selbst überlassen – und privaten Versicherungsunternehmen das Geschäft überlassen.

Doch: „Der Markt“ sorgt nicht für sozialen Ausgleich! Der Sozialstaat gibt dem Menschen Würde und damit Identität. Es macht einen großen Unterschied, ob man gesetzlichen Anspruch auf Sozialleis-

tungen hat, auf freiwillige Spenden angewiesen ist oder von Besserverdienenden oder privaten Organisationen abhängig ist.

„Der Markt“ macht alles zur Ware, auch den Menschen (Humankapital) und die Natur. Öffentliche Infrastruktur soll im Sinne neoliberalistischer Ideologie privatisiert werden, obwohl es keinen empirischen Beweis dafür gibt, dass privat geführte Infrastruktur-Unternehmen besser wirtschaften (vielfach hat sich inzwischen herausgestellt, dass im Hinblick auf die Gemeinwohlorientierung und des gesamtgesellschaftlich Guten eher das Gegenteil der Fall ist); und auch die Kultur wird zum „Kulturmarkt“.

Im Hinblick darauf sagt Walter Ötsch prinzipiell: Es gibt nicht „den Markt“! Man sollte diesen Begriff in Zukunft immer vermeiden, denn sobald er ins Spiel kommt, wird das betreffende Politikfeld dem neoliberalen Gedankengut eines sich selbst regulierenden Zusammenspiels von Interessen ausgesetzt und damit in Käufer-Verkäufer-Dimensionen gedacht und dann auch so gehandelt (ökonomisches Denken ist davon unabhängig, allerdings angebracht und ok).

Was also tun?

Anregungen und Meinungen

- Eine gute Kommunikations-Strategie auf persönlicher Ebene besteht zum Beispiel darin, auf ideologisch basierende Behauptungen, die aufgetischt werden, konkretisierend-erklärende Rückfragen zu stellen: „Erkläre mir das! Was ist der Markt genau? Was ist darunter zu verstehen?“ Es gilt also, ideologisch neoliberal begründete Behauptungen (wie beispielsweise, der Markt schaffe gleichsam in Form einer unsichtbaren Hand ein Gleichgewicht) konkret zu hinterfragen und damit auf einer Metaebene zu dekonstruieren.
- Anmerkung dazu: Zwei der Institutionen, welche neoliberales Gedankengut medial verbreiten, sind beispielsweise in Österreich die „Agenda Austria“ oder in Deutschland die „INSM-Initiative neue soziale Marktwirtschaft“, die in den Medien oft vorkommen. Deren Aussagen gilt es im Sinne und in Form der hier beschriebenen „Strategie“ zu hinterfragen.
- Aufklärung als Bildungsarbeit muss bereits im Kindesalter beginnen.
- Aufklärungsarbeit verbreitern! In Gemeinden beginnen, Gemeinwesenarbeit fördern und sich engagieren.
- Netzwerke verbinden anstatt Konkurrenz schürfen.

Die wache Minderheit, die sich gegen die neoliberale Durchdringung der Gesellschaft zu Wehr setzen möchte, braucht zwei Fähigkeiten:

1. Hinschauen (und keine Angst haben)
2. Zuversicht und größere Kraft, um die brisanten Themen, die einem wichtig sind, anzugehen. Hierbei geben Ziele und Werte die notwendige Kraft dafür.

Marion Koschier/Daniel Weidlitsch

5 Fragen zum Thema Neoliberalismus

„Die Würde des Menschen ist jener übergeordnete Maßstab, an dem alle Bemühungen der Gestaltung des Gemeinwesens gemessen werden müssen.“⁷

Demokratie braucht – so der allgemeine Konsens vor dem Hintergrund eines humanistischen Menschenbildes – mündige BürgerInnen, die dazu bereit sind, sowohl für sich selbst als auch als Teil der Gesellschaft Verantwortung zu übernehmen. Den Weg zu dieser Ansicht ebneten die wirkmächtigen Ideen der Aufklärung: Bereits 1784 plädierte Immanuel Kant dafür, dass der Mensch, um die Rolle eines vollwertigen, mit allen Rechten und Pflichten ausgestatteten Staatsbürgers ausfüllen zu können, zunächst seine „selbst verschuldete Unmündigkeit“ überwinden müsse. Schon im antiken Griechenland sah man als Inbegriff solch menschlicher Unmündigkeit den Egoismus: Diejenigen, die lediglich den eigenen Vorteil im Blick hatten und sich nicht für das Gemeinwesen einsetzten, waren idiotés, die Ungebildeten, und dementsprechend innerhalb der sozialen Hierarchie ganz unten angesiedelt (vgl. Reheis 2014, S. 33).

Im 21. Jahrhundert gilt es mehr denn je, über den Tellerrand der fortschreitenden gesellschaftlichen Ent-Solidarisierung und Individualisierung hinauszublicken und aktuelle Tendenzen und Entwicklungen im Gemeinwesen der europäischen, aber auch der Demokratien weltweit zu hinterfragen. Dabei steht einer zunehmend unübersichtlichen menschlichen Erfahrungswelt ein wachsendes Bedürfnis nach Orientierung gegenüber. Abhilfe kann hier eine solide historische Orientierungskompetenz schaffen: Sie ermöglicht es dem Individuum, „Antworten auf Gegenwartsfragen in der Betrachtung“

⁷ Fritz Reheis, Politische Bildung: Eine kritische Einführung, Wiesbaden 2014, S. 22.

„tung der Vergangenheit“⁸ zu erlangen und daraus Zukunftsperspektiven abzuleiten. Dabei geht es jedoch nicht um die Übernahme eines vorgefertigten Geschichtsbildes, sondern um den möglichst selbstständigen Umgang mit Vergangenheit, der in weiterer Folge auch wesentlichen Einfluss auf die Konstruktion der eigenen Identität nimmt.

Ganz in diesem Sinne von Ciceros „Historia Magistra Vitae“⁹ hat es sich der Workshop „5 Fragen zum Thema Neoliberalismus“ zum Ziel gesetzt, einen kleinen Beitrag zur Orientierung im von Umbrüchen und Unsicherheiten ebenso wie von einer Informationsflut nie gekannten Ausmaßes geprägten Hier und Jetzt zu leisten. Aus einem Pool von fünf Leitfragen konnten die WorkshopteilnehmerInnen drei ihren Interessenslagen entsprechende Themen zur weiteren Bearbeitung auswählen.

1. Was hat eine unsichtbare Hand mit dem neoliberalen Finanz- und Wirtschaftssystem zu tun?
2. Wie hat ein Österreicher das Denken von US-Präsident Ronald Reagan verändert?
3. Warum fühlte sich der Ökonom John Maynard Keynes wie Cassandra, die antike trojanische Königstochter?
4. Wie hat ein deutscher Philosoph den Kommunismus beeinflusst?
5. Welche Bedeutung hat der Mont Pèlerin in den Schweizer Alpen für die Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, wie wir sie heute kennen?

Nachdem die Wahl nach Abstimmung auf die Fragen 1, 2 und 4 gefallen war, begaben sich die TeilnehmerInnen auf die Spuren einflussreicher ökonomischer Strömungen der letzten zweihundert Jahre und setzten sich parallel dazu – besonders angesichts der 2008 ausgebrochenen internationalen Finanzkrise – kritisch mit dem gegenwärtigen, nach neoliberalen Vorstellungen ausgestalteten globalen Wirtschaftssystem auseinander. Im Wechselspiel von Input-Phasen durch die Workshopleitung und intensiven Diskussionsrunden ergaben sich schließlich zahlreiche Denkanstöße für eine reflektierte Betrachtung aktueller Verhältnisse sowie ein Überdenken der eigenen Handlungsoptionen. Dies war ebenso Ziel des Workshops wie das Sensibilisieren der TeilnehmerInnen für die Tatsache, dass

⁸⁾ Heinrich Ammerer, Erklär mir die Welt: Historische Orientierungskompetenz. In: Heinrich Ammerer u.a. (Hrsg.), Geschichte nutzen. Unterrichtsbeispiele zur Förderung von historischer Orientierungskompetenz, Wien 2015, S. 4 bis 9.

⁹⁾ Cicero, De Oratore, II 36.

wirtschaftliche Theorien ebenso wie reale Wirtschaftssysteme immer im spezifischen Kontext ihrer Zeit zu sehen sind und in enger Wechselwirkung mit dem jeweiligen politischen-rechtlichen Ordnungsrahmen sowie den gesellschaftlichen Normen und Werten stehen.

Frage 1:

Was hat die „unsichtbare Hand“ mit dem neoliberalen Finanz- und Wirtschaftssystem zu tun?

Ausgehend von dem epochemachendem Werk *Wealth of Nations*, in dem Adam Smith (1723 bis 1790) die bis heute oft bemühte Metapher der „unsichtbaren Hand“ für die Mechanismen von Angebot und Nachfrage prägte, erhielten die TeilnehmerInnen einen Einblick in seine Bedeutung als Begründer der Nationalökonomie: Als erstes geschlossenes Denksystem der modernen Volkswirtschaftslehre prägt Smiths Gedankengebäude bis zum heutigen Tag unser ökonomisches Denken und Handeln und bildet mit seinen wirtschaftsliberalen Grundannahmen, die einen weitestgehenden Rückzug des Staates aus allen wirtschaftlichen Bereichen fordern, die Basis der neoliberalen Doktrin. Gemeinsam wurden außerdem die vielfältigen historischen Voraussetzungen der Industriellen Revolution erarbeitet und dabei insbesondere auf die technischen Innovationen und auf die spezifischen Voraussetzungen Englands im 18. Jahrhundert Bezug genommen. Mit der Industriellen Revolution ging letztlich quasi die Geburtsstunde des homo oeconomicus einher, was nicht nur im Bereich der Wirtschaft, sondern auch auf der Ebene der Gesellschaft und der Politik einen entscheidenden Wendepunkt in der Menschheitsgeschichte markierte.

Mit Smith konnte darauf hingewiesen werden, dass die breit rezipierte Metapher der „unsichtbaren Hand“ – wie neuere Forschungen explizit darlegen – in diesen projiziert wurde und erst Mitte des 20. Jahrhunderts durch die Berücksichtigung in Lehrbüchern an Bedeutung gewann. Erst dadurch erlangte sie „marktreligiösen“ Charakter und „der Markt“ die Funktion eines „Generalkoordinators“ (vgl. Schulmeister 2018, S. 48 bis 50). Doch was versteht man eigentlich unter „dem Markt“? In der Diskussion konnte die Undefinierbarkeit des Begriffes deutlich gemacht und konstatiert werden, dass „der Markt“ als solches nicht existiert. Demnach handelt es sich um eine Erfindung neoliberaler Provenienz, die der Überzeugung von der Überlegenheit „des Marktes“ und der Annahme, die Politik solle diesem gegenüber untätig sein, folgt. Daraus erklären sich etwa auch die Vorbehalte der Neoliberalen gegenüber der österreichischen Sozialpartnerschaft und den Gewerkschaften, die vor

dem Hintergrund eines weltweit agierenden Marktes als überholt disqualifiziert werden. So wird in der neoliberalen Argumentationslinie davon ausgegangen, dass Gewerkschaften die Freiheit des Marktes behindern und dies zu Wohlstands- und freiheitshemmenden Effekten führe (vgl. exemplarisch Ötsch 2018).

Eine weitere Sequenz beschäftigte sich daran anknüpfend mit der vom Neoliberalismus evozierten Formel der „marktkonformen Demokratie“, die auf eine Aussage der Bundeskanzlerin Angela Merkel zurückgeht. Sie bildete den Transfer zu einer Skizze des neoliberalen Finanz- und Wirtschaftssystems und lieferte mit dem Verweis auf die Abkoppelung der Finanz- von der Realwirtschaft Erklärungsmuster für Arbeitslosigkeit, prekäre Beschäftigung und die Hinwendung zum Populismus.

Frage 2:

Auf welche Weise hat ein deutscher Philosoph den Kommunismus beeinflusst?

Zwar außerhalb der Hauptströmung der Theorieentwicklung gelegen, in der Praxis aber dennoch sehr wirkmächtig gewesen sind die Thesen von Karl Marx (1818 bis 1883), der sich bereits in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts angesichts der wachsenden Macht wohlhabender Fabriksbesitzer und der Massenverelendung breiter Bevölkerungsschichten gegen den schrankenlosen Wirtschaftsliberalismus und die kapitalistische Wirtschaftsordnung gestellt und eine klassenlose Gesellschaft gefordert hat. Die TeilnehmerInnen beschäftigten sich intensiv mit Marx' geschichtsphilosophisch untermauerter Überzeugung, dass Wirtschaft, Gesellschaft und Politik untrennbar miteinander verbundene Teile menschlichen Zusammenlebens darstellen und hinterfragten seine These der Geschichte als Abfolge von Entwicklungsstufen.

Einen wertvollen Anknüpfungspunkt lieferte die marxsche Analyse der kapitalistischen Produktionsweise, wie sie in seinem Hauptwerk „Das Kapital“ zum Ausdruck kommt. Im Rahmen seiner Mehrwert-Theorie legte Marx dar, dass die Entlohnung der Arbeitskraft gemäß ihres Tauschwertes (Preises) erfolgt. Da sich diese an der Reproduktion ihrer Arbeitskraft orientiert, die ArbeiterInnen realiter in ihrer Arbeitszeit aber einen über dieses Maß hinausgehenden Arbeitswert schaffen, wird ein „Mehrwert“ produziert, den sich der Kapitalbesitzer aneignet – von Marx gleichsam als Ausbeutung charakterisiert. Marx' Ansatz lieferte damit eine Bestimmung der Machtverhältnisse zwischen Arbeit und Kapital, deren Verhältnis wesentlich

von der „Mehrwert- bzw. Ausbeutungsrate“ bestimmt wird. Marx trat vor allem durch seine Analyse der Krisenhaftigkeit der kapitalistischen Produktionsweise in Erscheinung und traf damit ab 2008 wohl auch den Nerv vieler Zeitgenossen, die nach einer Erklärung für die globalen Krisenerscheinungen suchten und damit zu einer Renaissance des Klassikers beitrugen (vgl. exemplarisch Editorial 2018, S. 461 bis 462).

2013 und damit fast einhundertfünfzig Jahre nach der Veröffentlichung des ersten Bandes von Marx' „Das Kapital“ avancierte „Das Kapital im 21. Jahrhundert“ des französischen Ökonomen Thomas Piketty zu einem internationalen Bestseller. Indem er, wie er eingangs bemerkt, die „Frage der Ungleichheit wieder in den Fokus der Wirtschaftsanalyse zu rücken [suchte] und die im 19. Jahrhundert offengebliebenen Fragen zu stellen [vermochte]“¹⁰ lieferte er einen elementaren Denkanstoß im Hinblick auf die vom Neoliberalismus erzeugte extreme Ungleichheit. Piketty konnte etwa darlegen, dass es, beginnend mit den 1980er-Jahren, eine frappierende Vermögensungleichheit gibt, die sich aus dem Anstieg hoher Einkommen bei paralleler Stagnation mittlerer und niedriger Einkommen ergibt. Hohe Vermögensrenditen und Erbschaften beschleunigen diese Entwicklung, die – sollten keine politischen Maßnahmen wie die progressive Besteuerung von Vermögen und Einkommen ergriffen werden – soziale Unruhen hervorrufen und demokratische Strukturen unterminieren.

Die Auseinandersetzung mit Pikettys Thesen führte die Workshop-TeilnehmerInnen unweigerlich in die Diskussion um die Besteuerung von Arbeit und Vermögen und die Praxis globaler Steuervermeidungs- wie Steuerhinterziehungsstrategien.

Frage 3:

Wie hat ein Österreicher das Denken von US-Präsident Ronald Reagan verändert?

Dem wachsenden Einfluss des aus Wien stammenden Ökonomen August von Hayek (1899 bis 1992), Repräsentant der Österreichischen Schule der Nationalökonomie, auf das ökonomische Denken im Allgemeinen und auf die internationale Wirtschaftspolitik der USA unter Präsident Ronald Reagan (und anderer führender Industrienationen) im Besonderen gingen die Workshop-TeilnehmerInnen im dritten, dem 20. Jahrhundert gewidmeten Themenabschnitt

¹⁰ Thomas Piketty, Das Kapital im 21. Jahrhundert, München 2014, S. 32.

nach. Ein gewichtiger Schwerpunkt lag hier auf dem äußerst problematischen Demokratiebegriff, der Hayeks ökonomischen Thesen zugrunde liegt und der sich seit dem neoliberal turn der 1970er-Jahre als eine nicht zu unterschätzenden Bedrohung der modernen gesellschaftlichen Normen- und Werteordnung herausgestellt hat.

Hayek, der seiner Forderung nach einer Begrenzung von Demokratie wiederholt Ausdruck verlieh und offen Unterstützung und Sympathien für die chilenische Militärregierung der 1970er-Jahre unter General Augusto Pinochet hegte¹¹, machte seinen Einfluss auch auf die Entwicklung in Großbritannien unter Thatcher und den USA unter Reagan geltend. In diesem Zusammenhang sollte in den USA ein als „Reagan-Revolution“ firmierender Neoliberalisierungsprozess einsetzen, der angesichts eines stagnierenden Wachstums und vor dem Hintergrund der Aufkündigung des Bretton-Woods-Währungssystems fester Wechselkurse in dessen erster Amtszeit zur Entfaltung gelangte. Er setzte mitunter auf massive Einsparungen im sozialstaatlichen Bereich und auf eine Reduktion der Einkommens- und Unternehmersteuern, die insbesondere oberen Einkommensschichten zugutekam, die von einer Senkung des Spitzensteuersatzes um mehr als fünfzig Prozent profitierten. Jener Ansatz stand dem keynesianischen Modell, das durch staatliche Investitionen vor allem auf die Belebung der Nachfrageseite setzt, diametral entgegen, da er über die Senkung von Steuersätzen von einer Steigerung der Wirtschaftsaktivität ausging, was insgesamt ein erhöhtes Steueraufkommen generieren sollte. Nicht nur, dass die Armutsrate während der Reagan-Ära in die Höhe schnellte (vgl. Biebricher 2012, S. 111 bis 115); seine neoliberale Agenda der Deregulierung des Finanzsektors hatte und hat für die USA bis heute schwerwiegende Folgen oder wie der amerikanische Wirtschaftsnobelpreisträger Joseph Stiglitz in seinem Befund der Reagan-Jahre festhält: „Die Vereinigten Staaten haben in ihrer gesamten Geschichte mit der Ungleichheit gerungen. Aber dank der Steuerpolitik und des Regulierungsrahmens in der Nachkriegszeit war das Land auf dem richtigen Weg, um die Ungleichverteilung zurückzudrängen. Die Steuersenkungen und die Deregulierung, die in den Reagan-Jahren begannen, kehrten den Trend um.“¹²

¹¹ Gegenüber einer chilenischen Journalistin gab Hayek 1981 zu Protokoll: „I prefer a liberal dictator to democratic government lacking liberalism“; zit. nach Markus Marterbauer, Nobelpreisträger Friedrich August Hayek: Antidemokrat und Pinochet-Unterstützer (13. Oktober 2014); URL: https://awblog.at/boeser-hayek/?highlight_Marterbauer%20Hayek (abgerufen am 14.8.2018).

¹² Joseph Stiglitz, Reich und Arm. Die wachsende Ungleichheit in unserer Gesellschaft, München 2017, S. 491.

Anhand des Rekurses auf den neoliberal turn amerikanischer Prägung konnte anschließend ein Bogen zum Status quo unter Donald Trump gesponnen und Parallelen zu dessen Steuerkonzept und den damit verbundenen Folgen diskutiert werden.

Die Frage wie neoliberale Think Tanks das politische Geschehen in einer globalisierten Welt beeinflussen, bildete schließlich den Abschluss des Workshops, der sich – zusammenfassend – in mehrfacher Weise an den Schnittstellen von vergangenen und gegenwärtigen Entwicklungen, von lokalen und globalen Zusammenhängen und von Reflexion und Analyse bewegte.

Literaturverzeichnis

Ammerer, Heinrich (2015): Erklär mir die Welt: Historische Orientierungskompetenz. In: Ammerer, Heinrich u.a. (Hrsg.) (2015): Geschichte nutzen. Unterrichtsbeispiele zur Förderung von historischer Orientierungskompetenz, Wien, S. 4 bis 9.

Biebricher, Thomas (2012): Neoliberalismus zur Einführung, Hamburg.

Cicero, De Oratore, II 36.

Editorial. Die Bedeutung von Karl Marx' Ökonomik für die wirtschaftswissenschaftlich fundierte Interessenpolitik des 21. Jahrhunderts, in: Wirtschaft und Gesellschaft 44. Jahrgang (2018), Heft 4, S. 459 bis 470.

Marterbauer, Markus (2014): Nobelpreisträger Friedrich August Hayek: Antidemokrat und Pinochet-Unterstützer (13. Oktober 2014); URL: https://awblog.at/boeser-hayek/?highlight_Marterbauer%20Hayek (abgerufen am 14.8.2018).

Ötsch, Walter Otto (2018): Markt oder Sozialpartnerschaft? Warum Neoliberale die Sozialpartnerschaft abschaffen wollen; URL: <https://awblog.at/markt-oder-sozialpartnerschaft/> (abgerufen am 2.2.2018).

Piketty, Thomas (2014): Das Kapital im 21. Jahrhundert, München.

Reheis, Fritz (2014): Politische Bildung: Eine kritische Einführung, Wiesbaden.

Schulmeister, Stephan (2018): Der Weg zur Prosperität, Salzburg/München.

Stiglitz, Joseph (2017): Reich und Arm. Die wachsende Ungleichheit in unserer Gesellschaft, München.

Heinz Pichler

Transkription des moderierten Abschlussgesprächs mit Anna Baar, Stefanie Wöhl, Peter Kaiser und Walter Otto Ötsch zum Tagungsthema

Heinz Pichler: Das Buch von Anna Baar, „Als ob sie träumend gingen“ kann ich Ihnen nur empfehlen und ich hatte die Gelegenheit mit Ihr in meiner Radiosendung, die ich 14-tägig gestalte, über dieses Buch zu sprechen. Ich würde vorschlagen, dass wir dieses Abschlussgespräch damit beginnen, die kulturellen Anliegen zu Wort kommen zu lassen und dann die politische, die ökonomische und die politikwissenschaftliche Seite: Ein Abschlussgespräch, das nicht konfrontativ sein soll, auch nicht nur eine Zusammenfassung, sondern wie gesagt in drei Schritten: Was nehmen Sie an bedeutenden Erkenntnissen von diesen Berichten aus den Workshops mit? Was waren Ihre Eindrücke Frau Anna Baar, wie wir gewandert sind durch die verschiedenen Workshops? Was konnten Sie hier erleben, was konnten Sie hier beobachten? Was war Bedeutendes für Sie dabei, das auch im Kontext steht zu diesem Thema, das wir gewählt haben: Neoliberalismus versus Demokratie?

Anna Baar: Ja, also ich bedanke mich zuerst einmal für die Einladung. Ich bin ja keine Expertin auf dem Gebiet des Neoliberalismus, sondern sozusagen eine Interessierte, Suchende. Was mich sehr überrascht hat, war vor allem der Konnex der da hergestellt worden ist, in diesen engagierten Arbeitskreisen zwischen Neoliberalismus und Politik, dass der so eindeutig dargestellt worden ist. Junge Menschen werden ja gerne als willige Konsumenten, Konsumenten würde ich fast sagen, vorgeführt und diese

Workshops haben gezeigt, dass eine kritische Auseinandersetzung möglich ist mit viel Elan und viel Begeisterung.

Dankbar bin ich auch für die Stichworte, die in den Workshops gefallen sind. Zum Beispiel diese Art von Glückschmied-Gesellschaft in der wir leben, also dieser zutiefst menschenverachtende Spruch „Jeder ist seines Glückes Schmied“. All das zeigt ja die Wichtigkeit einer Einmischung im Sinne einer Politik, die es wirklich verdient, soziale Politik genannt zu werden, eben als starke Kraft gegen zersetzende rechtspopulistische Tendenzen, die ja nicht auf das Wohl der Menschen abzielen, auch wenn sie es vorgeben. Und ich glaube auch, dass der Erfolg dieser rechtspopulistischen Parteien in Europa vor allem auf einer falschen Erziehung beruht, nämlich der Erziehung zu Habgier, Neid und Rücksichtslosigkeit. Ich habe ja nur kurze Einblicke gewonnen in die einzelnen Workshops – aber erhellend.

Heinz Pichler: Dankeschön. Kritisch denkende junge Menschen, auch ältere Menschen waren dabei. Aber was wäre so eine ganz wesentliche Aussage, wo Sie sagen, die müsste man dann auch in Zukunft wirklich verfolgen, da müsste man anknüpfen, da müsste man weitertun, da müsste man in irgendeiner Form auch kräftiger dahinter sein?

Anna Baar: Vor allem gehört einmal aufgeräumt mit den Mythen des Neoliberalismus. Mythen interessieren mich als Schriftstellerin ja vorwiegend. Also: „Jeder ist seines Glückes Schmied“ oder „Man muss nur wollen“ und das Geschrei von wegen „Chancengleichheit“; oder das Stichwort „soziale Hängematte“. Das sind Begriffe, die wir uns bemühen müssen aus der Welt zu schaffen und durch andere zu ersetzen. Wir Schriftsteller bleiben von derlei Tendenzen ja nicht verschont. Zum Beispiel fordert man wieder sehr lautstark von der Literatur, sie möge sich doch gefälligst selbst erhalten und nicht auf Subventionen angewiesen sein. Weil wenn du das brauchst, dann bist du ja nicht gut genug. Die Gleichung lautet also: Wärest du gut genug, könntest du vom Verkauf deiner Bücher leben. Und das ist schon unheimlich, weil was bedeutet es denn, dass ein Schriftsteller vom Verkauf seiner Bücher leben kann? Es heißt zunächst, dass er an einen Massengeschmack trifft, was an sich nicht verwerflich, aber in vielen Fällen doch auch einer gewissen Schlichtheit geschuldet ist. Und eine in diesem Sinne mehrheitsfähige Literatur kann schon im Hinblick auf unseren Bildungsauftrag nicht alles sein, was wir für erhaltenswert erachten. Die Konsequenz wäre eine Verflachung

der Literatur, eine Sprachverarmung und damit eine Verarmung des geistigen Erlebnisraums.

Heinz Pichler: Herr Dr. Peter Kaiser, Herr Landeshauptmann, Kernbotschaften haben Sie gehört. Was ist sozusagen aus Ihrer Sicht, was hier dargestellt worden ist, kurz zusammengefasst wurde, aus den Arbeitsgruppen für Sie deutlich geworden? Was kann jemand, der im politischen Alltag steht, hier als Sequenz mitnehmen und könnten Sie einige bedeutende Aussagen interpretieren?

Peter Kaiser: Danke für die Einladung. Naja, ich glaube, dass alleine die Zusammensetzung und die Titel der Workshops bereits eine klare Aussage und ein klares Bild gemacht haben, wie man und in welchen Fragen man, sich besonders mit dem Neoliberalismus auseinander zu setzen hat. Ich möchte jetzt noch nicht sagen: meine persönliche Meinung ist, ich bin Anti-Neoliberalist, ich werde alles versuchen, dass der Neoliberalismus sich nicht expandiert, aber es wäre zu einfach nur mit Plattitüden zu antworten, sondern ich denke, dass es auch aus diesen Arbeitskreisen – Euren oder Ihren Ergebnissen – Ansatzpunkte gibt, die sehr, sehr klar sind. Wenn ich den ersten Arbeitskreis heraus nehme, „Bildung – Macht – Gesellschaft?“, dann ist das eigentlich einer der Hauptansätze.

Der Bildungsbegriff legt in meiner Interpretation nahe, dass Bildung nicht nur Intelligenz, sondern gleichzeitig Soziales, Emotionales, Kreatives, aber auch Emanzipatives und Kritisches bedeutet. Jeder der diesen Bildungsbegriff verfolgt, in sich selbst annimmt und auch versucht weiter zu entwickeln, wird sofort zu einer Gegnerschaft – argumentativ – des Neoliberalismus werden. Natürlich wissen auch die Neoliberalen, dass wenn sie den Bildungsbegriff in Ihrem Sinne interpretieren und Vorgaben machen, dass nur Leistung zählt – egal was man ist – dass man auch sehr wohl hineingeboren ist in die und die Bereiche, dass das Finanzkapital vielleicht sogar edler ist, als die tatsächliche Arbeit und vieles mehr. Das sind dann die Gegenmaßnahmen, die man wiederum nur dann entkräften kann, wenn man auch bereit ist, sich ein gewisses Bildungsanalyse- und Überlegungspotenzial anzueignen. Im Übrigen: die Arbeiterinnen- und Arbeiterbewegung, die Gewerkschaftsbewegung, die sozialistischen Parteien, die sozialdemokratischen Parteien sind aus Arbeiterinnen- und Arbeiterbildungsvereinen vor über 140 Jahren entstanden. Also bereits damals wusste man, dass man über Bildung mächtigeren Positionen in der Gesellschaft – Adel, Klerus, Wirtschaft, Industrie – entgegentreten kann.

Der zweite Arbeitskreis – „Demokratie in den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union“: Was ich erlebe, und ich vertrete Kärnten selbst im Ausschuss der Regionen Europas – das sind 350 Vertreterinnen und Vertreter aus allen derzeit noch 28 EU-Mitgliedsländern –, wenn wir ein und denselben Begriff verwenden in der Diskussion – „Demokratie“ – dann versteht meine ungarische Kollegin ein völlig anderes Demokratiebild dahinter, als es der italienische, ich oder mein französischer Kollege wahrnehmen. Und das Ganze hat einen Hintergrund: Dass wir mehr und mehr merken, dass es immer wieder zu nationalstaatlichen Argumenten und Bestimmungen und Definitionen von Demokratie kommt, wie sie auf die jeweilige politische, herrschende Partei oder dem System im jeweiligen Staat ausgelegt werden kann. Dass man in Ungarn zwar eine Demokratie hat wird niemand abstreiten, aber dass diese Demokratie liberal allen – im Sinne einer wirklichen demokratischen Gepflogenheit – alle Rechte zuerkennen wird, wird glaube ich auch niemand erklären können. Das heißt, es wird auch eine Arbeit auf einer höheren Ebene, der politischen Ebene der Europäischen Union bedürfen, damit wir Demokratiebegriffe zumindest anzugleichen versuchen.

Zum „Neoliberalismus von A bis Z“: Zlatan Ibrahimović ist derzeit verletzt, vielleicht passiert das dem Neoliberalismus auch und er kann in der Champions League eine Zeit lang nicht spielen, was gut wäre. Ich glaube hier ist es auf den Punkt gebracht worden: Es geht auch darum, welches Lebens- und Gesellschaftsbild haben wir? Haben wir oder wollen wir ein Bild haben, indem es wirklich um das Überleben der Besten geht, wo diejenigen, die beste Voraussetzungen haben, auf jeden Fall alles heraus exploitieren wollen was sie können? Oder wollen wir ein Weltbild haben, wo es zumindest eine gewisse Relation zwischen Einkommen, Möglichkeiten, Entwicklungschancen der Menschen gibt. Und ich denke, dass wir hier mit sehr vielen Begriffen arbeiten, einer davon ist die Solidarität, die aber nicht heißt, alles gleich auf jeden Cent, sondern auch heißt, innerhalb einer gewissen Breite soll es doch so etwas wie einen vernünftigen Ausgleich geben. Hier haben wir auch in Kärnten versucht sehr positive Elemente zu entwickeln. Wir haben beispielsweise ein in der Kärntner Landesverfassung verankertes Schülerinnen- und Schülerparlament installiert, das, genauso wie der hohe Landtag, Dinge beschließen kann und der Landtag ist verpflichtet, diese in einer Landtagssitzung zu bearbeiten. Das heißt, wir geben große Chancen für Menschen, die länger auf dieser Erde in diesem Land Kärnten tätig sein werden, selbst Dinge zu entwickeln, sich zu fragen, wie sie die Gesellschaft

gestalten wollen und sind verpflichtet das auch umzusetzen. Das sind große, generationsübergreifende Vertrauensbeweise, die auch ein Schritt gegen diesen Neoliberalismus sein können.

Die Mythen hat Frau Anna Baar schon sehr sehr gut aufgearbeitet. Es geht immer auch um die Verteilungspolitik. Wer hat welche Ressourcen? Und bitte man komme mir nicht mit „dass es ‚eh‘ gerecht verteilt ist“ und jede und jeder seines oder ihres Glückes Schmied sei. Denn: Dass Europa verdammt gut gelebt hat und sehr viele Strukturen machen konnte, verdankt es unter anderem auch seiner Kolonialmacht, seiner Behandlung des afrikanischen-, des südamerikanischen Kontinents und vielen anderen mehr. Also hier sollte man auch Gerechtigkeitsaspekte etc. in größeren Zeitrahmen sehen.

Und naja, bei Walter Ötsch bin ich natürlich in die eigene Geschichte zurückgefallen. Wir haben uns das letzte Mal intensiv gesehen als meine Partei in der größten Krise war. Es freut mich, dass wir uns heute wiedersehen, wir sind jetzt nicht am Höhepunkt, aber es zeigt, dass man mit einigen Dingen auch Situationen verbessern kann, wie es meinem Team gelungen ist. Wir haben Ideen entwickelt innerhalb der Arbeitnehmerinnen/Arbeitnehmer – das ist Arbeiterkammer, Gewerkschaft, SPÖ, die Fachorganisationen – und haben gesagt, zwischen uns passt kein Lösungsblatt mehr. Wir halten zusammen, wir haben einen Großteil an gemeinsamen Interessen – circa 80 Prozent. Und gemeinsam, miteinander werden wir erfolgreich sein und wir sind in Kärnten von 28 auf 48 Prozent gestiegen.

Wir haben nur fünf große Forderungen gehabt, die wir den Neoliberalen entgegen gehalten haben, und die habe ich mir eingebrannt. Sie können mich um 3:23 Uhr aufwecken und ich werde Ihnen diese fünf Sätze immer wieder sagen können. Und die lauten „ganz watscheneinfach“: gute Arbeit, beste Bildung, leistbares Leben, gesunde Zukunft und solidarische Gemeinschaft. Das sind einfache Ziele und die kann man leben und wenn man sie vorlebt, authentisch ist, dann wird man auch versuchen können, mit diesen Beispielen einiges zu erreichen.

Heinz Pichler: Danke Peter Kaiser. Sie können durchaus einen Zwischenapplaus geben, wenn Sie der Meinung sind, dass das Gesagte auch in ihrem Interesse ist beziehungsweise auch sie berührt – fünf Forderungen klar gesagt, fünf Forderungen klar ausgedrückt, allgemein verständlich. Das wäre bereits eine Antwort,

vielleicht dann auch noch einmal ausführlicher in der dritten Runde.

Frau Wöhl, Sie haben heute Vormittag schon einige Befunde zum Tagungsthema geliefert: sehr ausführlich, auch Begriffsdefinitionen, die den Neoliberalismus betreffen. Ich habe auch eines aufgegriffen, das sie am Vormittag gesagt haben, nämlich von einem neoliberalen Denker: Wir möchten, dass die Menschen mehr Angst haben – oder man könnte das anders auch ausdrücken – Aktivismus, Alarmismus, ist natürlich ein ganz ein wichtiges Mittel auch um entsprechende politische Ziele zu verfolgen. Aber die erste Frage trotzdem an Sie, vielleicht aber auch in diesem Kontext. Was sagen Sie zu diesen Kernbotschaften, die aus den Workshops vorgetragen wurden? Was war für Sie wesentlich, was war für Sie beeindruckend, was möchten Sie aus diesen Kernbotschaften auch nochmals verstärken?

Stefanie Wöhl: Ja genau. Das was ich vorhin zitiert hab', mit diesem spanischen Minister Puig, der sagte wir wollen, dass die Menschen Angst vor diesem politischen System haben – finde ich hat der Georg Hubmann vorhin sehr schön nochmal dargelegt – in seinem Workshop habt ihr das ja glaub ich auch aufgegriffen. Wie wird eigentlich fortschrittliches Wissen generiert oder demokratisch orientiertes Wissen? Und ich glaube das ist ganz wichtig für eine lebendige Zivilgesellschaft, das war auch das, was in Marion Koschiers Workshop glaube ich auch diskutiert worden ist, also das Verhältnis zwischen Individuum und Gesellschaft. Also wie kann eine lebendige Zivilgesellschaft eigentlich gelingen? Wie kann man sich eigentlich sozusagen auch dann wehren, um eben ein gutes Leben führen zu können überhaupt im Staat, in der Demokratie, um die Demokratie aufrecht zu erhalten und was muss ich wissen? Welche Infos benötige ich eigentlich? Das habt Ihr glaube ich auch diskutiert in eurem Workshop, um ein gutes Leben führen zu können? Und ich weiß nicht, meine Antwort wäre darauf immer, oder auch von meinem Theoriehintergrund, dass es natürlich immer um politische und soziale Auseinandersetzungen geht und Diskussionen, die geführt werden müssen, und die kann ich jeweils in meinem eigenen Umfeld führen, also so wie ihr es in eurem Workshop gemacht habt. Ich kann in der Schule wo ich bin Diskussionen führen gegen Rechtspopulismus. Ich kann mich für demokratische Werte einsetzen am Arbeitsplatz. Ich kann das in meiner Ausbildung tun. Also ich glaube, das ist wichtig und das nehme ich mit aus den Workshops wie ich das jetzt auch gehört habe hier in der Präsentation. Dass sozusagen diese sozialen Auseinander-

setzungen, diese sozialen Diskussionen oder sozialen Kämpfe, um es auch so zu formulieren, wahrscheinlich momentan auch mehr geführt werden müssen. Eben um auch zu sagen – ok – oder auch zu wissen zum Beispiel woher kommt mein Geld? Das kommt ja nicht nur aus dem Bankomat, sondern das sind mächtige Institutionen und Finanzinstitutionen, die dahinter stehen und das ist sozusagen das, womit ich alltäglich hantiere, um mir irgendwas kaufen zu können und das ist eingeflochten in ein internationales System von Banken, ja. Aber es hat ganz konkret was mit mir persönlich zu tun, nämlich dann, wenn ich meinen eigenen Haushalt, mein eigenes Leben finanzieren muss und wie diese globalen Zusammenhänge, und Sie haben das gerade auch angesprochen, mit globaler Gerechtigkeit zusammenhängen – ich glaube das ist ganz, ganz wichtig und das nehme ich auch mit aus den Diskussionen.

Heinz Pichler: Danke. Walter Ötsch: Sie haben heute auch in Ihrem Referat Ihre Befunde zum Thema Neoliberalismus und Demokratie bereits vorgestellt. Sie haben auch die Vordenker, wie auch in einem dieser Workshops ausführlich über die neoliberalen Denker nachgedacht wurde, genannt.

Mir fällt eines auf, und das kann man ja bei Hayek sehr gut nachlesen, der Begriff des „Sozialen“ wird ja in der neoliberalen Denkweise immer negativ konnotiert: soziale Hängematte, Sozialschmarotzer, Sozialstaat ist nicht gut und so weiter. Das natürlich dann schlussendlich, und so wurde es am Vormittag auch ausgeführt, dazu führt, dass sowas wie eine Antisozial-Stimmung entsteht in der Gesellschaft – so habe ich Sie zumindest verstanden – und der Begriff der Gesellschaft wird bei Hayek ja auch völlig vernebelt oder überhaupt als eigentlich gar nicht vorhanden dargestellt. Vielleicht dazu auch ein Gedanke: Ich halte das für notwendig, weil Peter Kaiser das jetzt auch angesprochen hat, nämlich die Frage, wie mit dieser Entweihung wichtiger sozialer gesellschaftlicher Begriffe auch umgegangen wird. Ich denke, dass diese Frage der Begrifflichkeit, das habe ich zumindest festgestellt, in den Workshops soweit ich es mit Anna Baar auch mitverfolgen konnte, ein ganz zentraler Punkt auch für eine Gegenbewegung ist.

Heinz Pichler: Walter Ötsch, bitte auch nochmals an Sie die Frage gerichtet: Was waren oder sind Ihre Eindrücke, wichtige Aussagen aus den Workshops, wo Sie sagen das möchte ich noch einmal verstärken?

Walter Ötsch: Darf ich noch etwas zum Sozialen sagen?

Heinz Pichler: Selbstverständlich. Immer.

Walter Ötsch: Das ist ein wichtiger Punkt. Denn Hayek meint, er könne den Begriff „sozial“ gar nicht verstehen. Er könne gar nicht sozial denken. Hayek verwendet auch die Metapher von einem Wiesel. „Sozial“ ist für ihn ein „Wieselwort“: So wie ein Wiesel die Eier aussauge, so würde der Begriff „sozial“ alles andere aussaugen – zum Beispiel auch die Marktwirtschaft, wenn sie als soziale Marktwirtschaft bezeichnet wird, den Begriff hat der Ordoliberalismus geprägt. Hayek hat es immer abgelehnt von einer sozialen Marktwirtschaft zu reden. Die Ordoliberalen haben darunter auch etwas anderes verstanden als wir das heute tun und im Jahre 1952 den Begriff „soziale Marktwirtschaft“ als Kampfbegriff gegen die SPD in einer Propaganda-Kampagne verbreitet. Später wurde dann „das Soziale“ auch in vielen anderen ökonomischen Ansätzen abgelehnt, zum Beispiel in den Theorien von Public Choice. Hier wird bestritten, dass es gesamtgesellschaftliche Ziele gibt. Damit verneint die Theorie, dass die Politik handlungsmächtig ist und dass sie gesellschaftliche Ziele vorgeben kann.

Was ich heute für mich persönlich mitnehme ist eine total gute Stimmung. Ich kenne ähnliche Veranstaltungen und heute war ich überhaupt nicht konfrontiert mit irgendeiner Art von Jammerei – es waren auch unglaublich viele junge Leute da, das finde ich toll. Für mich war heute eine Art Aufbruchsstimmung zu spüren, mit vielen positiven Ideen.

Und jetzt erlaube ich mir trotzdem noch etwas zur Sozialdemokratie zu sagen, nicht zu Peter Kaiser als Person – ich schätze ihn sehr, aus verschiedenen Gründen. Ich wünsche der Sozialdemokratie, also nicht der Kärntner, aber insgesamt oder sagen wir auch speziell der deutschen, dass es ihr gelingt, ihre eigene Geschichte intensiv und ernsthaft aufzuarbeiten. Im Vortrag habe ich das Buch von Oliver Nachtwey erwähnt, es hat den Titel „Marktsozialdemokratie“. Man müsste verstehen, was geschehen ist, als die Sozialdemokratie zu einer Marktsozialdemokratie wurde, und warum das eine Fehlentdeckung gewesen ist. Das sollte öffentlich angesprochen werden. Dazu gehört auch das, was Peter Kaiser gesagt hat in Bezug auf Zukunftsbilder. Die Diskussion um positive Zukunftsentwürfe bräuchte man auf einer österreichischen und auf einer europäischen Ebene. Man müsste positive Zukunftsbilder verbreiten, viel stärker als dies bislang geschieht.

Es gibt hunderte Bewegungen in Österreich, die sich mit positiven

Zukunftsvorstellungen beschäftigen. Was aber fehlt ist eine Bündelung, eine gemeinsame Idee, ein integratives Hoffnungsbild für die Zukunft. Das sollte entworfen werden – und genau das können die Rechtspopulisten nicht leisten, die immer von der guten alten Zeit träumen und glauben, das könne es in der Zukunft wieder geben. In dieser Zukunftsperspektive war das heute für mich ein schöner Tag. Vielen Dank dafür.

Heinz Pichler: Danke ja. Danke Walter Ötsch auch für diese wirklich freundlichen Rückmeldungen an die Tagungsteilnehmer und Teilnehmerinnen. Ich kann das wirklich auch bestätigen und das ist auch mein Eindruck, dass es innerhalb der Gesellschaft tatsächlich so etwas wie ein großes Nachdenken und auch einen verstärkten Widerstand gibt. Wir haben vorige Woche am internationalen Tag zur Beseitigung der Armut, eine Straßenaktion organisiert, wo wir Belastungspakete aufgebaut haben, eine drei Meter hohe Mauer und 16 Meter lang – die Kollegin da vorne war dabei, sie wird das bestätigen – und dann haben insgesamt 48 Personen dort diese Belastungen kundgetan und aufgezeigt, was hier los ist, auch in sehr emotionaler Weise. Und das habe ich bisher in der Form auch noch nicht erlebt. Es ist offensichtlich notwendig, Strukturen und Begegnungsräume zu schaffen, damit man diesem Unmut, der tatsächlich auch besteht, eine entsprechende Öffentlichkeit zu geben. Zukunftsblick, Entweihung der Begriffe, Rückeroberung der Begriffe, eine Aufbruchsstimmung mit einem klaren Zukunftsblick oder Peter Kaiser – was Sie mit Oskar Negt einmal besprochen haben oder was du mit Oskar Negt besprochen hast – nur noch Utopien sind realistisch.

Peter Kaiser: Das eine ist kein Widerspruch zum anderen. Stellen Sie sich einmal 130 Jahre zurück vor, wie damals jemand aus der Sozialdemokratie gesprochen hätte, dass wir Urlaub, Achtstundentag und viel – ach ja das haben wir ja nicht mehr – aber vieles von dem haben würden, der wäre nicht nur Utopist, sondern – ich weiß nicht – Mondkalb oder was genannt worden. Man braucht Utopien, Utopien sind notwendig. Ich kann mir auch manche realen Handlungen nicht vorstellen, wenn ich nicht ein Idealbild im Hintergrund hätte und Walter Ötsch, wenn ich das von dir aufgreifen darf, und das was du gesagt hast Heinz Pichler: Auch für mich ist das sehr ermutigend. Ich habe die Ehre bereits zum sechsten Mal bei allen diesen demokratiepolitischen Konferenzen dabei zu sein, und ich merke schon hier – so im Bereich der Arbeiterkammer unter diesen Leuten, die auch heute wieder hier sind – das ist so ein Ort des Widerstandes, dort sagt man „alles lassen wir uns nicht willenlos

gefallen“ und das ist glaube ich eines der wichtigsten Grundvoraussetzungen, um auch Gegenbewegungen entwickeln zu können. Was ich derzeit ein bisschen merke und ich sage das sehr, sehr offen und selbstkritisch: Derzeit hat man so ein bisschen das Gefühl nach einer Sehnsucht, nach einem Korrektiv gegenüber dem, was derzeit weltweit, europaweit, auch in Österreich passiert. Was mir ein klein wenig fehlt, ist die politische Bewegung die das kanalisiert, sammelt und auch in Widerstand, politische Gegenstrategien verwandelt. Das wäre aus meiner Sicht – selbstkritisch – im Besonderen Aufgabe der Sozialdemokratie, weil sie auch diesen Part aus der Geschichte heraus bereits öfters übernommen hat.

Das Zweite: Es birgt aber auch die Gefahr, dass man wieder Ersatzhandlungen setzt. Sollen die für mich das erreichen, dann werde ich schon vielleicht auch das eine oder andere Mal dabei sein. Und genau das geht in den Strukturen, die wir derzeit haben, nicht. Es ist erforderlich, dass – wie es in einem Arbeitskreis gekommen ist – wir selber die Ärmel hochkrepeln müssen, wir selbst etwas tun müssen. Von selbst wird es nicht gehen und nur wenn ich losmarschiere werden zwei, drei andere folgen und wir werden dann eine Phalanx bilden, die jetzt auch im persischen Sinne dagegen anmarschieren darf. Und das ist glaube ich der wesentlichste Punkt, der mir derzeit ein kleinwenig fehlt, von dem ich mir aber sicher bin – und dieses politische Gespür entwickelt man – dass der Zeitpunkt nicht mehr ferne ist, wo das verbesserter, klarer und deutlicher über die Bühne gehen wird. Denn manchmal frage ich mich schon, was muss noch alles passieren, dass man derzeit eine im Großen und Ganzen stabile Zweite Republik Schritt für Schritt in eine Dritte Republik umbaut, die einem Prinzip folgt: Den besonders Gutgehenden soll es noch deutlich besser gehen, die breite Masse soll in Angst vor Abstiegsängsten gehalten und der unterste Bereich mehr auf Almosen denn auf Rechtsansprüche aufgebaut werden. Wenn wir das ganz durchblicken, wird der Widerstand erwachsen und ich bin überzeugt – auch erfolgreich werden.

Heinz Pichler: Und das bedeutet Aufklärung, Aufklärung, Aufklärung. So hat es zumindest Stefan Schulmeister auch bei einem Eröffnungsvortrag bei uns in der Arbeiterkammer im Rahmen der Ausstellungseröffnung zum Thema „Neoliberalismus“, die bis heute noch besichtigt werden konnte, also heute ist der Abschluss dieser Ausstellung und dieses Schwerpunktprogrammes zum Thema Neoliberalismus in unserer Bildungsarbeit – Arbeiterkammer und VÖGB.

„Als ob sie träumend gingen“ ist auch schon so ein etwas zukunftsweisender Blick, vielleicht wenn – ich möchte jetzt nicht über Ihr Buch sprechen – aber was wäre sozusagen eine Zukunftsvision, eine Orientierung, die aus Ihrer Sicht auch die Künstler, die Kunstschaffenden, die Kulturschaffenden, die Schriftstellerinnen sowie Sie, oder die Kabarettisten beizutragen hätten und tragen Sie das auch schon in entsprechendem Maße bei? Ich habe zumindest den Eindruck, dass die Kabarettisten derzeit Hochkonjunktur haben in unserer Gesellschaft, sie haben so viel Material und so viele Anknüpfungspunkte wie noch nie, vermutlich auch die Schriftstellerinnen, aber welchen Beitrag sollte Kunst, Kultur, Kulturschaffende im Sinne auch Ihres ersten Statements, für eine kritische Auseinandersetzung leisten, für ein gutes Leben für alle, sowie es immer gesagt wird?

Anna Baar: Ja das ist eine sehr interessante Frage. Das funktioniert nun einmal über politisches Engagement, indem man dieses unheimliche Privileg, das Privileg der Öffentlichkeit und des Publikums, dazu nutzt, die Stimme zu erheben. Wobei ich sagen muss, ich habe Schriftstellerkolleginnen und -kollegen, die das nicht wollen – und das ist auch Ihr gutes Recht, denn man muss ja auch eine Widerstandskraft mitbringen, um das zu bewerkstelligen. Aber ich denke das ist ein wichtiger Punkt, dass wir uns engagieren. Dann geht es natürlich auch um die Inhalte unserer Texte. Die können wir uns nicht vorschreiben lassen. Und es geht um Bewusstseinsbildung. Man wird ja eingeladen als Autorin in Schulklassen, um sich mit jungen Leuten auszutauschen und ich habe da erfahren, dass neuerdings in den Schulen Literatur sehr kurz kommt, dass eben im Sinne der Ökonomisierung sämtlicher Lebensbereiche hauptsächlich oder nur noch bestimmte Textsorten gelehrt werden. Das heißt: Wie schreibe ich einen Kommentar? Wie schreibe ich eine Glosse? Wie schreibe ich einen Leserbrief? Dann frage ich mich aber schon: Was wollen wir da? Leserbriefschreiber heranzüchten? Ich versuche dann immer die jungen Leute ein bisschen aufzustacheln. Das wird mir manchmal auch verübelt, weil ich sie auch zu Widerstand und Ungehorsam aufstacheln will, dazu, sich auch zu wehren. Und Literatur ist nicht zuerst eine Frage der Unterhaltung, sondern etwas, das – gerade im Sinne einer humanistischen Bildung – unersetzlich ist. Schon deshalb dürfen wir es nicht zulassen, dass Literatur einem ökonomischen Nutzen-Kalkül unterworfen wird. Aber wir können wahrscheinlich am meisten dadurch zu einem guten Leben beitragen, dass wir unsere Stimme erheben und auch in unseren Texten uns kritisch und liebevoll auseinandersetzen mit der Welt. Was sollen wir sonst tun?

Heinz Pichler: Und passiert das in ausreichendem Maße Ihrer Meinung nach?

Anna Baar: Ich glaube schon, dass es da eine Tendenz gibt. Also man sieht, dass sich viele Schriftsteller und Künstler zu Wort melden und ich halte das für notwendig und wichtig und bin dankbar, wenn man ihnen den Raum dafür gibt. Es wird uns zwar immer vorgeworfen, uns vor irgendeinen politischen Karren spannen zu lassen, aber ich sage, wenn ich sehe, dass ein Karren tief im Dreck steckt, dann zieh ich den gerne raus und spann mich sogar selbst davor. Also das ist so meine flapsige Widerrede dann immer.

Heinz Pichler: Eine flapsige Widerrede, sehr schön. Wenn Sie wollen können Sie durchaus Zustimmung zeigen zu dem. Walter Ötsch, was empfehlen Sie unseren Teilnehmern, Teilnehmerinnen, wo sollen Sie anknüpfen, was können Sie tun? Was wären Erfordernisse im schulischen Kontext, im Freundeskreis und so weiter? Was sollte man tun, damit man effizient ist? Sie haben es am Beispiel dieser vier oder fünf Schritte bereits dargestellt, welche methodischen Hilfsmittel es gibt. Was wären sozusagen so politische, vielleicht sowie Peter Kaiser das gesagt hat, so fünf Punkte die man mehr oder weniger entsprechend in die Öffentlichkeit tragen muss?

Walter Ötsch: Vielleicht brauchen wir dazu auch gar keine Experten. Jeder und jede von uns kann sein oder ihr Zukunftsbild über die Gesellschaft oder über wichtige Teilbereiche mit seinen oder ihren eigenen Werten verbinden. Das ist dann schon ein Zielbild, eine Vision, die Kraft geben kann. Darin ist auch die Frage nach einem guten Leben beantwortet – das ist für mich der Kern einer positiven Zukunft. Für eine Vision brauche ich keinen Experten und keine Expertin. Entscheidend ist der Moment der Handlungsmächtigkeit, wie ihn auch Peter Kaiser angesprochen hat. Es geht darum, dass sich jeder und jede als handlungsmächtig versteht. Es passiert auch eine Re-Politisierung in der Gesellschaft. Das bedeutet auch, dass sich viele als handlungsmächtig begreifen und ihren Teil zum politischen Prozess beitragen wollen. Wenn in der Gesellschaft zehn Prozent wach sind und ihre Wachheit entwickeln, dann können wir auf gute Entwicklungen in der Zukunft hoffen.

Heinz Pichler: Danke Walter Ötsch. Und ich denke man braucht auch so etwas wie soziale Empathie, ein gewisses Einfühlungsvermögen zu haben, was hier an, ich sage einmal, Ungerechtigkeit in der Gesellschaft auch abgeht. Ich möchte das nicht ganz wider-

spruchslos lassen. Ich denke die Aufgabe von Intellektuellen oder von Professoren ist es natürlich auch die Strukturen, wie sie bestehen, so auch aufzuzeigen und die Hintergründe und die Mechanismen, damit sie auch verstehbar werden, weil sonst kann man keine Handlungen setzen. Wenn wir zwar etwas sehen, aber das Unrecht nicht benennen können, dann werden wir nicht handlungsfähig sein, aber ich denke, das war auch in deinem Sinne Walter, das hast du auch so verstanden und ich wollte es nur noch einmal verdeutlichen. Soziale Empathie ein Anknüpfungspunkt für Sie, Frau Wöhl?

Stefanie Wöhl: Ja. Ich würde davor vielleicht noch einmal dazu kommen zu dem, was der Peter Kaiser gesagt hat, mit den politischen Bewegungen. Weil es ist ja eigentlich interessant, es gibt ja sehr viele politische Bewegungen auch in Österreich derzeit, die sich gegründet haben in den letzten Jahren, die sind vielleicht nicht sehr wirkmächtig in diesem ganzen Konvolut oder diesen Disparaten oder diesem – sagen wir einmal – Unwohlsein, das manche Menschen erleben. Mit der Politik, mit der sie derzeit auch konfrontiert sind, sind ja sehr viele Bewegungen auch in der Zivilgesellschaft entstanden und gleichzeitig gründen aber auch politische Parteien Bewegungen oder nennen sich zumindest Bewegungen, was ja auch interessant ist. Und da gebe ich Ihnen völlig recht, ja. Wir als Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler haben natürlich die Aufgabe das zu analysieren und dazu würde ich gerne noch sagen: Wie gelingt es aber bestimmten Parteien dann die Macht an sich zu reißen oder, um es einmal wissenschaftlicher zu formulieren, die Vormachtstellung zu erhalten, Hegemonie zu erzeugen. Und das ist natürlich auch unserer Aufgabe als Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, nämlich aufzuzeigen, warum es diesen Parteien gelingt, ein bestimmtes Narrativ zu erzählen und warum gelingt es anderen oder uns eigentlich nicht, ein Gegenarrativ dazu zu bilden. Da sind ja auch Medienstrategien, Politikberater die da mitwirken dahinter, das ist ein komplexes Geflecht.

Das soll jetzt gar nicht negativ wirken, weil was ich vorhin schon gesagt habe, dass es sozusagen, dass was Walter Ötsch auch gerade gesagt hat, immer auch an uns liegt, uns natürlich nicht blenden zu lassen, aber wir sind schon auch in sehr strukturell unterschiedlichen Positionen. Ich bin relativ privilegiert hier in Österreich als Universitätsangestellte, das sind andere Menschen nicht. Wir können uns hier auch vielleicht einig sein über das, wofür wir kämpfen oder wofür wir eintreten, was ein gutes Leben

für uns ausmacht. Aber viele Menschen sehen das nun mal in Österreich natürlich ganz anders als wir und deswegen wählen sie auch nicht mehr die Sozialdemokratie. Und das ist natürlich ein Problem, mit dem sich die politischen Parteien auch auseinandersetzen müssen. Und ich glaube wir hier im Raum oder auch die TeilnehmerInnen – und ich habe das auch als sehr positiv erlebt – können natürlich immer nur dort versuchen, wo wir gerade sind, uns zu engagieren oder anzuknüpfen. Ich muss nochmal auf Georg Hubmann kommen, der das vorhin so schön gesagt hat. Wie können wir eigentlich ein Gegenwissen generieren, das dann aber auch bei vielen Menschen ankommt? Wie können wir Gegennarrative erzeugen, die dann eigentlich auch diese komplexen Prozesse von Neoliberalismus, Demokratie, Finanzmärkten in ihrem Zusammenhang erklären, dass Menschen das verstehen und dass sie sozusagen nicht dieser populistischen Falle anheimfallen?

Heinz Pichler: Der populistischen Falle anheimfallen – Orientierungswissen würde ich meinen. Also aus der Fülle der Wissensbestände, die wir eigentlich im Sekundentakt abrufen können, brauchen wir Orientierungswissen, um uns in diesem Dschungel von Informationen gut orientieren zu können und das, was Anna Baar auch einleitend gesagt hat, nämlich mit einem kritischen Blick darauf gerichtet. Dazu brauchen wir auch eine Gesellschaftsanalyse, so wie im Arbeitskreis von Erich Ribolits das sehr gut angesprochen worden ist. Wir brauchen die Begriffe, wie auch im Referat am Vormittag gesagt wurde, ohne die Begriffe und die Bedeutung der Begriffe, die wir nennen und setzen, sind wir eigentlich machtlos. Es ist ein Unterschied wenn man sagt, „das gesellschaftliche Sein prägt das Bewusstsein“ und es ist eine andere Aussage, wenn man sagt, „das Sein prägt das Bewusstsein“. Weil im einen heißt es dann, sowie ich in einem System lebe, so werde ich geprägt und nicht nur im neoliberalen Denkmuster – so wie der Einzelne ist, so ist die Gesellschaft.

Kritisches Denken ist eine Voraussetzung für kritisches Handeln. Anna Baar, es gibt ja Kollegen und Kolleginnen von Ihnen, ich werde sie jetzt nicht namentlich nennen, die ja ganz radikal in der Öffentlichkeit auftreten mit Ihren Texten und sich auch an politischen Aktionen entsprechend stark beteiligen. Sie hat eine rote Kappe auf, Sie werden wissen wen ich meine. Sollte die Kunst, Kultur und die Kabarettszene noch stärker, radikaler auftreten oder noch einmal an Sie die Frage: Was wäre sozusagen die Zukunftsvision, die Sie heute von dieser Tagung mitnehmen oder weitergeben wollen?

Anna Baar: Ja, also radikal, das klingt jetzt gewalttätig und grausam, das möchte ich aus dem Begriff einmal herausnehmen. Und für das, was übrig bleibt, für das Gute nämlich, stimme ich einer gewisse Radikalität zu. Der Populismus, der ja Schuldige sucht anstatt Lösungen, wie es im Workshop von der Frau Marion Koschier auch gesagt worden ist, findet einfache Antworten. Und die Radikalität ist ja immer auch eine Reduktion von Komplexität und wenn man sich Kollegen anschaut, die ihrerseits poltern, dann kann man sagen, ok, das ist nicht mein Stil oder ist auch vielleicht nicht meine Wortwahl, aber es braucht nun einmal die Eindeutigkeit. Es braucht die Radikalität im Sinne einer Auffälligkeit auch als Antwort auf diese alles versprechenden und nichts haltenden einfachen populistischen „Lösungen“. In einer Welt, in der wir täglich mit unfassbar vielen Informationen konfrontiert sind, sehnen wir uns natürlicherweise nach einer Reduktion von Komplexität, im Sinne von Vereinfachung der Zusammenhänge. Aber es ist nicht die Kunst, nicht die Literatur, nicht die Bildung, die die einfache Sprache suchen muss. Es ist die Politik. Verschanzt sie sich, hat sie gegen die grassierende Endsolidarisierung so gut wie nichts in der Hand. Ich bin dafür, sich im Sinne der Solidarisierung, der Freiheit und Gleichheit vor den politischen Karren spannen lassen. Also immer dort, wo die politische Richtung den grundeigenen ethischen und moralischen Überzeugungen gerecht wird. Wir Schriftsteller bekommen ja in der Regel kein Geld dafür, und falls doch, dann ist es nur so viel Geld wie wir überall anders auch bekommen würden. Ich stehe also nicht für irgendeine Partei ein, die mich für ihre Zwecke „kauft“, sondern für das, was meiner eigenen Haltung entspricht. Und das mag sich dann mit einem bestimmten politischen Programm decken.

Heinz Pichler: Und das ist auch der Grund warum wir Sie eingeladen haben, Frau Baar. Weil wir wissen, dass Sie auch ein Programm haben und damit auch solche Stimmen und solche Werke und solche Stellungnahmen entsprechend gehört werden. Dazu bedarf es solcher Veranstaltungsformate und dazu bedarf es auch Menschen, die bei diesen Veranstaltungsformaten auftreten, das wollte ich damit sagen. Weil auch je stärker Ihre Stimme auch in der Öffentlichkeit zum Tragen kommt, desto bedeutender wird sie auch und desto verstehbarer wird sie, unabhängig davon – ich werde wieder Werbung für die Bücher von Anna Baar machen – je mehr Bücher dass Sie verkauft, desto besser ist es auch für Ihre Stimme und für Ihre Position in der Öffentlichkeit, möchte ich nur dazu sagen. „Als ob sie träumend gingen“ – ich sage Ihnen, ich habe drei Tage daran gelesen am See im Sommer und ich war begeistert.

Peter Kaiser, Themenführerschaft hat Walter Ötsch angesprochen, über soziale Empathie haben wir jetzt mit Frau Stefanie Wöhl gesprochen, dass die Kulturschaffenden auch eine klare Linie haben müssen und sich in den öffentlichen Diskurs einmischen müssen und können und dürfen und wir als Organisatoren das auch tun, aber – und das ist glaube ich eine ganz wesentliche Botschaft von Ihnen auch heute gewesen – man muss auch klare, präzise, eindeutige fünf Punkt-Aussagen treffen. Das ist auch ein Geheimrezept, das in ihrer Wahlbewegung wichtig war und auch bei den anderen entsprechend wichtig war. Weil wir haben ja auch gesehen, dass die Neoliberalen auch relativ klar und deutlich in Bildern sprechen. Walter Ötsch hat es ja gesagt, das Wieselwort „soziales“, wie Hayek es mit etwa 160 Negativbezeichnungen dann auch abtut, in seinem Buch über „Die verhängnisvollen Anmaßungen und Irrtümer des Sozialismus“, wäre so ein Beispiel. Peter Kaiser, jetzt habe ich eine große Vorlage geliefert oder? Aber das wäre jetzt Ihr Abschlusswort zu dieser Veranstaltung.

Peter Kaiser: Danke. Wir sitzen hier neben dem Moderator, einer politikwissenschaftlich Unterrichtenden und dem Bildungssystem Verbundenen, einem Ökonomen, einer Literatin und einem Soziologen, der einmal gelernt hat, dass man erklären muss, warum etwas so ist wie es ist, um dann in die Politik zu gehen und jetzt dann dieser große Bereich an Fragen. Ich glaube, was uns eint ist, dass wir uns um eine Frage nicht herum schwindeln können. Und diese Frage lautet ganz einfach: Welches Gesellschaftsbild wollen wir? Wozu soll das alles nutz sein was wir tun, wollen, begehren? Welches Bild einer Gesellschaft soll dahinter stehen? Eines, indem es einerseits wenig Wohlhabende aber dafür alles Entscheidende gibt und andererseits eine breite, dumpfe Masse an Akzeptierenden? Ein ideales Weltbild, indem wir möglichst gleichwertig, gleichberechtigt, solidarisch leben können, ein Weltbild, das gewisse Unterschiede akzeptiert, aber trotzdem versucht Ausgleich zu schaffen? Diese Frage kann nur jeder und jede für sich beantworten und dann noch versuchen das im Rahmen seiner, ihrer Wirkung umzusetzen. Für mich ist es ganz entscheidend: Welche Rolle haben wir unter der derzeitigen Situation zu machen und wer kann welche Rolle spielen? Und das mag Sie vielleicht ein klein wenig verwundern, dass ich jetzt den Staat als den Zusammenschluss des öffentlichen Interesses bezeichne, als die – derzeit wahrscheinlich, zumindest im westlichen Demokratien – wichtigste operational handelnde Institution sehe.

Ein Beispiel ganz aktuell vom heutigen Tag im Kärntner Landtag:

Wir haben die aktuelle Stunde – wir diskutieren immer ein Thema eine Stunde lang unter verschiedenen Parteiaspekten – „Armut in Kärnten“ gehabt. Wir haben nach internationalen Werten, nach internationalen Größenordnungen derzeit 12 Prozent der 561.000 Kärntnerinnen und Kärntner, die armutsgefährdet sind. Es waren vor zehn Jahren 16 Prozent. Es ist jede Einzelne, jeder Einzelne einer zu viel, aber ich habe dann gar nicht einmal argumentiert wer besser oder schlechter ist, sondern habe nur auf diese Rolle des Staates verweisend, folgendes gesagt: Derzeit, sowie unsere Republik Österreich und das Bundesland Kärnten funktionieren, sind es 12 Prozent. Wenn wir keine sozialen Transferleistungen hätten – Familienbeihilfen, entsprechende Unterstützungen bei Wohnbeihilfen, Heizkostenzuschüsse, Ausgleichsfonds und, und, und – dann wären nicht 12 Prozent der Kärntner Bevölkerung, sondern 26 Prozent, also etwas mehr als ein Viertel, armutsgefährdet. Und wenn es dann bei den Pensionistinnen und Pensionisten nicht den Ausgleichszulagenrichtsatz gäbe, das heißt, wenn man nicht eine gewisse Größenordnung in etwa bei 885 oder 86 Euro hat, dann muss man noch ORF-Gebühren und Rezeptgebühren und vieles zahlen. Wenn das nicht wegfiel, wären bei den Einkommensgrenzen, die die internationale, europäische Kommission heranzieht, 45 Prozent der Kärntnerinnen und Kärntner armutsgefährdet. Was will ich damit sagen? Ohne den Staat als ein umverteilendes, Defizite reduzierendes und auch manche Riesengewinne minimierendes Instrument würden wir jetzt schon in einem Land leben, das zwar zu den reichsten dieser Erde gehört, aber in dem trotzdem fast die Hälfte der Menschen unter prekären Lebensverhältnissen täglich armutsgefährdet lebt. Und zur Erläuterung: Der größte Teil davon sind Kinder und alleinverdienende Frauen sowie nie in das Pensionssystem eingezahlt habende Pensionistinnen.

Und daher sage ich: Es braucht diesen Staat, diese soziale Gemeinschaft, diese Solidarität, die ich international gesehen auch als die Zärtlichkeit der Völker, wie es einmal Che Guevara gesagt hat, verstehe, und es braucht mir kein Neoliberaler kommen und sagen: „Ja typisch wieder, der Staat soll es ausgleichen.“ Dem setze ich eine einzige Frage, bei jedem Stammtisch in Österreich, Kärnten wo immer ihr wollt, weltweit entgegen. Nämlich jene: Na wer hat denn dieses tolle Kapitalsystem, diese Finanzwirtschaftler im Jahre 2008, das Achteinhalbfache dessen, was auf der ganzen Erde an Werten, an Leistungen generiert wird, wer hat denn dieses dann aufgefangen, damit es nicht zu einem weltweitem Kollaps des Finanzsystems gekommen ist? Wir alle, die wir hier sitzen mit dem kleinsten Steuerbeiträgen, mit sogenannten – wer erinnert

sich noch – Schutzschirmen, Umbrellas für Banken, für Fonds, für viele Bereiche, damit das Leben so halbwegs weitergehen konnte und nicht Massenehend ausgebrochen ist. Und ich werde den Tag nie vergessen: Ö1 in der Früh, in etwa acht Monate danach ist es das erste Mal wiederum von Seiten der Weltbank gekommen: die Politik möge sich zurückziehen, wir brauchen eine private, freie, uneingeschränkte Entwicklung der Märkte. Ein Märchen – an Märchen glaubt man als Kind. Ich glaube es ist Zeit, dass wir erwachsen werden.

Heinz Pichler: Danke Peter Kaiser, danke Stefanie Wöhl, vielen Danke Walter Ötsch und Anna Baar. Danke auch für diese abschließenden, verteilungspolitischen Bewertungen. Solidarität ist die Zärtlichkeit der Völker, Che Guevara wurde genannt. Wir haben neben der Armutsgefährdung in unserer Gesellschaft auch eine Reichtumsgefährdung. Nämlich die Gefahr geht ja auch von den Reichtumsgefährdeten aus und welches Gesellschaftsmodell wir in Zukunft verwirklichen wollen und welchen Beitrag wir dazu auch leisten wollen. Diese Tagung heute war sicherlich auch ein Beitrag dazu und ich bedanke mich noch einmal bei den Beteiligten dieses Abschlussgespräches, für diese wirklich sehr interessanten und wertvollen – auch hoffentlich für Sie – Beiträge, die Sie in dieser dreiviertel Stunde jetzt an Sie gerichtet haben. Herzlichen Dank und noch einmal bitte einen wohlwollenden Applaus an unser Podium bitte.

Zur besseren Lesbarkeit wurden einzelne Passagen dieses transkribierten Textes geringfügig gekürzt oder abgeändert und in Rücksprache mit den GesprächsteilnehmerInnen in der vorliegenden Fassung eingearbeitet und freigegeben.

Kurzbiographien der AutorInnen bzw. ReferentInnen



Anna Baar ist Schriftstellerin in Kärnten und studierte Theaterwissenschaften und Öffentlichkeitsarbeit an den Universitäten Wien und Klagenfurt und promovierte 2008 zur Doktorin der Philosophie. Ihr mehrfach ausgezeichneter Debütroman „Die Farbe des Granatapfels“ (2015 im Wallstein Verlag erschienen) stand drei Monate auf Platz 1 der ORF-Bestenliste. Für den jüngsten Roman „Als ob sie träumend gingen“ (Wallstein 2017) erhielt sie den Theodor-Körner-Förderpreis.



Dr. Horst Peter Groß, Philosoph und Unternehmensberater, Leiter des Institutes zur Förderung von Wissenschaft und Forschung (IFWF) der Kärntner Sparkasse

AG. Interventionsforschung und Beratung mit den Schwerpunkten Projekt- und Prozessmanagement, strategische Planung, Organisations- und Regionalentwicklung. 2003 bis 2008 Vorsitzender des Universitätsrates der Alpen-Adria-Universität Klagenfurt; seit 1995 Präsident des Universitätsclubs/Wissenschaftsverein Kärnten.



Dr. Georg Hubmann ist Sozialwissenschaftler und leitet das Marie-Jahoda – Otto-Bauer-Institut in Linz (www.jbi.or.at). Er arbeitet dort an der Vernetzung von Wissenschaft und Politik.



Dr. Peter Kaiser studierte Soziologie und Pädagogik, promovierte 1993 zum Doktor der Philosophie. Seine politische Laufbahn begann bei der Sozialistischen Jugend und dem Österreichischen Jugendher-

bergsverband. Er war Kärntner Landtagsabgeordneter, ist seit 2008 Mitglied der Kärntner Landesregierung und seit März 2013 Kärntner Landeshauptmann. Dieses Amt übt er neben weiteren Positionen (stellvertretender Bundesparteiohmann) in der Sozialdemokratischen Partei Österreichs aus. Er erhielt 2016 das Große Silberne Ehrenzeichen am Bande für Verdienste um die Republik.



Mag. Florian Kerschbaumer, Lehrbeauftragter an der Alpen-Adria-Universität Klagenfurt und der Pädagogischen Hochschule Kärnten;

Arbeits- und Forschungsschwerpunkte: Politische Bildung, Geschichte sozialer Bewegungen und soziale Netzwerkforschung.



FH-Prof. Dr. Martin Klemenjak, Professor für Soziale Arbeit mit dem Schwerpunkt Erwachsenenalter und Erwerbsleben, Leiter der Forschungsgruppe

„Lernen im Prozess der Arbeit“ (LiPA) und wissenschaftlicher Leiter des Zertifikatslehrganges „Soziale Handlungskompetenzen für die Betriebsratstätigkeit“ an der Fachhochschule Kärnten; Lektor an der Alpen-Adria-Universität Klagenfurt am Standort Wien; Arbeits- und Forschungsschwerpunkte: Berufs- und politische Erwachsenenbildung sowie Sozialpolitik und -management.



Mag.^a Marion Koschier, Lehrbeauftragte am Institut für Germanistik der Alpen-Adria-Universität Klagenfurt; wissenschaftliche Mitarbeiterin des FWF-Projektes „Transdisziplinäre Konstella-

tionen in der österreichischen Literatur, Kunst und Kultur der Zwischenkriegszeit“; Forschungs- und Arbeitsschwerpunkte: Wirtschafts- und Sozialgeschichte des 19. Jahrhunderts, Der Wiener Kongress und die postnapoleonische Friedensarchitektur, kulturhistorische Aspekte der Ersten Republik.



Univ.-Prof. Dr. Walter Otto Ötsch war früher an der Universität Linz tätig und ist jetzt Professor für Ökonomie und Kulturgeschichte an der Cusanus-Hochschule in Bernkastel-Kues an der Mosel.

Er beschäftigt sich mit der Geschichte des neoliberalen Denkens und der Wirkung ökonomischer Theorien auf die Gesellschaft sowie mit den kommunikativen Strategien des Rechtspopulismus. 2017 hat er mit Nina Horacek den Bestseller „Populismus für Anfänger. Anleitung zur Volksverführung“ veröffentlicht.



Mag. Heinz Pichler, Bildungsexperte und Erwachsenenbildner in der Kammer für Arbeiter und Angestellte in Kärnten; Vortragender an den Kärntner Gewerkschaftsschulen, der Fachhochschule Kärnten und der Alpen-Adria-Universität Klagenfurt.

Nebenberufliches Engagement u.a. im sozialökonomischen Beschäftigungsprojekt „Soziale Betriebe Kärnten“ sowie Gründungsmitglied und Vorstand beim „Kärntner Netzwerk gegen Armut und soziale Ausgrenzung“.



Univ.-Prof. Dr. Erich Ribolits, seit 1986 kontinuierliche Tätigkeit als Lehrbeauftragter und mehrmals auch als Gastprofessor an verschiedenen österreichischen Universitäten. Ab 2005 dem Institut

für Bildungswissenschaften der Universität Wien zugeordnet, dort tätig in Forschung und Lehre sowie als Leiter der Forschungseinheit „Aus- und Weiterbildung“. März 2008: Pensionierung, weiterhin umfangreiche Lehrtätigkeit als Privatdozent an den Universitäten Wien, Graz und Klagenfurt.



Mag.ª Dr.ª Josefine Scherling, MA, Bildungswissenschaftlerin an der Pädagogischen Hochschule Kärnten – Viktor Frankl Hochschule; Lektorin am Zentrum für Friedensforschung und Friedenspädagogik der Alpen-Adria-Universität Klagenfurt; Arbeits- und Forschungsschwerpunkte: Politische Bildung, Menschenrechtsbildung, Global Citizenship Education.



Mag. Daniel Weidlitsch, Koordinator und wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für die Geschichte der Kärntner Arbeiterbewegung (IGKA) in Klagenfurt;

Vortragender an den Kärntner Gewerkschaftsschulen; Forschungs- und Arbeitsschwerpunkte: Geschichte der ArbeiterInnenbewegung, Zeitgeschichte und Politische Bildung.



Prof.ª (FH) Dr.ª Stefanie Wöhl ist Politikwissenschaftlerin und Professorin an der Fachhochschule des BFI Wien im Studiengang Europäische Wirtschaft

und Unternehmensführung mit dem Schwerpunkt European and International Studies. Sie ist Elisabeth Selbert Preisträgerin des Landes Hessen für ihre Forschung über die Gleichstellung von Männern und Frauen.

Diese Ausgabe der Schriftenreihe „Arbeit & Bildung“ wurde in Kooperation mit dem Studiengang Soziale Arbeit der Fachhochschule Kärnten, der Pädagogischen Hochschule Kärnten – Viktor Frankl Hochschule, dem Verband Österreichischer Gewerkschaftlicher Bildung, den Kärntner Volkshochschulen, dem Landesschulrat für Kärnten und dem Universitäts.club|Wissenschaftsverein Kärnten erstellt.

ISBN-Nr.: 978-3-200-01985-0

Impressum:

Herausgeber, Medieninhaber und Verleger:
Kammer für Arbeiter und Angestellte für Kärnten
9021 Klagenfurt am Wörthersee, Bahnhofplatz 3

FH-Prof. Dr. Martin Klemenjak
Mag. Heinz Pichler

Die Verantwortung für die einzelnen Beiträge
liegt bei den jeweiligen AutorInnen.

Gestaltung: GAPasterk
Druck: Satz & Druck Team
Juni 2019